

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

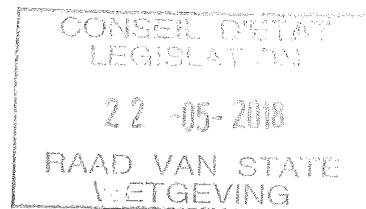
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für wissenschaftliche Forschung;

Nach Beratung,

Beschließt:

63541 / VR



Der für wissenschaftliche Forschung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

6

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES KOOPERATIONSABKOMMENS ZWISCHEN
DEM FÖDERALSTAAT, DEN GEMEINSCHAFTEN UND DEN REGIONEN ÜBER DIE PRÄ-
VENTION UND DAS MANAGEMENT DER EINBRINGUNG UND AUSBREITUNG INVASIVER
GEBIETSFREMDER ARTEN**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten gebilligt werden.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel	30
Vorentwurf	31
Anlage	32
Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten	

4

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung des Abkommens

Dieses Zusammenarbeitsabkommen (im Text „Kooperationsabkommen“ genannt) bezieht sich auf die Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten.

Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Ursprung der Verordnung

Im Anschluss an andere Länder, wie den USA, Japan, Australien und auch Neuseeland, bestand innerhalb der Europäischen Union seit vielen Jahren der Wunsch nach einem Arbeitsrahmen, um die Einbringung invasiver gebietsfremder Arten innerhalb ihres Hoheitsgebiets zu verhindern und zu beherrschen.

Von den 12.000 gebietsfremden Arten innerhalb der Europäischen Union stellen laut Schätzung der Europäischen Kommission 1.200 ein Problem dar, weil sie negative Auswirkungen auf die Biodiversität, die menschliche Gesundheit oder die Wirtschaft haben. Der negative wirtschaftliche Einfluss wird für die Europäische Union auf wenigstens 12 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt (Commission Staff Working document – Impact assessment accompanying the document Proposal for a Council and European Parliament Regulation on the prevention and management of the introduction and spread of invasive alien species- SWD (2013) 321 final).

Am 3. Dezember 2008 erfolgte eine Mitteilung der Europäischen Kommission, in der die Optionen für eine Strategie bezüglich invasiver gebietsfremder Arten vorgestellt wurden. Der Rat für Umwelt hat im selben Jahr die Schlussfolgerungen, in denen die Ausarbeitung einer solchen Strategie und ein rechtliches Instrument vorgeschlagen werden, genehmigt.

Am 9. September 2013 hat die Europäische Kommission einen Entwurf für eine Verordnung über invasive gebietsfremde Arten eingereicht.

Die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, im Folgenden „Verordnung (EU) Nr. 1143/2014“, wurde am 29. September 2014 auf europäischer Ebene angenommen und am 4. November 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten.

Geltungsbereich der Verordnung

Bei der Verordnung handelt es sich um einen Rahmentext, in dem der hierarchische Ansatz auf drei Ebenen aufgenommen ist, der u.a. auf internationaler Ebene verteidigt wird, wie im Rahmen des Biodiversitätsabkommens:

- Prävention;
- Früherkennung und sofortige Beseitigung;

- Management weit verbreiteter invasiver Arten.

Der Geltungsbereich ist sehr breit: Die Verordnung bezieht sich auf Landarten, marine Arten, ästuarine Arten und Süßwasserarten, die gegebenenfalls vorsätzlich durch menschliches Einwirken in die Europäische Union eingebracht werden.

Die Verordnung findet jedoch keine Anwendung auf Arten, deren natürliches Verbreitungsgebiet sich ohne menschliches Einwirken aufgrund von sich ändernden ökologischen Bedingungen und des Klimawandels ändert.

Sie bezieht sich auch nicht auf invasive gebietsfremde Arten, für die bereits andere europäische Rechtsmittel gelten. Sie bezieht sich deshalb nicht auf die folgenden Arten oder Mikroorganismen:

- genetisch veränderte Organismen im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates;
- Krankheitserreger, die Tierseuchen auslösen;
- Schadorganismen, die in Anhang I oder Anhang II der Richtlinie 2000/29/EG aufgeführt sind;
- in Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 708/2007 des Rates vom 11. Juni 2007 über die Verwendung nicht heimischer und gebietsfremder Arten in der Aquakultur aufgeführte Arten, wenn diese in der Aquakultur verwendet werden;
- Mikroorganismen, die zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln erzeugt oder eingeführt werden, welche bereits zugelassen sind oder derzeit im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates bewertet werden;
- Mikroorganismen, die zur Verwendung in Biozidprodukten erzeugt oder eingeführt werden, welche bereits zugelassen sind oder derzeit im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten.

Rechtsregelung der Verordnung

Die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 enthält eine allgemeine rechtliche Verbotsregelung für bestimmte invasive gebietsfremde Arten, die als am meisten besorgniserregend für die Europäische Union betrachtet werden. Diese verbotenen Arten sind Gegenstand einer unionsweiten Liste, im Folgenden die „Unionsliste“, die im Rahmen des Mechanismus von Durchführungsrechtsakten von der Europäischen Kommission angenommen wird. Die Mitgliedstaaten treten in diesem Verfahren über den Ausschuss auf, der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, durch die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 gegründet wurde.

Dem Europäischen Ausschuss steht ein Wissenschaftliches Forum bestehend aus Vertretern der Wissenschaft, die von den Mitgliedstaaten ernannt werden, zur Seite. Der Experte für invasive gebietsfremde Arten der Belgischen Biodiversitätsplattform vertritt derzeit hauptsächlich Belgien in diesem Forum.

Die Tragweite der Verbote ist umfangreich, denn sie bezieht sich auf:

- die Einbringung in das Hoheitsgebiet der Europäischen Union, einschließlich im Rahmen des Transits;

- die Haltung;
- den Anbau oder die Zucht;
- den Transport (vorbehaltlich des Transports zu einer Beseitigungsanlage);
- das Inverkehrbringen;
- den Gebrauch oder Austausch;
- die (beabsichtigte) Fortpflanzung;
- das Entlassen in die Umwelt.

Eine der Bedingungen für die Aufnahme invasiver gebietsfremder Arten in die Unionsliste ist, dass eine überlegte Aktion auf europäischer Ebene verantwortet werden kann und ermöglichen muss, die nachteiligen Auswirkungen für die Biodiversität zu vermeiden oder zu beschränken.

Die Verordnung bestimmt, dass diese Liste insbesondere Arten enthalten wird, die im Einklang mit dem Präventionsprinzip im europäischen Hoheitsgebiet noch wenig verbreitet sind.

Der Verbotsmechanismus ist allerdings nicht erschöpfend, weil die Verordnung einen doppelten Ausnahmemechanismus enthält, unter dem Genehmigungen erteilt werden können.

Einerseits können Genehmigungen erteilt werden, wenn die Art zu Forschungszwecken, zur Ex-situ-Erhaltung (z.B. Zoo) oder zu medizinischen Zwecken benötigt wird.

Andererseits können Genehmigungen erteilt werden aufgrund eines zwingenden öffentlichen Interesses, das vor allem mit gewerblichen oder beruflichen Aktivitäten verbunden ist. Der Ausnahmemechanismus setzt die vorherige Zuweisung einer Zulassung durch die Europäische Kommission voraus.

Ein erster Entwurf einer Liste mit invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung wurde vom Ausschuss, der aus Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten besteht, am 4. Dezember 2015 genehmigt und im Amtsblatt der Europäischen Union vom 14. Juli 2016 veröffentlicht. Sie ist am 3. August in Kraft getreten.

Neben den invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung kann ein Mitgliedstaat eine eigene nationale Liste für diejenigen Arten erstellen, die ausschließlich auf nationaler Ebene von Bedeutung sind und auf die das von der Verordnung vorgesehene Verbotssystem angewendet werden kann.

Eine dritte Kategorie umfasst invasive gebietsfremde Arten von regionaler Bedeutung, für die die Mitgliedstaaten eine verstärkte regionale Zusammenarbeit einrichten können.

Bei einem allgemeinen Kooperations- und Koordinierungsmechanismus muss es sich um solche Aktionen handeln, die von den Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen durchgeführt werden.

Es sind Übergangsbestimmungen für nichtgewerbliche Besitzer vorgesehen, sodass diese ihr Haustier behalten dürfen. Hierzu müssen sie verschiedene Kriterien erfüllen, sodass sich die Tiere nicht fortpflanzen oder entkommen können.

Auch für kommerzielle Bestände, die vor der Aufnahme einer Art in die Unionsliste erworben wurden, ist ein doppelter Ausnahmemechanismus vorgesehen.

Einerseits sind die Halter innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach der Aufnahme in die Liste ermächtigt, Verrichtungen mit Exemplaren aus diesen Beständen auszuführen, wie deren Verkauf oder Transport, insbesondere im Hinblick auf Aktivitäten zur Ex-situ-Erhaltung, wissenschaftlichen Forschung oder zur Erschöpfung des Bestands.

Andererseits ist es innerhalb eines Jahres, nachdem die Arten in die Unionsliste aufgenommen wurden, zulässig, Exemplare an nichtgewerbliche Besitzer zu verkaufen oder zu übergeben, mit der Maßgabe, dass diese Exemplare unter Verschluss gehalten und transportiert werden und dass alle angemessenen Maßnahmen ergriffen wurden, um eine Fortpflanzung oder ein Entkommen zu verhindern.

Die allgemeinen Rechtsvorschriften werden umrahmt von der Einführung verwaltungs- und strafrechtlicher Sanktionen, der Verpflichtung zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und zur Rückforderung der Kosten basierend auf dem Verursacherprinzip.

Die Bedeutung der wissenschaftlichen Umrahmung

Die Verordnung hat einen sehr wichtigen wissenschaftlichen Rahmen, der charakteristisch ist, da es um invasive gebietsfremde Arten geht. Einerseits müssen schließlich die beschränkenden Maßnahmen, einschließlich kommerzieller Maßnahmen, die die Europäische Union ergreift, wissenschaftlich gerechtfertigt werden können. Andererseits liegt es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, einige Maßnahmen basierend auf aktualisierten wissenschaftlichen Daten zu ergreifen, um auf dem Gebiet auftreten zu können.

Auf nationaler Ebene muss schließlich ein Mechanismus für die Aufsicht, die Früherkennung, die Beseitigung oder die Eindämmung eingeführt werden, um hinsichtlich der Erfassung der Einbringung invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für den Mitgliedstaat, der Durchführung von Dringlichkeitsmaßnahmen, der Beseitigung oder der Eindämmung der Verbreitung dieser Arten, wenn diese bereits weit im Hoheitsgebiet verbreitet sind, angemessen auftreten zu können.

Hinsichtlich der Beseitigungs- oder Managementmaßnahmen haben die Mitgliedstaaten die Wahl zwischen tödlichen und nicht tödlichen Methoden, wenn es sich um Tiere handelt. Wenn die Entscheidung für eine Tötung fällt, müssen die Mitgliedstaaten dem Tierschutz Rechnung tragen, um den Tieren insbesondere vermeidbare Schmerzen, Angst oder Leiden zu ersparen.

Zuständigkeitsfrage

Die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 fällt gleichzeitig unter die Verantwortung des Föderalstaates, der Gemeinschaften und der Regionen. Die Verordnung betrifft vor allem den Naturschutz, aber auch die wissenschaftliche Forschung.

In Bezug auf den Naturschutz ist aufgrund seiner besonderen Befugnis bezüglich der Ein- und Ausfuhr sowie des Transits gebietsfremder Pflanzenarten sowie gebietsfremder Tierarten und ihren Kadavern, wie in Artikel 6 §1 III Nr. 2 Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen beschrieben, der Föderalstaat verantwortlich. Der Föderalstaat ist im Rahmen seiner Restkompetenz ebenfalls verantwortlich für den Naturschutz in den belgischen Meeresgebieten. Die Regionen sind im Prinzip für den Naturschutz im Einklang mit demselben Sondergesetz über institutionelle Reformen verantwortlich.

In Bezug auf die wissenschaftliche Forschung sind die Regionen und die Gemeinschaften gemäß Artikel 6bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 verantwortlich, wenn



dieses Tätigkeitsfeld in den Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse fällt. Der Föderalstaat bleibt gemäß dem Sondergesetz ebenfalls verantwortlich für:

1. die wissenschaftliche Forschung, die für die Ausübung seiner eigenen Befugnisse erforderlich ist (...);
2. die Einrichtung und Organisation von Netzwerken zum Datenaustausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene und internationaler Ebene;
3. die Programme und Aktionen, die eine homogene Ausführung auf nationaler oder internationaler Ebene verlangen (...).

Die wissenschaftliche Forschung in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten wird auf zwischenstaatlicher Ebene in Belgien von der Belgischen Biodiversitätsplattform umrahmt, die im Kooperationsabkommen vom 22. Januar 2016 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Unterstützung der Entwicklung, Ausführung und Verwaltung der Belgischen Biodiversitätsplattform eingerichtet wurde.

Die meisten Bestimmungen der Verordnung verlangen somit eine koordinierte Ausführung auf belgischer Ebene, die notwendig ist, um den Zusammenhang aber auch die Effektivität der in der Verordnung vorgeschriebenen Maßnahmen zu gewährleisten.

Die Interministerielle Konferenz „Umwelt“ (IKU) vom 4. Februar 2015 hat der Ausarbeitung eines Kooperationsabkommens zugestimmt.

Die Interministerielle Konferenz „Umwelt“ hat sich auch „mit der Notwendigkeit einverstanden erklärt, einen formalen wissenschaftlichen Ausschuss auf belgischer Ebene zu haben, in dem die wissenschaftliche Expertise über invasive gebietsfremde Arten zentralisiert, koordiniert und veröffentlicht wird; sie stimmt ebenfalls zu, dass es keinen Sinn hat, eine wissenschaftliche Expertise auf der Ebene jeder verantwortlichen Behörde einzurichten, was unvermeidlich eine Vervielfachung der Kosten mit sich bringen würde und eine Verringerung der Effektivität, und dass diese Aktivitäten über die bestehenden Strukturen und Netzwerke ausgeführt werden müssen, die bereits entwickelt wurden, wie die Belgische Biodiversitätsplattform“.

Zielsetzung des Kooperationsabkommens

Die allgemeine Zielsetzung des Kooperationsabkommens geht von der Feststellung aus, dass es für Belgien nicht möglich ist, eine korrekte Ausführung der Verordnung in einer rein unilateralen Weise zu gewährleisten, d. h. auf der Ebene jeder einzelnen Körperschaft. Die meisten Bestimmungen verlangen in der Tat eine Koordinierung, um den Zusammenhang und die gewünschte Rechtssicherheit gewährleisten zu können, insbesondere wenn mehr als eine Körperschaft an der Ergreifung von Maßnahmen beteiligt ist. Die Koordinierung zwischen den zuständigen Körperschaften ist schließlich von wesentlicher Bedeutung, da invasive gebietsfremde Arten per Definition Arten sind, die keine Grenzen kennen. Darüber hinaus ist es ebenfalls von wesentlicher Bedeutung, eine globale wissenschaftliche Sichtweise der Problematik auf belgischer Ebene zu gewährleisten, mit dem Ziel einer kohärenten Politik in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten zu betreiben. So wird ein offizieller Koordinierungs- und Kooperationsmechanismus für einige Maßnahmen vorgesehen, die deutlich durch das Kooperationsabkommen bestimmt werden.

Einige Bestimmungen der Verordnung können nichtsdestoweniger nur eine Behörde betreffen. Ihre Ausführung verlangt deshalb keine Koordinierung mit den anderen Körperschaften. Das Kooperationsabkommen sieht jedoch einen Mechanismus zum Informationsaustausch zwischen den Parteien des Abkommens vor, um die einseitig ergriffenen Durchführungsmaßnahmen möglichst transparent zu gestalten.



Die Koordinierung der Ausführung der Maßnahmen der Verordnung, die mit dem Abkommen eingeführt werden, ist denn auch streng auf die Bestimmungen begrenzt, die aus rechtlicher oder wissenschaftlicher Sicht eine Koordinierung auf belgischer Ebene verlangen.

Gültigkeitsbereich des Kooperationsabkommens

Der materielle Gültigkeitsbereich des Kooperationsabkommens entspricht dem in der Verordnung vorgesehenen Gültigkeitsbereich. Es betrifft also vor allem Landarten, marine Arten, ästuarine Arten und Süßwasserarten.

Angesichts der Tatsache, dass die Parteien des Abkommens der Föderalstaat, die Regionen und die Gemeinschaften sind in Bezug auf die Verantwortung für den Naturschutz und/oder die wissenschaftliche Forschung, wird bestimmt, dass jede Partei die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens unter Berücksichtigung der Befugnisse ausführt, die ihr im Sondergesetz vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen zugewiesen wurden.

Wenn in einem Text von „Parteien“ gesprochen wird, muss dieser Begriff in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 1 des Kooperationsabkommens ausgelegt werden, um zu bestimmen, wer für den Föderalstaat, die Regionen und die Gemeinschaften befugt ist.

Angesichts dessen, dass das Kooperationsabkommen einen allgemeinen rechtlichen Rahmen darstellt, der die Verpflichtungen bezüglich der Koordinierung und des Informationsaustauschs zwischen den Parteien festlegt, kann eine Partei auf eigenen Wunsch strengere Maßnahmen beschließen oder ergreifen als diejenigen, die in der Verordnung und im Kooperationsabkommen vorgesehen sind, sofern sie sich an geltendes europäisches und belgisches Recht hält.

Gemäß Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980, eingeführt durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014, wird von der Möglichkeit, das Kooperationsabkommen über ausführende Kooperationsabkommen auszuführen, Gebrauch gemacht.

Es werden fünf ausführende Kooperationsabkommen vorgesehen, von denen eines fakultativ ist. Es betrifft die folgenden Artikel des Kooperationsabkommens:

- Artikel 10: die Verfahren und Modalitäten bezüglich der Funktion des Nationalen Ausschusses für invasive gebietsfremde Arten;
- Artikel 16: die Einstellung von zwei Vollzeitbeschäftigten für das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten und die Arbeitsmodalitäten der Gasteinrichtung;
- Artikel 23: die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen der Belgischen Biodiversitätsplattform und dem Nationalen Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten;
- Artikel 32: die Nationale Liste der invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für Belgien (fakultativ);
- Artikel 57: die Modalitäten für die Koordinierung auf belgischer Ebene für die Ausarbeitung des nationalen Ausführungsberichts

Inhalt des Kooperationsabkommens

Instanzen

Um die im Kooperationsabkommen vorgesehenen Koordinierungsaufgaben zu erfüllen, werden drei neue Instanzen gegründet: ein Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, ein Nationaler Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten und ein Nationales Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten.

Der Nationale Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten

Der Nationale Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, im Folgenden der „Ausschuss“, besteht aus Vertretern der Behörden, die für die Anwendung der Verordnung verantwortlich sind. Dieser Ausschuss wird durch verschiedene Vertreter, wie dem Vertreter der Belgischen Biodiversitätsplattform, ergänzt.

Der Ausschuss hat vor allem zwei Hauptaufgaben:

Einerseits führt er die zu koordinierenden Aufgaben aus, wie:

- Genehmigung des Entwurfs des belgischen Standpunktes über die Aufnahme invasiver gebietsfremder Arten von Bedeutung in die Unionsliste;
- Empfehlungen bezüglich der Genehmigungsanträge, die eine Koordinierung zwischen den verantwortlichen Behörden verlangen.

Andererseits ist der Ausschuss das geeignete Forum für den Informationsaustausch, wenn einseitige Maßnahmen, d.h. Maßnahmen, die keine Koordinierung verlangen, von einer verantwortlichen Behörde ergriffen werden.

Neben diesen Aufgaben führt der Ausschuss eine jährliche allgemeine Kontrolle durch bezüglich der Arbeit des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten.

Das Kooperationsabkommen legt die für den Ausschuss geltenden Regeln fest, insbesondere in Bezug auf das Mandat, die Mindestanzahl der pro Jahr abzuhaltenden Versammlungen oder die Bestimmungen zur Beschlussfassung. Die Beschlussfassung erfolgt durch Konsens. Wenn der Ausschuss keine Einigung erzielen kann, wird der Diskussionspunkt zur Beschlussfassung an die IKU weitergeleitet.

Hinsichtlich der marinen Arten, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten verbreitet sind, wird bestimmt, dass Beschlüsse ausschließlich von der Person gefasst werden, die den Föderalstaat vertritt. Diese Ausnahme wird durch die Tatsache gerechtfertigt, dass diese Arten aufgrund ihrer Merkmale nicht die Ausübung der Befugnisse einer anderen Behörde betreffen können. Eine Koordinierung ist deshalb nicht erforderlich. Diese Bestimmung gilt allerdings nicht für „gemischte“ marine Arten, d.h. Arten, die auch ästuarine Arten oder sogar Süßwasserarten sein können oder die sich in diesen Ökosystemen ausbreiten können und die deshalb unter die Verantwortung einer anderen Behörde fallen. In diesem Fall gilt ebenfalls das Konsenserfordernis.

Das Kooperationsabkommen bestimmt, dass ein ausführendes Kooperationsabkommen aufgesetzt werden muss, um insbesondere das Verfahren zu bestimmen, das innerhalb des Ausschusses angewendet werden muss, sowie mit den anderen Organen, die infolge des Kooperationsabkommens gegründet wurden.

Der Nationale Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten

Im Kooperationsabkommen wird ein Nationaler Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten gegründet, im Folgenden der „Nationale Wissenschaftsrat“, dessen Funktion darin besteht, die im Rahmen des Kooperationsabkommens zu koordinierenden Aufgaben mithilfe der Formulierung von Empfehlungen wissenschaftlich zu unterstützen.

Der Nationale Wissenschaftsrat besteht aus Mitgliedern, die den föderalen, regionalen oder gemeinschaftlichen Einrichtungen angehören, die auf dem Gebiet der invasiven gebietsfremden Arten aktiv sind. Der Rat kann Personen aus der Wissenschaft als Vertreter einladen.

Es wird bestimmt, dass der Nationale Wissenschaftsrat neutral und vollkommen unabhängig auftritt. Es ist schließlich von wesentlichem Interesse, die vollkommene Unabhängigkeit zu gewährleisten, die für die Erteilung von Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sachverhalten vorgeschrieben ist, die manchmal Gegenstand extremer Herausforderungen sein können, wie wirtschaftlichen oder politischen Interessen. Es ist deshalb notwendig, dass jedes Mitglied des Nationalen Wissenschaftsrates sich als wissenschaftlicher Experte äußern kann, ohne von anderen als wissenschaftlichen Erwägungen beeinflusst zu werden.

Das Kooperationsabkommen legt die für den Nationalen Wissenschaftsrat geltenden Regeln fest, insbesondere in Bezug auf das Mandat, die Mindestanzahl der pro Jahr abzuhaltenden Versammlungen oder die Bestimmungen zur Beschlussfassung. In dieser Hinsicht ist Konsens die Regel. Bei mangelndem Konsens wird bestimmt, dass die verschiedenen formulierten wissenschaftlichen Standpunkte in die Empfehlung aufgenommen werden.

Die vordringlichste Aufgabe des Nationalen Wissenschaftsrates ist die Beurteilung der vom Nationalen Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten ausgeführten Aufgaben auf der Grundlage eines ausschließlich wissenschaftlichen Standpunktes in Bezug auf die Abgabe einer offiziellen wissenschaftlichen Empfehlung an den Ausschuss. Es ist demzufolge nicht die Aufgabe des Rates, sich zu anderen als rein wissenschaftlichen Aspekten zu äußern. Der Rat kann auch aus eigener Initiative wissenschaftliche Empfehlungen zu jedem Sachverhalt im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten formulieren.

Das Arbeitsreglement des Nationalen Wissenschaftsrates muss innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Kooperationsabkommens in einer Geschäftsordnung offiziell festgelegt werden.

Das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten

Das dritte Organ, das auf der Grundlage des Kooperationsabkommens gegründet wird, ist das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten, im Folgenden das „Nationale Wissenschaftssekretariat“. Um die koordinierte Ausführung der im Kooperationsabkommen beschriebenen Aufgaben zu gewährleisten, ist eine wissenschaftliche Koordinierung zwischen den verantwortlichen Behörden erforderlich. Weil diese Koordinierung auf nationaler Ebene erfolgen könnte, sieht das Kooperationsabkommen die Einstellung von wenigstens zwei Vollzeitbeschäftigten vor. Diese Personen müssen ein wissenschaftliches Diplom vorweisen können.

Mit der Gründung eines solchen Sekretariats auf nationaler Ebene sorgt Belgien auf nationaler Ebene für eine tatsächliche Strukturierung der wissenschaftlichen Expertise be-

züglich invasiver gebietsfremder Arten nach dem Vorbild der derzeit in den Niederlanden und Großbritannien bestehenden Struktur.

Die Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats sind im Kooperationsabkommen festgelegt und werden neben die wissenschaftlichen Aufträge gestellt, die im Hoheitsgebiet der einzelnen verantwortlichen Behörden ausgeführt werden, insbesondere hinsichtlich der Koordinierung der auf föderaler oder regionaler Ebene gesammelten Daten.

Die IKU hat beschlossen, dass das Königlich Belgische Institut für Naturwissenschaften die Einrichtung sein soll, die das Nationale Wissenschaftssekretariat beherbergen wird, und zwar über einen Zeitraum von vier Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung. Es handelt sich um eine reine Gastfunktion mit einer täglichen und Routineverwaltung der Funktion des Nationalen Wissenschaftssekretariats mit Ausschluss der Verwaltung bezüglich der Ausführung ihres Arbeitsprogramms. Die mit der Einrichtung der Gastfunktion verbundenen Modalitäten, einschließlich der finanziellen Aspekte, müssen in einem ausführenden Kooperationsabkommen festgehalten werden.

Angesichts der Tatsache, dass die wissenschaftliche Expertise bezüglich der marinen Arten, die ausschließlich in der Nordsee vorkommen oder die sich ausschließlich in der Nordsee ausbreiten können, bereits innerhalb des Wissenschaftlichen Dienstes „Managementeinheit für das mathematische Modell der Nordsee“ (BMM) aufgebaut wird, wird das Nationale Wissenschaftssekretariat nicht mit der Entwicklung der Expertise für diese sogenannten „exklusiven“ marinen Arten belastet werden. Für die sogenannten „gemischten“ marinen Arten muss dahingegen automatisch eine Zusammenarbeit zwischen dem Nationalen Wissenschaftssekretariat und dem BMM eingerichtet werden.

Die jährlichen Arbeiten des Nationalen Wissenschaftssekretariats werden in einem Arbeitsprogramm festgehalten, das eine finanzielle Veranschlagung für dessen Funktion umfasst, einschließlich der eventuellen Aufwendungen für besondere wissenschaftliche Aufträge, die das Sekretariat nicht selbst ausführen kann.

Das Nationale Wissenschaftssekretariat erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht, einschließlich der Aufwendung des Arbeitsbudgets.

Die IKU muss alle vom Nationalen Wissenschaftssekretariat ausgeführten oder noch auszuführenden Aufgaben jährlich genehmigen, und zwar insbesondere anhand des Arbeitsprogramms und des Tätigkeitsberichts.

Die Belgische Biodiversitätsplattform

Die Belgische Biodiversitätsplattform ist ein besonders wichtiges Organ auf belgischer Ebene in Bezug auf die wissenschaftliche Expertise über invasive gebietsfremde Arten. Diese Expertise wird seit mehreren Jahren entwickelt, insbesondere über das Belgische Forum für invasive gebietsfremde Arten, bei dem es sich um eine informelle Struktur handelt, die die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft vereint, die auf dem Gebiet der biologischen Invasionen aktiv ist. Durch die Verbindung mit der Anwendung der Verordnung hat das Kooperationsabkommen das Ziel, von der wissenschaftlichen Expertise zu profitieren, die im Rahmen ihrer Aktivitäten in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten von der Plattform aufgebaut wird, und somit doppelte Arbeit auf belgischer Ebene zu vermeiden. Viele dieser Aufgaben, die bereits von der Plattform ausgeführt werden, entsprechen schließlich den Verpflichtungen der wissenschaftlichen Aufgaben der Verordnung, die auf nationaler Ebene entwickelt werden müssen, in diesem Fall von den Regionen auf belgischer Ebene in Bezug auf nicht marine Arten.

Die Bemühungen der Plattform in der Anwendung der Verordnung beschränken sich deshalb auf die Aufgaben, die sie bereits auf der Grundlage des Kooperationsabkommens vom 22. Januar 2016 über die Unterstützung der Entwicklung, der Ausführung und der Verwaltung der Belgischen Biodiversitätsplattform ausführt. Diese Bemühungen werden auf einen Vollzeitbeschäftigten veranschlagt. Aus diesem Grund kann der Belgischen Biodiversitätsplattform weder eine andere Aufgabe als diejenige, die derzeit im Kooperationsabkommen beschrieben ist, noch eine Erweiterung des Personals aufgetragen werden. Schließlich kann die Unterstützung der Plattform bei der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 keine zusätzlichen finanziellen Belastungen verursachen als diejenigen, die bereits für die Erfüllung der Aufträge der Plattform vorgesehen sind.

Ausnahmegenehmigungen

Unbeschadet der in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), d), f) und g) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 vorgesehenen Beschränkungen, sind die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 8 der Verordnung ermächtigt, ein Genehmigungssystem einzurichten, das den Einrichtungen unter bestimmten Umständen die Möglichkeit bietet, Untersuchungen zu den invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung durchzuführen oder zur Ex-situ-Erhaltung über zu gehen.

Jeder Genehmigungsantrag wird von einer verantwortlichen Behörde einer Partei des Abkommens aufgrund der geltenden Rechtsvorschriften eingereicht. In bestimmten Situationen wird es allerdings erforderlich sein, mehrere Genehmigungsanträge einzureichen und zwar bei mehr als einer verantwortlichen Behörde gleichzeitig. Beispielsweise umfassen die lebenden Sammlungen des Botanischen Gartens Jean Massart in Oudergem, die zur Forschung, universitären Bildung und wissenschaftlichen Untersuchung bestimmt sind, ungefähr 2000 Pflanzenarten, einschließlich invasive Arten. Die Aufnahme und Pflege eines Exemplars einer Art auf der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung, das aus einer ausländischen Sammlung stammt, benötigt eine vom Föderalstaat ausgestellte Genehmigung für die Einbringung der Art sowie eine von der Region Brüssel-Hauptstadt ausgestellte Genehmigung für die Bewahrung der Art in einer geschlossenen Umgebung.

Abteilung 2 von Kapitel IV bezieht sich demzufolge auf die Koordinierung, die für die Ausstellung der Genehmigungen, die unter die Verantwortung mehrerer Parteien fallen, über den Ausschuss erforderlich ist.

Zunächst wird jeder Genehmigungsantrag, der von einer verantwortlichen Behörde erhalten wird, unmittelbar dem Ausschuss zur Kenntnis gebracht mit dem Ziel, jeden eventuellen Zusammenhang mit anderen Genehmigungsanträgen, die vom selben Antragsteller eingereicht wurden, zu bestimmen. Diese Bestimmung ermöglicht es somit, über die verschiedenen Anträge, die bei den verantwortlichen Behörden eingereicht wurden, unterrichtet zu sein und zu vermeiden, dass miteinander verbundene Anträge einzeln behandelt werden ohne Koordinierung auf der Ebene des Nationalen Ausschusses.

Im Falle eines deutlichen Zusammenhangs zwischen den Anträgen verschiedener Antragsteller, findet dasselbe Koordinierungsverfahren entsprechende Anwendung. Diese Bestimmung soll schließlich eine Zersplitterung vermeiden.

Ausnahmezulassungen:

In Ausnahmefällen, die von einem zwingenden öffentlichen Interesse gerechtfertigt sind und sofern die Europäische Kommission ihre Zustimmung erteilt hat, können die Mit-

7

gliedstaaten im Rahmen bestimmter anderer Aktivitäten, u.a. wirtschaftliche Aktivitäten, Genehmigungen ausstellen.

Artikel 30 bezieht sich demzufolge auf die Koordinierung, die für die Ausstellung von Zulassungen durch verschiedene verantwortliche Behörden im Rahmen der Ausführung von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 erforderlich ist, und zwar vor der Unterrichtung der Europäischen Kommission hinsichtlich des Erhalts der Zulassung. Die Koordinierung erfolgt über den Ausschuss, der untersucht, ob die Kriterien bezüglich des Bestehens eines zwingenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer oder wirtschaftlicher Art, wie in Artikel 9.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschrieben, erfüllt sind. Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist vorab vorgeschrieben.

Im Falle einer positiven Empfehlung des Ausschusses, reicht jede beteiligte verantwortliche Behörde auf koordinierte Weise und in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung den Zulassungsantrag ein mittels des von der Europäischen Kommission eingerichteten Systems. Die beteiligten verantwortlichen Behörden stellen die beantragten Genehmigungen in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung aus. Diese Zulassungen enthalten alle Bestimmungen, die in der von der Europäischen Kommission erteilten Zulassung enthalten sind.

Im Falle einer negativen Empfehlung des Ausschusses, setzen die verantwortlichen Behörden den Antragsteller gemäß ihrer Gesetzgebung darüber in Kenntnis, dass der Antrag auf eine Zulassung im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 abgelehnt wurde

Nationale Liste

Auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips steht es jedem Mitgliedstaat frei, auf Wunsch eine Nationale Liste der invasiven gebietsfremden Arten aufzustellen. Auf belgischer Ebene kann im Prinzip jede verantwortliche Behörde diese Liste im Rahmen ihrer Verantwortung für den Naturschutz aufstellen. Angesichts der intrinsischen Merkmale invasiver gebietsfremder Arten und dem beschränkten Hoheitsgebiet Belgiens drängt sich nichtsdestotrotz aus rechtlicher und wissenschaftlicher Sicht eine einzige Nationale Liste auf, in der dieselben Arten enthalten sind und die genau dieselben Beschränkungen mit sich bringt, die in Artikel 7.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschrieben sind.

Das Kooperationsabkommen bestimmt, dass eine solche Nationale Liste von den Parteien mittels eines ausführenden Kooperationsabkommens genehmigt werden muss, sodass man über ein flexibles Instrument verfügen kann, das eine einfache Aktualisierung ermöglicht, ohne Vorlage an die Parlamente der verschiedenen Körperschaften.

Die Beratschlagung mit den betreffenden Parteien über die Ausarbeitung der Nationalen Liste ist vorgesehen, und zwar in Anwendung von Artikel 10 des Kooperationsabkommens, in dem die Verfahren und Arbeitsmodalitäten des Ausschusses bestimmt sind, die in einem ausführenden Kooperationsabkommen festgelegt werden müssen.

Die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 verlangt nicht ausdrücklich eine Risikobeurteilung für die Aufstellung der Nationalen Liste. Aber unter Berücksichtigung der internationalen Bestimmungen auf dem Gebiet des Handels und der europäischen Bestimmungen über den Binnenmarkt und auch mit der klassischen Methode der Risikobeurteilung, die in der Regel für invasive gebietsfremde Arten angewandt wird, findet eine solche Beurteilung automatisch Anwendung, wenn Handelsbeschränkungen auf die Nationale Liste anwendbar sind. Infolgedessen bestimmt das Kooperationsabkommen, dass der Entwurf der Nationalen Liste derselben Risikobeurteilung unterworfen wird, die laut der Verordnung (EU)

Nr. 1143/2014 für die Arten in der Unionsliste vorgeschrieben ist. Nichtsdestotrotz werden nicht alle Kriterien der Verordnung übernommen, sondern nur diejenigen, die auf nationaler Ebene relevant sind. Das Kooperationsabkommen bestimmt demzufolge die Anwendung von Artikel 5.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, mit Ausnahme von Buchstabe h), der ausdrücklich auf die europäische Dimension verweist.

Es ist möglich, bestimmte Maßnahmen aus der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 auf die Nationale Liste anzuwenden. Diese Maßnahmen müssen in Einklang sein mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und werden gemäß Unionsrecht der Europäischen Kommission zur Kenntnis gebracht. In diesem Fall bestimmt das Kooperationsabkommen, dass die in Artikel 7.1, 8 und 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschriebenen Maßnahmen auf die belgische Nationale Liste anwendbar sind. In Bezug auf die in den Artikeln 13 bis 17, 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Maßnahmen steht es jeder verantwortlichen Behörde frei, diese Bestimmungen in ihrem Hoheitsgebiet anzuwenden.

Jede der Parteien kann vorschlagen, eine Art zur Nationalen Liste hinzuzufügen oder diese aus der Liste zu streichen. In diesem Fall führt sie eine Risikobeurteilung durch, die dem Ausschuss vorgelegt wird.

Die Bestimmungen in Bezug auf die Koordinierung im Rahmen der gemeinsamen Verwaltungsverfahren in Bezug auf Genehmigungsanträge finden ebenfalls Anwendung auf die in die Nationale Liste aufgenommenen Arten.

Die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 sieht keine Übergangsbestimmungen für nichtgewerbliche Besitzer und kommerzielle Bestände vor in Bezug auf Arten, die in die Nationale Liste aufgenommen wurden. Das Kooperationsabkommen bestimmt jedoch, dass die Übergangsbestimmungen, die für nichtgewerbliche Besitzer und kommerzielle Bestände von Arten aus der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung gelten, Anwendung finden.

Identifikationsblätter

Es ist die Aufstellung von Identifikationsblättern vorgesehen, wobei es sich um Identitätskarten in Bezug auf die invasiven gebietsfremden Arten handelt, um über Vorabinformationen bezüglich ihrer Ausbreitung in Belgien und den an unser Land grenzenden Regionen zu verfügen. Mit den Identifikationsblättern können auch die Einbringungspfade und der Einfluss dieser Arten festgehalten werden. Diese Daten werden benutzt, um zu beurteilen, ob eine Aufnahme der untersuchten Art in die Unionsliste erforderlich ist, insbesondere unter Berücksichtigung der belgischen Interessen, aber sie sollen auch eine effektive und proaktive Kommunikation zwischen den verschiedenen beteiligten Parteien ermöglichen.

Es stehen bereits Identifikationsblätter für die aufgenommenen Arten zur Verfügung auf der Website www.observations.be. Die Aufstellung eventueller neuer Identifikationsblätter ist als eine der Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats angegeben.

Dringlichkeitsmaßnahmen

Bei der Erfassung einer gebietsfremden Art, die nicht als invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung aufgenommen ist, an den Grenzen der Union oder in ihrem Hoheitsgebiet, haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf der Grundlage des verfügbaren wissenschaftlichen Beweismaterials bestimmte Dringlichkeitsmaßnahmen zu ergreifen.

Mithilfe dieser Dringlichkeitsmaßnahmen kann in Erwartung einer Beurteilung der konkreten Risiken unverzüglich reagiert werden.

Nationaler Aktionsplan

Das Kooperationsabkommen sieht die Koordinierung des Nationalen Aktionsplans, wie in der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 vorgesehen, vor. Der Nationale Aktionsplan dient ausschließlich Informationszwecken und bindet demnach die betreffenden Behörden nicht. Jede Abweichung von den Bestimmungen des Plans muss allerdings begründet werden.

Zusammenarbeit zwischen Belgien und den nationalen verantwortlichen Behörden der Mitgliedstaaten

Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten auf ihrer Nationalen Liste die invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für die Region ausweisen können, die eine stärkere regionale Zusammenarbeit verlangen.

Titel VII bezieht sich demzufolge auf die Koordinierung, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten erforderlich ist.

Das Überwachungssystem

Kapitel I von Titel VIII bezieht sich auf die Ausführung eines Überwachungssystems, das auf der Grundlage von Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten, nachdem die Unionsliste angenommen wurde, von den Parteien des Abkommens eingerichtet werden muss.

Jede der verantwortlichen Behörden wird ein Überwachungssystem einrichten und das Nationale Wissenschaftssekretariat wird mit der Koordinierung der verschiedenen Systeme betraut.

Früherkennung und Maßnahmen für eine sofortige Beseitigung

Kapitel II von Titel VIII bezieht sich auf die Früherkennung und die Maßnahmen für eine sofortige Beseitigung, die von den Parteien auf der Grundlage der Artikel 16 und 17 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durchgeführt werden müssen.

Jede verantwortliche Behörde ist mit der Mitteilung an die Europäische Kommission betraut. Sie setzt gleichzeitig auch den Ausschuss in Kenntnis.

Wenn die Art mehr als eine Partei betrifft oder sich schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete ausbreiten könnte, wird der Ausschuss beschließen, ob die Art noch nicht weit verbreitet ist und in diesem Fall deshalb Beseitigungsmaßnahmen von den verantwortlichen Behörden ergriffen werden müssen. In diesem Fall übernimmt der Ausschuss ebenfalls die Koordinierung der Beseitigungsmethoden, die von den verantwortlichen Behörden angewendet werden müssen.

Wenn eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung möglicherweise nur eine einzige Partei betrifft, beschränkt sich die Rolle des Ausschusses auf das Sammeln von Informationen, die von den verschiedenen verantwortlichen Behörden in Bezug auf die Maßnahmen, die in Anwendung der Artikel 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen, bereitgestellt werden.



Kapitel 3 bezieht sich auf die Ausführung der Artikel 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Managementmaßnahmen und die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme.

Es ist die Aufgabe jeder verantwortlichen Behörde, Management- und Wiederherstellungsmaßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet zu ergreifen.

In diesem Fall, wenn der Ausschuss bestimmt, dass eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung im Hoheitsgebiet mehr als einer Partei oder den belgischen Meeresgebieten weit verbreitet ist oder sich schnell im Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder den belgischen Meeresgebieten ausbreiten könnte, ist der Ausschuss für die Koordinierung der Management- und Wiederherstellungsmaßnahmen verantwortlich, die aufgrund der Artikel 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen.

Der Ausschuss ist ebenfalls verantwortlich für die Mitteilungen, die erfolgen müssen, und für die Koordinierung der Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung sich in einen anderen Mitgliedstaat ausbreiten wird.

Wenn eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung möglicherweise nur eine einzige Partei betrifft, beschränkt sich die Rolle des Ausschusses auf das Sammeln von Informationen, die von der verantwortlichen Behörde in Bezug auf die Maßnahmen, die in Anwendung der Artikel 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen, bereitgestellt werden.

Kostenerstattung

Titel IX bezieht sich auf die Ausführung von Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Kostenerstattung. Dieser Artikel bestimmt, dass die Mitgliedstaaten eine Erstattung der Kosten für die Maßnahmen anstreben, die erforderlich sind, um die nachteiligen Auswirkungen invasiver gebietsfremder Arten zu verhindern, zu minimieren oder abzuschwächen, wobei dies auch für Umwelt-, Ressourcen- und Wiederherstellungskosten gilt, und zwar unter Anwendung des Verursacherprinzips und unbeschadet der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden.

Es ist die Aufgabe jeder verantwortlichen Behörde, Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 anzuwenden und den Ausschuss über die Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die im Rahmen dieser Bestimmung ergriffen werden, die erzielten Ergebnisse, die aufgewendeten Kosten und die eventuellen Rückforderungen.

Wenn es sich um einen Fall handelt, der einen Einfluss auf mehr als eine Partei haben kann, kann der Ausschuss beschließen, dass wechselseitige unterstützende Maßnahmen auf der Ebene jeder der beteiligten verantwortlichen Behörden ergriffen werden müssen.

Finanzielle Bestimmungen

Titel X enthält die finanziellen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Gründung des in Kapitel 3 dieses Kooperationsabkommens behandelten Nationalen Wissenschaftssekretariats.

In den Absätzen 1 und 2 wird ein identischer Verteilerschlüssel zwischen den vier Umweltbehörden angewendet für:

- die Arbeitskosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats in Bezug auf die Einstellung der Vollzeitbeschäftigten;
- die Ausschreibungskosten für eventuelle Aufgaben, die aufgrund ihrer Art für ihre Ausführung (ganz oder teilweise) eine externe Unterstützung benötigen, obwohl diese auf der Grundlage des Kooperationsabkommens vom Nationalen Wissenschaftssekretariat koordiniert werden müssen.

Dieser Beitrag wird berechnet in Abhängigkeit von:

- den betreffenden Befugnissen, die eine wissenschaftliche Koordinierung verlangen;
- der wissenschaftlichen Arbeit, die das Nationale Wissenschaftssekretariat konkret zur Unterstützung der unter Buchstabe a) genannten Befugnisse leistet;
- der Fläche des betreffenden Hoheitsgebietes und das gegenwärtige Invasionsniveau.

Unter diesem Titel wird auch die Art und Weise bestimmt, in der das Jahresbudget festgelegt wird, das für die Arbeit und sonstigen Kosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats erforderlich ist.

Absatz 3 stellt anhand eines zweiten Verteilerschlüssels die eventuellen Ausschreibungskosten für Projekte fest, die nicht von den in Absatz 1 genannten koordinierenden Aufgaben abgedeckt sind, obwohl diese mit der Ausführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 verbunden sind. Wenn Projekte ausschließlich die drei Regionen betreffen, gilt dieser zweite Ad hoc-Verteilerschlüssel. Hierbei handelt es sich um eine Bestimmung des Typs „Gewährleistungsklausel“, die demnach ausschließlich auf eventuelle rein interregionale Projekte anzuwenden ist. Mit dieser Bestimmung verfügt Belgien über eine finanzielle Regelung, die einfach anzuwenden ist, um eine möglichst koordinierte Anwendung der Verordnung zu bewerkstelligen.

Inspektionen und Kontrollen

Titel XI enthält die Bestimmungen in Bezug auf die Inspektionen und Kontrollen, die im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durchgeführt werden müssen. Unter diesem Titel werden die Modalitäten für die Koordinierung bestimmt, die zwischen den Inspektionsdiensten der verschiedenen verantwortlichen Behörden eingerichtet werden müssen.

Titel XI bestimmt ebenfalls, dass die Koordinierung, die zwischen den verschiedenen Parteien für die Beurteilung von Sanktionen, die im Falle eines Verstoßes gegen die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 auferlegt werden, eingerichtet werden muss.

Die Übergangbestimmungen, die auf nichtgewerbliche Besitzer und kommerzielle Bestände Anwendung finden

Titel XII bezieht sich auf die Übergangbestimmungen, die für nichtgewerbliche Besitzer und kommerzielle Bestände von invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung gelten.

Dieser Titel bestimmt die Verpflichtung der verantwortlichen Behörden, den Ausschuss gemäß Artikel 31 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 in Kenntnis zu setzen über die zu nichtgewerblichen Zwecken gehaltenen Heimtiere, die zu den in der Unionsliste aufgeführten invasiven gebietsfremden Arten gehören, sowie über die kommerziellen Bestände von Exemplaren invasiver gebietsfremder Arten, die sich noch in ihrem Besitz befinden und die Verkäufe und Übergaben, die gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ausgeführt wurden.

Die Ausführung dieses Titels setzt voraus, dass jede der verantwortlichen Behörden ein Melde- und Zulassungssystem einrichtet, um die betreffenden Besitzer zu erfassen.

Berichterstattung

Titel XIII bezieht sich auf die Berichterstattung, die die Mitgliedstaaten aufgrund von Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 spätestens am 19. Juni 2019 bei der Europäischen Kommission einreichen müssen und anschließend alle sechs Jahre.

Schlussbestimmungen

Kapitel XIV enthält die Schlussbestimmungen des Kooperationsabkommens.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. Dieser Artikel enthält die Begriffsbestimmungen in Bezug auf die Begriffe, die im Kooperationsabkommen verwendet werden und einer Erklärung bedürfen. Die in der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 definierten Begriffe werden nicht in die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 übernommen, weil die Verordnung direkte Anwendung findet.

Art. 2. Dieser Artikel bestimmt die allgemeine Zielsetzung des Kooperationsabkommens, die aus zwei Teilen besteht. Sie bezieht sich einerseits auf die Organisation der koordinierten Ausführung zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen, wenn die Bestimmungen der Verordnung eine Koordinierung erfordern, um jegliche rechtliche oder wissenschaftliche Inkohärenz zu vermeiden. Sie bezieht sich darüber hinaus auf die Organisation eines Informationsaustauschs zwischen denselben Parteien, wenn die Bestimmungen der Verordnung keine Koordinierung erfordern.

Art. 3. Dieser Artikel bestimmt den Geltungsbereich des Kooperationsabkommens, der dem in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 bestimmten Geltungsbereich entspricht.

Art. 4. Dieser Artikel bestimmt in Absatz 1, dass die Parteien lediglich zur Ausführung der Bestimmungen des Kooperationsabkommens verpflichtet sind, für die sie angesichts der Bestimmungen zur Befugnisverteilung verantwortlich sind.

Absatz 2 bietet einer Partei die Möglichkeit, strengere Maßnahmen zu ergreifen als diejenigen, die im Kooperationsabkommen oder der Verordnung vorgesehen sind, sofern die europäischen und belgischen Rechtsvorschriften beachtet werden.

Art. 5. Dieser Artikel bestimmt, dass das Kooperationsabkommen mithilfe von ausführenden Kooperationsabkommen gemäß dem neuen Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 8. August 1990 über institutionelle Reformen, eingeführt durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014 zur Änderung des Sondergesetzes vom 8. August 1990 über institutionelle Reformen, das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über das Verfassungsgericht und das Sondergesetz vom 12. Januar 1989 über die Einrichtungen in Brüssel, ausgeführt werden kann.

Dieser Artikel bestimmt darüber hinaus, dass die Parteien diese ausführenden Kooperationsabkommen ausschließlich genehmigen, sofern diese unter ihre Zuständigkeit fallen.

Art. 6. In diesem Artikel werden drei Organe gegründet, die für die Ausführung der Aufgaben, die im Rahmen der Verordnung koordiniert werden müssen, verantwortlich sind: ein Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, ein Nationaler Wissen-

schaftsrat für invasive gebietsfremde Arten und ein Nationales Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten.

Dieser Artikel spezifiziert auch, dass die Belgische Biodiversitätsplattform in die Aktivitäten dieser drei Organe einbezogen wird.

Art. 7. Dieser Artikel bestimmt die Aufgaben des Nationalen Ausschusses für invasive gebietsfremde Arten. Hierbei handelt es sich um die folgenden drei allgemeinen Aufgaben: die in Artikel 2, § 2 genannte koordinierte Ausführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die in Artikel 2, § 3 genannte Aufsicht über den Informationsaustausch und die Aufsicht über die Arbeit des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten, mit Ausnahme der Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeit, die vom Nationalen Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten vorgenommen wird.

Art. 8. Dieser Artikel bestimmt die Zusammensetzung, die Ernennung der Mitglieder des Nationalen Ausschusses für invasive gebietsfremde Arten und die Dauer ihres Mandats. Der Nationale Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten besteht aus Vertretern der Behörden, die für die Anwendung der Verordnung verantwortlich sind. Dieser Ausschuss wird durch verschiedene Vertreter, wie dem Vertreter der Belgischen Biodiversitätsplattform, ergänzt. Ihr Mandat dauert vier Jahre und kann verlängert werden.

Art. 9. Dieser Artikel regelt die Arbeit des Nationalen Ausschusses für invasive gebietsfremde Arten. Der Ausschuss beschließt durch Konsens. Wenn keine Einigung erzielt wird, wird der betreffende Diskussionspunkt der IKU zur Entscheidung vorgelegt.

Dieser Artikel bestimmt, dass die invasiven gebietsfremden marinen Arten, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebiet vorkommen oder bezüglich derer das Risiko der Ansiedlung oder Verbreitung ausschließlich innerhalb dieser Zone besteht, ausschließlich unter die Beschlussfassungsbefugnis des Föderalstaates fallen.

Art. 10. Dieser Artikel bestimmt, dass die Verfahren und Modalitäten in Bezug auf die Arbeit des Nationalen Ausschusses in einem ausführenden Kooperationsabkommen festgelegt werden. Er beschreibt des Weiteren die Elemente, die in dieses Kooperationsabkommen aufgenommen werden müssen.

Art. 11. Dieser Artikel bestimmt die Aufgaben des Nationalen Wissenschaftsrats für invasive gebietsfremde Arten, nämlich die Bereitstellung einer wissenschaftlichen Empfehlung an den Ausschuss zu jeder Frage, die mit der Ausführung der Aufgaben in Zusammenhang stehen, die gemäß den Bestimmungen des Kooperationsabkommens koordiniert werden müssen. Der Nationale Wissenschaftsrat kann Empfehlungen auch aus eigener Initiative formulieren.

Dieser Artikel bestimmt auch, dass der Rat seine Aufgabe vollkommen unabhängig und neutral ausführt.

Art. 12. Dieser Artikel regelt die Funktion und die Ernennung der Mitglieder des Nationalen Wissenschaftsrats für invasive gebietsfremde Arten und ihr Mandat. Der Nationale Wissenschaftsrat besteht aus den Mitgliedern, die den föderalen, regionalen oder gemeinschaftlichen wissenschaftlichen Einrichtungen angehören, die auf dem Gebiet der invasiven gebietsfremden Arten tätig sind. Der Nationale Wissenschaftsrat kann Personen aus der akademischen Welt als Vertreter einladen.

Art. 13. Dieser Artikel bestimmt, dass sich der Nationale Wissenschaftsrat wenigstens drei Mal pro Jahr oder auf Antrag eines seiner Mitglieder versammelt. Er bestimmt ebenfalls das Anwesenheitsquorum.

Art. 14. Dieser Artikel bestimmt, dass der Nationale Wissenschaftsrat seine Geschäftsordnung innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Kooperationsabkommens erstellt. Die wenigstens aufzunehmenden Bestimmungen sind im Kooperationsabkommen beschrieben.

Art. 15. Dieser Artikel bestimmt die Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten. Im Kooperationsabkommen sind die wissenschaftlichen Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats aufgeführt und es wird bestimmt, dass sich diese Aufgaben nicht beziehen auf:

- die Aufgaben, die von der Belgischen Biodiversitätsplattform ausgeführt werden;
- die Aufgaben, die in Bezug auf invasive gebietsfremde marine Arten ausgeführt werden müssen, die sich in den belgischen Meeresgebieten angesiedelt haben oder sich ausschließlich dort ansiedeln können. Diese Aufgaben werden vom Wissenschaftlichen Dienst „Managementeinheit für das mathematische Modell der Nordsee“ ausgeführt.

Art. 16. Dieser Artikel bestimmt die Zusammensetzung des Nationalen Wissenschaftssekretariats, das aus wenigstens zwei Vollzeitbeschäftigten bestehen wird. Er bestimmt auch die Gasteinrichtung: das Königlich Belgische Institut für Naturwissenschaften.

Er bestimmt darüber hinaus, dass die mit der Niederlassung des Nationalen Wissenschaftssekretariats in der Gasteinrichtung verbundenen Modalitäten in einem ausführenden Kooperationsabkommen festgehalten werden.

Art. 17. Dieser Artikel bestimmt, dass die tägliche Verwaltung des Nationalen Wissenschaftssekretariats in den Händen der Gasteinrichtung liegt, die jährlich einen diesbezüglichen Tätigkeitsbericht aufstellen muss.

Art. 18. Dieser Artikel bestimmt, dass das Nationale Wissenschaftssekretariat jährlich und zusammen mit dem Ausschuss einen Entwurf des Arbeitsprogramms aufstellen muss, einschließlich eines Finanzplans. Dieses Arbeitsprogramm muss spätestens am 30. Januar des laufenden Jahres der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ nach vorhergehender Beratung mit dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Es wurde eine Sonderbestimmung für das erste Arbeitsprogramm aufgenommen, das innerhalb von drei Monaten nach der Einstellung der beiden für das Sekretariat angeworbenen Personen vorgelegt werden muss.

Der Ausschuss legt die Veranschlagung des Arbeitsbudgets für das Arbeitsprogramm im Laufe des dritten Quartals des Jahres, das dem betreffenden Haushaltsjahr vorausgeht, der IKU zur Genehmigung vor.

Auf gemeinsamen Vorschlag des Nationalen Wissenschaftsrates und des Ausschusses kann die IKU das Arbeitsprogramm des Sekretariats im Laufe des Jahres ändern, entweder aus eigener Initiative, oder auf Antrag des Nationalen Wissenschaftssekretariats.

Art. 19. Dieser Artikel bestimmt, dass das Nationale Wissenschaftssekretariat einen jährlichen Tätigkeitsbericht aufstellen muss, der dem Ausschuss zur Genehmigung vorgelegt wird.

Art. 20. Dieser Artikel bestimmt, dass das Nationale Wissenschaftssekretariat die wissenschaftliche Unterstützung externer Personen auf nationaler und internationaler Ebene in Anspruch nehmen kann.

Er bestimmt auch, dass das Nationale Wissenschaftssekretariat bei der Ausführung seiner Aufgaben regelmäßig mit dem BMM und der Belgischen Biodiversitätsplattform zusammenarbeiten muss sowie mit jeder anderen beteiligten wissenschaftlichen Einrichtung.

Art. 21. Dieser Artikel bestimmt die Rolle der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ in Bezug auf die Genehmigung und Aufsicht über die Ausführung der Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats.

Art. 22. Dieser Artikel bestimmt die Rolle und die Aufgaben der Belgischen Biodiversitätsplattform bei der Anwendung der Verordnung. Hierbei handelt es sich um die folgenden vier Aufgaben:

1° Ausbau und Pflege der Zusammenarbeit und des Networking innerhalb der belgischen und ausländischen Wissenschaftsgemeinschaft, die auf dem Gebiet der invasiven gebietsfremden Arten aktiv ist;

2° Entwicklung, Aktualisierung und Pflege eines nationalen Systems wissenschaftlicher Informationen in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten;

3° Ausarbeitung der notwendigen Instrumente zur Aufstellung von Listen über invasive gebietsfremde Arten;

4° technische Ausarbeitung der Hilfsinstrumente zur Beschlussfassung über invasive gebietsfremde Arten sowie Risikoanalyseprotokolle.

Art. 23. Dieser Artikel bestimmt, dass die Belgische Biodiversitätsplattform und das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten regelmäßig bei der Ausführung ihrer jeweiligen Aufgaben zusammenarbeiten müssen.

Art. 24. In diesem Artikel ist das Koordinierungsverfahren der verantwortlichen Behörden im Rahmen der Annahme und Aktualisierung der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung festgehalten.

Diese Bestimmung umfasst die Anfragen für die Aufnahme oder Streichung von Arten in die bzw. aus der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung der Europäischen Kommission oder eines anderen Mitgliedstaates.

Es ist die Aufgabe des Nationalen Ausschusses, nach Erhalt einer Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates oder, wenn keine solche Empfehlung erhalten wurde, nach Erhalt einer Empfehlung des Nationalen Wissenschaftssekretariats einen Entwurf des belgischen Standpunktes zur Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung zu bestimmen.

Art. 25. Dieser Artikel bezieht sich auf den Fall, in dem eine der Parteien den Wunsch äußert, eine Art zur Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung hinzuzufügen oder die betreffende Art von der Liste zu streichen. Das in Artikel 24 §2 genannte Verfahren findet entsprechende Anwendung.

Art. 26. Es ist die Aufgabe des Ausschusses, sich im Rahmen eines von einer Partei eingeleiteten Verfahrens nach Erhalt der Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrats dazu zu äußern, ob die Durchführung einer Risikoanalyse erforderlich ist.

Wenn der Ausschuss die Durchführung einer Risikoanalyse beschließt, erstellt das Nationale Wissenschaftssekretariat diese Beurteilung sowie das Dokument, das beweist, dass

die in Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Kriterien erfüllt sind. Der Nationale Wissenschaftsrat genehmigt diese Risikobeurteilung.

Der Ausschuss beschließt anschließend, insbesondere auf der Grundlage der Ergebnisse der Risikobeurteilung, gegebenenfalls einen Antrag für Belgien bei der Europäischen Kommission einzureichen, um die invasive gebietsfremde Art, die Gegenstand der Risikobeurteilung war, in die Liste aufzunehmen oder diese aus der Liste zu streichen.

Der Ausschuss begründet seinen Beschluss.

Der offizielle Antrag enthält die in Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Elemente.

Art. 27. Dieser Artikel bestimmt zunächst, dass jeder Genehmigungsantrag im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 an den Ausschuss weitergeleitet wird.

Art. 28. Dieser Artikel bestimmt, dass der Koordinierungsmechanismus angewendet werden muss, wenn aufgrund von Forschungszwecken, der Ex-situ-Erhaltung oder der Förderung der menschlichen Gesundheit mehrere Genehmigungsanträge gemäß Artikel 27 und in Bezug auf dieselbe invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung gemeinsam vom selben Antragsteller bei mehreren verantwortlichen Behörden eingereicht werden. Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist vorab vorgeschrieben.

Wenn feststeht, dass mehrere Genehmigungsanträge, die beim Ausschuss eingehen, zweifellos miteinander verbunden sind, ist Absatz 1 entsprechend anwendbar.

Der Zusammenhang zwischen mehreren Genehmigungsanträgen wird unter anderem auf der Grundlage der Anzahl und der Art identischer Exemplare derselben invasiven gebietsfremden Art bestimmt.

Im Falle einer positiven Empfehlung des Ausschusses erteilen die betreffenden verantwortlichen Behörden, jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Genehmigungen gemäß ihrer Gesetzgebung. Sie setzen den Ausschuss so schnell wie möglich hierüber in Kenntnis.

Jede beteiligte verantwortliche Behörde macht die in Artikel 8.7 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 genannten Informationen so schnell wie möglich der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich.

Im Falle einer negativen Empfehlung des Ausschusses erteilen die betreffenden verantwortlichen Behörden die Genehmigungen in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung nicht und nennen sie die Gründe für die Ablehnung und die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel. Sie setzen den Ausschuss so schnell wie möglich hierüber in Kenntnis.

Art. 29. Dieser Artikel bezieht sich auf den Fall, in dem eine verantwortliche Behörde eine bereits erteilte Genehmigung einziehen muss. Wenn die Genehmigung Gegenstand einer Koordinierung im Sinne von Artikel 28 ist, äußert sich der Ausschuss dazu, ob die Notwendigkeit besteht, auch andere Genehmigungen einzuziehen oder auszusetzen.

Wenn der Ausschuss eine positive Empfehlung ausspricht, gehen alle verantwortlichen Behörden gemäß ihrer Gesetzgebung zur Einziehung oder Aussetzung über.

Art. 30. Dieser Artikel bestimmt, dass jeder Zulassungsantrag im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 an den Ausschuss weitergeleitet wird.

Art. 31. Dieser Artikel bezieht sich auf die Koordinierung zwischen den verschiedenen Befugnissen für die Erteilung der Zulassungen im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, wenn mehrere Zulassungsanträge bezüglich derselben invasiven gebietsfremden Art gleichzeitig vom selben Antragsteller bei mehreren verantwortlichen Behörden eingereicht werden. Die Koordinierung erfolgt über den Nationalen Ausschuss, der untersucht, ob die Kriterien bezüglich des Bestehens eines zwingenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer oder wirtschaftlicher Art, wie in Artikel 9.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschrieben, erfüllt sind. Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist vorab vorgeschrieben.

Wenn sich der Nationale Ausschuss eine positive Empfehlung bezüglich der Zulassungsanträge ausspricht, muss die verantwortliche Behörde den Antrag auf Zulassung in Bezug auf die von ihr zu erteilende Genehmigung bei der Europäischen Kommission einreichen. Wenn die Europäische Kommission diesbezügliche eine positive Empfehlung abgibt, erteilt jede der verantwortlichen Behörden die Genehmigung anhand ihrer eigenen Verfahren.

Bei einer negativen Empfehlung der Europäischen Kommission werden die Genehmigungen abgelehnt und begründet jede verantwortliche Behörde diese Ablehnung und die Nichteintragung des Antrags in das Zulassungssystem der Europäischen Kommission und nennt sie die anwendbaren Rechtsmittel anhand ihrer eigenen Verfahren.

Art. 32. Dieser Artikel bestimmt, dass die Parteien über ein ausführendes Kooperationsabkommen eine nationale Liste der invasiven gebietsfremden Arten von nationaler Bedeutung aufstellen können.

Art. 33. Dieser Artikel legt das Verfahren fest, das angewendet werden muss, wenn eine Partei vorschlagen möchte, eine invasive gebietsfremde Art in die Nationale Liste aufzunehmen oder diese aus der Liste zu streichen. Sie legt diesen Vorschlag vorab über die verantwortliche Behörde, die sie vertritt, dem Ausschuss vor. Der Antrag enthält eine Risikobeurteilung gemäß Artikel 5.1 a), b), c), d), f), f) und h) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 sowie alle weiteren verfügbaren wissenschaftlichen Beweise.

Art. 34. Dieser Artikel bestimmt, dass der Ausschuss die Risikobeurteilung dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Beratung vorlegt.

Das im in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen festgelegte Verfahren findet entsprechende Anwendung.

Der Ausschuss beschließt, die vorgeschlagene Art gegebenenfalls in die Liste aufzunehmen. Er begründet seinen Beschluss und setzt den Nationalen Wissenschaftsrat unverzüglich darüber in Kenntnis.

Der Ausschuss kann der IKU vorschlagen, die von einer Partei in Übereinstimmung mit seinem Beschluss vorgeschlagene invasive gebietsfremde Art in die Liste aufzunehmen oder diese aus der Liste zu streichen.

Art. 35. Dieser Artikel bestimmt, dass die Maßnahmen gemäß Artikel 7.1, 8 und 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 auf die Nationale Liste anwendbar sind.



Jede verantwortliche Behörde kann allerdings beschließen, die in den Artikeln 13 bis 17, 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschriebenen Maßnahmen anzuwenden. In diesem Fall setzt sie den Ausschuss in Kenntnis.

Es wird ebenfalls bestimmt, dass die im Kooperationsabkommen in Bezug auf die Genehmigungen genannten Maßnahmen und die Übergangsbestimmungen der Verordnung für nichtgewerbliche Besitzer und kommerzielle Bestände auf die Nationale Liste anwendbar sind.

Art. 36. Dieser Artikel legt die Verpflichtungen in Bezug auf die Unterrichtung der Welthandelsorganisation und der Europäischen Union mit, die im Rahmen der geltenden Regeln in Bezug auf die Handelsbeschränkungen vorgeschrieben sind.

Art. 37. Dieser Artikel bezieht sich auf die Aufstellung von Identifikationsblättern, wenn der Nationale Ausschuss beschließt vorzuschlagen, eine Art in die Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung oder in die Nationale Liste aufzunehmen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf marine Arten.

Das Nationale Wissenschaftssekretariat ist für die Aufstellung der Identifikationsblätter verantwortlich, die anschließend vom Nationalen Wissenschaftsrat genehmigt werden.

Art. 38. Dieser Artikel bezieht sich auf die Koordinierung, die für die gemeinsame Ausführung der Dringlichkeitsmaßnahmen auf belgischer Ebene erforderlich ist, unter Berücksichtigung der verschiedenen Verpflichtungen, die in Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 festgelegt sind.

Sobald der Nationale Ausschuss von einer der Parteien über eine Bedrohung in Kenntnis gesetzt wird, beruft dieser eine Dringlichkeitssitzung ein und beschließt er auf Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates, ob Dringlichkeitsmaßnahmen erforderlich sind. Der Ausschuss beaufsichtigt die gemeinsame Ausführung dieser Maßnahmen, wenn mehr als eine verantwortliche Behörde beteiligt ist. Wenn nur eine einzige verantwortliche Behörde von den Dringlichkeitsmaßnahmen betroffen ist, kann der Ausschuss Empfehlungen bezüglich der zu ergreifenden Dringlichkeitsmaßnahmen aussprechen.

Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 verlangt, dass unverzüglich eine Risikobeurteilung durchgeführt wird. Diese wird vom Nationalen Wissenschaftssekretariat innerhalb einer Frist von vierundzwanzig Monaten durchgeführt werden.

Art. 39. Artikel 39 bezieht sich auf die Koordinierung, die für die Aufstellung und Ausführung eines nationalen Aktionsplans erforderlich ist.

In Bezug auf die marinen Arten werden die Analysen vom BMM ausgeführt, der Rücksprache mit dem Nationalen Wissenschaftsrat hält.

In Bezug auf alle anderen Arten werden die Aufgaben vom Nationalen Wissenschaftssekretariat ausgeführt, sofern die verantwortlichen Behörden vorab die benötigten Daten zur Verfügung stellen. Der Nationale Wissenschaftsrat genehmigt die Analysen des Nationalen Wissenschaftssekretariats, das diese an den Nationalen Ausschuss weiterleitet.

Sobald die Analysen genehmigt sind, geht das Nationale Wissenschaftssekretariat in Übereinstimmung mit Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 zur Aufstellung eines nationalen Aktionsplans über. Die Verordnung bestimmt feste Fristen, mit Ausnahme der europäischen Anforderungen in Bezug auf die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Aufstellung von Umweltplänen und -programmen. Diese Elemente wurden im



vorliegenden Abkommen demzufolge ausreichend berücksichtigt, was die kurzen Fristen erklärt, die für jede Phase bestimmt wurden.

Die Interministerielle Konferenz „Umwelt“ ist das Organ, das die endgültige Genehmigung des nationalen Aktionsplans erteilen muss, der unter der Aufsicht des Nationalen Ausschusses ausgeführt wird.

Art. 40. Dieser Artikel bestimmt, dass der Ausschuss den Entwurf des nationalen Aktionsplans zunächst genehmigt, bevor der Aktionsplan der IKU zur Genehmigung vorgelegt wird. Dieser Artikel bestimmt auch, dass die Genehmigung des Ausschusses und die Genehmigung der IKU innerhalb einer Frist von höchstens einundzwanzig Monaten, nachdem die Unionsliste angenommen oder aktualisiert wurde, erteilt werden müssen.

Wenn der Entwurf des Aktionsplans auf ministerieller Ebene genehmigt wurde, muss dieser der Öffentlichkeit zur Beratung vorgelegt werden. Diese Beratung muss im selben Zeitraum von jeder verantwortlichen Behörde organisiert werden.

Die während der öffentlichen Beratung formulierten Beschwerden, Anmerkungen und Kommentare werden von jeder verantwortlichen Behörde gebündelt und analysiert, die den Analysebericht innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Ende der öffentlichen Beratung beim Ausschuss einreichen muss.

Der Ausschuss hat die Aufgabe, diese Berichte zu studieren und gemeinsam mit dem Nationalen Wissenschaftssekretariat zu bestimmen, welche Änderungen auf der Grundlage der öffentlichen Beratung eventuell am Entwurf des nationalen Aktionsplans vorgenommen werden müssen. Dem Ausschuss wird eine Frist von vier Monaten nach dem Erhalt der Berichte der öffentlichen Beratung gewährt, um eventuelle Anpassungen am Plan vorzunehmen.

Der endgültige Entwurf des Aktionsplans wird anschließend innerhalb einer Frist von dreizehn Monaten, nachdem die Unionsliste angenommen oder aktualisiert wurde, der IKU zur Genehmigung vorgelegt.

Absatz 5 bestimmt, dass im Falle einer Überarbeitung des Aktionsplans die Absätze 1 bis 4 anwendbar sind.

Absatz 6 bestimmt, dass der Ausschuss die Ausführung der Maßnahmen, die im nationalen Aktionsplan angegeben sind, beaufsichtigt.

Art. 41. Dieser Artikel bestimmt, dass, wenn auf europäischer Ebene eine neue invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung aufgenommen wird, der nationale Aktionsplan für diese Arten gemäß dem in den Artikeln 39 und 40 beschriebenen Verfahren angepasst wird.

Art. 42. Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten auf ihrer Nationalen Liste die Arten ausweisen, die eine stärkere regionale Zusammenarbeit verlangen.

Die Kapitel 1 und 2 von Titel VII beziehen sich demzufolge auf die Koordinierung, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten erforderlich ist.

Art. 43. Dieser Artikel beschreibt den Fall, in dem ein Mitgliedstaat eine Zusammenarbeit mit Belgien in Bezug auf eine invasive gebietsfremde Art aus der belgischen Liste eingehen möchte. Dieser Mitgliedstaat muss sich an den Ausschuss wenden, der auf de

Grundlage einer vorab vom Nationalen Wissenschaftsrat abgegebenen Empfehlung beschließt, ob für diese Art tatsächlich eine stärkere regionale Zusammenarbeit erforderlich ist.

Dieser Artikel bestimmt darüber hinaus, dass, wenn eine verantwortliche Behörde einen Antrag auf Zusammenarbeit von einem Mitgliedstaat erhält, obwohl auch andere verantwortliche Behörden auf belgischer Ebene betroffen sein können, die Behörde, die den Antrag erhalten hat, diesen im Hinblick auf die Anwendung des in Absatz 1 beschriebenen Verfahrens an den Ausschuss weiterleiten muss.

Art. 44. Dieser Artikel bestimmt, dass der Ausschuss gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen und nach vorhergehender Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrats bestimmen kann, dass eine im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates heimische, aber auf belgischem Hoheitsgebiet gebietsfremde Art, eine Zusammenarbeit erfordert. Hierzu wendet der Ausschuss das in Artikel 42 beschriebene Verfahren an.

Art. 45. Dieser Artikel bestimmt, dass wenn sich ein Mitgliedstaat bezüglich der Aufnahme einer Zusammenarbeit in Bezug auf eine Art, die zwar im Hoheitsgebiet der Parteien oder in den belgischen Meeresgebieten heimisch, im eigenen Hoheitsgebiet aber gebietsfremd ist, an den Ausschuss oder eine verantwortliche Behörde wendet, der Ausschuss gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen und nach vorheriger Empfehlung des Wissenschaftsrats beschließt, ob diese Arte eine regionale Zusammenarbeit erfordert.

Art. 46. Dieser Artikel regelt die Koordinierung des Überwachungssystems, das von jeder der beteiligten verantwortlichen Behörden eingerichtet werden muss.

Demnach richtet jede Region ein Überwachungssystem in ihrem Hoheitsgebiet ein anhand der vom Nationalen Wissenschaftssekretariat bestimmten Normen. Das Nationale Wissenschaftssekretariat ist verantwortlich für die Sammlung der Daten aus den Regionen, sodass diese zusammengeführt werden können.

In Bezug auf die invasiven gebietsfremden marinen Arten, die sich ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten befinden, besteht ein separates Überwachungssystem, das vom BMM verwaltet wird. Das Nationale Wissenschaftssekretariat richtet eine Koordinierung ein, um die Früherkennung der vorgenannten invasiven gebietsfremden Arten zu ermöglichen.

Art. 47. Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission über das Überwachungssystem oder die Einfuhrkontrollen für Gefahrgüter über eine frühzeitige Erkennung einer Einbringung oder Anwesenheit einer invasiven gebietsfremden Art von unionsweiter Bedeutung in Kenntnis setzen müssen, d.h. die Bestätigung der Anwesenheit eines oder mehrerer Exemplare einer invasiven gebietsfremden Art in der Umwelt, bevor diese weit verbreitet ist. Sie unterrichten auch andere Mitgliedstaaten.

Jede verantwortliche Behörde ist mit der Mitteilung an die Europäische Kommission beauftragt. Sie setzt gleichzeitig die anderen Mitgliedstaaten und den Ausschuss in Kenntnis.

Art. 48. Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Meldung der frühzeitigen Erkennung an die Europäische Kommission Beseitigungsmaßnahmen ergreifen müssen. Diese Maß-

nahmen müssen der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten gemeldet werden.

Diese Maßnahmen fallen unter die Verantwortung der Regionen und in Bezug auf marine Arten unter die Verantwortung des Föderalstaates. Jede der zuständigen Behörden ist für die in der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschriebenen Mitteilungen verantwortlich.

Um die Effektivität dieser Maßnahmen zu gewährleisten, werden eine Koordinierung und ein Informationsaustausch über den Ausschuss eingerichtet.

Der Ausschuss beschließt, ob eine Art mehr als eine Partei betrifft oder sich schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete ausbreiten könnte.

Bei einem positiven Beschluss sorgt der Ausschuss für die Koordinierung, die in Bezug auf die Maßnahmen eingerichtet werden muss, die von den verantwortlichen Behörden aufgrund der Artikel 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen. Der Ausschuss beschließt, ob die Art noch nicht weit verbreitet ist und deshalb Beseitigungsmaßnahmen erforderlich sind, die von jeder der verantwortlichen Behörden ergriffen werden müssen. Der Ausschuss sorgt anschließend für die Koordinierung der Methoden, die von jeder der verantwortlichen Behörden angewandt werden müssen, um die Beseitigung der invasiven gebietsfremden Arten zu gewährleisten.

Bei einem negativen Beschluss setzt die betreffende verantwortliche Behörde den Ausschuss über die Maßnahmen in Kenntnis, die sie in Übereinstimmung mit den Artikeln 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergreift.

Art. 49. Innerhalb von 18 Monaten nach der Aufnahme einer invasiven gebietsfremden Art in die Unionsliste müssen die Mitgliedstaaten über wirksame Managementmaßnahmen für diejenigen invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung verfügen, die nach Feststellung der Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet weit verbreitet sind, damit deren Auswirkungen minimiert werden (Artikel 19.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014).

Jede verantwortliche Behörde setzt die Managementmaßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet in Erfüllung von Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 um, der bestimmt, dass für die in Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Managementmaßnahmen eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben ist. In diesem Fall, wenn der Ausschuss bestimmt, dass eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung im Hoheitsgebiet von mehr als einer Partei oder in den belgischen Meeresgebieten weit verbreitet ist oder sich schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete verbreiten könnte, sorgt der Ausschuss vorab für die Koordinierung der Maßnahmen, die aufgrund der Artikel 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen.

Der Ausschuss ist ebenfalls verantwortlich für die Mitteilungen, die erfolgen müssen, und für die Koordinierung der Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung sich in einen anderen Mitgliedstaat ausbreiten wird.

Art. 50. Dieser Artikel bezieht sich auf den Austausch von Informationen über den Ausschuss, wenn eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung nur im Hoheitsgebiet einer einzigen Partei oder den belgischen Meeresgebieten weit verbreitet

ist und sich wahrscheinlich nicht schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei verbreiten wird.

Art. 51. Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ist mit der Ausführung der Artikel 16, 17, 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durch jede der verantwortlichen Behörden verbunden.

Es findet ein Informationsaustausch über den Ausschuss statt, wenn es sich nicht um einen Fall handelt, der mehr als eine Partei betrifft.

Wenn es sich allerdings um einen Fall handelt, von dem mehr als eine Partei betroffen sein kann (im Falle eines überregionalen Schadens, im Falle eines Schadens infolge der Ausstellung einer Genehmigung durch eine andere verantwortliche Behörde, ...), kann der Ausschuss beschließen, dass von allen betroffenen Parteien wechselseitig unterstützende Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Jede beteiligte verantwortliche Behörde ergreift die Maßnahme(n), die sie betreffen. Sie setzt den Ausschuss über die erzielten Ergebnisse, die aufgewendeten Kosten für die Maßnahme(n) und die eventuelle Rückforderung der Kosten in Kenntnis.

Art. 52. Jede in Artikel 8 Nr. 2 bis einschließlich Nr. 5 genannte verantwortliche Behörde ist verpflichtet, einen Beitrag zu den Arbeitskosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats zu leisten.

Artikel 52 legt insbesondere die Verteilung der Kosten für die Einstellung der Vollzeitbeschäftigten und der anderen Kosten (worunter die Ausschreibungskosten) zwischen den verantwortlichen Behörden fest.

Art. 53. Dieser Artikel bezieht sich auf die Inspektionsdienste, die die Erfüllung der Bestimmungen des Kooperationsabkommens und der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 kontrollieren müssen.

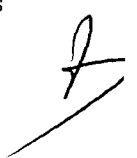
Die Föderalregierung und die Regierungen der Regionen nennen gemäß ihrer jeweiligen Gesetzgebung diejenigen Beamten, die mit der Kontrolle der Erfüllung der Bestimmungen des Kooperationsabkommens beauftragt sind.

Dieser Artikel bestimmt zudem die Modalitäten der Zusammenarbeit.

Art. 54. Laut diesem Artikel müssen die verantwortlichen Behörden Sanktionen in ihre jeweiligen Reglements aufnehmen, die bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, der unter ihre Verantwortung fällt, angewendet werden.

Die regionalen und föderalen Behörden entscheiden autonom über die Aufstellung von Sanktionen bei Verstößen gegen die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die unter ihre Verantwortung fallen, was auch erklärt, weshalb nicht von einer Harmonisierung der Sanktionen gesprochen wird.

Dennoch müssen die verantwortlichen Behörden in Bezug auf Verstöße gegen die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 die Kohärenz des Verfahrens in Bezug auf Sanktionen zwischen den verschiedenen Behörden und die Kohärenz zwischen den Sanktionen in ihren jeweiligen Gesetzgebungen beurteilen. Wenn erhebliche Abweichungen festgestellt werden, müssen sie über die eventuellen Maßnahmen beratschlagen, die über den Ausschuss ergriffen werden müssen.



Art. 55. Dieser Artikel verpflichtet die verantwortlichen Behörden, den Ausschuss innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Unionsliste angenommen oder aktualisiert wurde, über die Anzahl, den Ort und die Arten der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung in Kenntnis zu setzen, die gemäß Artikel 31 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 von nichtgewerblichen Besitzern gehalten werden.

Art. 56. Dieser Artikel verpflichtet die verantwortlichen Behörden, den Ausschuss über Halter eines kommerziellen Bestands von Exemplaren invasiver gebietsfremder Arten, die vor deren Aufnahme in die Unionsliste erworben wurden und bis zu zwei Jahre nach der Aufnahme der Arten in die Liste ihrem Besitz bleiben, sowie über die gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 realisierten Verkäufe oder Übergaben in Kenntnis zu setzen.

Art. 57. Dieser Artikel bestimmt, dass jede verantwortliche Behörde einen eigenen Tätigkeitsbericht in Bezug auf die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 erstellt und diesen an das Nationale Wissenschaftssekretariat weiterleitet, das für die Koordinierung des Berichts auf nationaler Ebene verantwortlich ist.

Der vom Nationalen Wissenschaftssekretariat aufgestellte Berichtsentwurf muss vom Nationalen Wissenschaftsrat genehmigt werden, bevor er vom Ausschuss genehmigt wird. Der Ausschuss ist mit der rechtzeitigen Weiterleitung des Berichts an die Europäische Kommission verantwortlich.

Ein ausführendes Kooperationsabkommen regelt die anderen Elemente des Verfahrens für die Aufstellung des Berichts sowie die praktischen Modalitäten für die Vorlage des Berichts an die Europäische Kommission.

Art. 58. Dieser Artikel beschreibt die Evaluierung der föderalen-regionalen-gemeinschaftlichen Zusammenarbeit, die fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Kooperationsabkommens realisiert werden muss. Auf der Grundlage dieser Evaluierung ist es Aufgabe der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ erweitert auf „Wissenschaft“ über die Fortsetzung des Kooperationsabkommens sowie die eventuelle Umstrukturierung der Aufträge und die Arbeits- und Investitionskosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats zu beschließen.

Art. 59. Dieser Artikel bedarf keiner weiteren Erklärung.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung
H. MOLLERS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Kooperationsabkommens zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Einziger Artikel – Das Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung
H. MOLLERS



ANLAGE

Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature or mark, possibly a stylized 'A' or a similar character, located in the bottom right corner of the page.

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre de la Recherche scientifique;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Recherche scientifique est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :



**AVANT-PROJET DE DECRET PORTANT ASSENTIMENT A L'ACCORD DE COOPERATION
DU XXXX ENTRE L'ÉTAT FEDERAL, LES COMMUNAUTES ET LES REGIONS RELATIF A LA
PREVENTION ET A LA GESTION DE L'INTRODUCTION ET DE LA PROPAGATION DES
ESPECES EXOTIQUES ENVAHISSANTES**

CONTENU

Cet avant-projet de décret porte assentiment à l'Accord de coopération du XXXX entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes

4

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire de l'article unique	30
Avant-projet	31
Annexe	32
Accord de coopération du XXXX entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes	



EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GENERALES

1. Exposé général de l'Accord

Cet accord de coopération s'inscrit dans le cadre de la mise en œuvre du Règlement (UE) N° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes.

Le Règlement (UE) N° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes

Origine du règlement

A l'instar d'autres pays comme les États-Unis, le Japon, l'Australie ou encore la Nouvelle-Zélande, l'Union européenne souhaitait depuis plusieurs années avoir un cadre de travail pour prévenir et gérer l'introduction sur son territoire d'espèces exotiques envahissantes.

Sur les 12.000 espèces exotiques qu'on peut trouver au sein de l'Union européenne, la Commission européenne estime qu'environ 1200 sont problématiques car impactant négativement la biodiversité, la santé humaine ou l'économie. Les impacts économiques négatifs sont estimés pour l'Union européenne au minimum à 12 milliards d'euros par année. (Commission Staff Working document – Impact assessment accompanying the document Proposal for a Council and European Parliament Regulation on the prevention and management of the introduction and spread of invasive alien species- SWD (2013) 321 final).

Le 3 décembre 2008, la Commission européenne adoptait une communication présentant des options pour une stratégie sur les espèces exotiques envahissantes. Le Conseil Environnement adoptait la même année des conclusions en faveur d'une telle stratégie ainsi que d'un instrument juridique.

Le 9 septembre 2013, la Commission européenne déposait une proposition de règlement sur les espèces exotiques envahissantes.

Le Règlement (UE) N° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes, ci-après « Règlement (UE) N° 1143/2014 », a été adopté le 29 septembre 2014 et a été publié le 4 novembre 2014 dans le Journal officiel de l'Union européenne. Il est entré en vigueur le 1^{er} janvier 2015.

Champ d'application du règlement

Le règlement est un texte-cadre qui reprend l'approche hiérarchique à trois niveaux défendue notamment au niveau international, comme dans le cadre de la Convention sur la diversité biologique :

- Prévention;
- Détection précoce et éradication rapide;
- Gestion des espèces envahissantes largement répandues.

Son champ d'application est très large en ce qu'il couvre les espèces terrestres, marines, des estuaires et d'eau douce intentionnellement ou non intentionnellement introduites sur le territoire de l'Union européenne via une intervention humaine.

Le règlement ne couvre cependant pas les espèces dont l'aire de répartition naturelle évolue sans intervention humaine du fait de modification des conditions écologiques ou du changement climatique.

Il ne couvre également pas les espèces exotiques envahissantes qui sont déjà couvertes par d'autres instruments juridiques européens. Il ne couvre dès lors pas les espèces ou micro-organismes suivants :

- les OGM au sens de l'article 2, point 2 de la directive 2001/18/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 mars 2001 relative à la dissémination volontaire d'organismes génétiquement modifiés dans l'environnement et abrogeant la directive 90/220/CEE du Conseil ;
- les agents pathogènes à l'origine de maladies animales;
- les organismes nuisibles pour les végétaux au sens de la directive 2000/29/CE (annexes I et II)?;
- les espèces utilisées en aquaculture au sens du Règlement N° 708/2007 du Conseil du 11 juin 2007 relatif à l'utilisation en aquaculture des espèces exotiques et des espèces localement absentes (annexe IV)?;
- les micro-organismes fabriqués ou importés en vue de leur utilisation dans des produits phytopharmaceutiques au sens du Règlement (CE) N° 1107/2009 du Parlement européen et du Conseil du 21 octobre 2009 concernant la mise sur le marché des produits phytopharmaceutiques et abrogeant les directives 79/117/CEE et 91/414/CEE du Conseil;
- les micro-organismes fabriqués ou importés en vue de leur utilisation dans des produits biocides au sens du règlement (CE) N° 528/2012 du Parlement européen et du Conseil du 22 mai 2012 concernant la mise à disposition sur le marché et l'utilisation des produits biocides.

Régime juridique du règlement

Le Règlement (UE) N° 1143/2014 prévoit la mise en place d'un régime juridique global d'interdiction de certaines espèces exotiques envahissantes, jugées les plus préoccupantes pour l'Union européenne. Ces espèces interdites font l'objet d'une liste européenne, ci-après 'liste de l'Union', qui est adoptée par la Commission européenne selon le mécanisme d'actes d'exécution. Les États membres interviennent dans cette procédure via le Comité établi par le Règlement (UE) N° 1143/2014 conformément au Règlement (UE) n° 182/2011 du Parlement Européen et du Conseil du 16 février 2011 établissant les règles et principes généraux relatifs aux modalités de contrôle par les États membres de l'exercice des compétences d'exécution par la Commission.

Le Comité européen est assisté d'un Forum scientifique composé de représentants de la communauté scientifique nommés par les États membres. L'expert en matière d'espèces exotiques envahissantes de la Plateforme belge de la biodiversité représente actuellement à titre principal la Belgique dans ce forum.

La portée des interdictions est large en ce qu'elle couvre :

- l'introduction sur le territoire de l'Union européenne, y compris via le transit;
- la détention;
- l'élevage ou la culture;
- le transport (sauf le cas du transport vers une installation d'éradication);
- la mise sur le marché;
- l'utilisation et l'échange;



- la reproduction (intentionnelle);
- la libération dans l'environnement.

L'inscription d'espèces exotiques envahissantes sur la liste de l'Union est notamment conditionnée au fait qu'une action concertée au niveau européen est justifiée et doit permettre de prévenir ou de réduire leurs effets néfastes vis-à-vis de la biodiversité.

Le règlement prévoit que cette liste comprend notamment des espèces encore peu répandues sur le territoire européen, conformément au principe de prévention.

Le mécanisme d'interdiction n'est cependant pas absolu puisque le règlement prévoit un double mécanisme de dérogation par lequel des permis peuvent être octroyés.

D'une part, des permis peuvent être octroyés quand l'espèce à utiliser l'est à des fins de recherche, de conservation *ex situ* (par ex : zoos) ou à des fins médicales.

D'autre part, des permis peuvent être octroyés pour des raisons d'intérêt public majeur, en lien notamment avec des activités commerciales ou professionnelles. Ce mécanisme exceptionnel présuppose l'octroi préalable d'une autorisation délivrée par la Commission européenne.

Une première proposition de liste d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union a été adoptée au Comité composé des experts des États membres le 4 décembre 2015 et a été publiée au Journal officiel de l'Union européenne le 14 juillet 2016. Elle est entrée en vigueur le 3 août 2016.

À côté des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, une liste nationale peut être établie pour des espèces qui sont problématiques exclusivement au niveau national et pour lesquelles le système d'interdiction prévu par le règlement pourra s'appliquer.

Enfin, une troisième catégorie est créée et concerne les espèces préoccupantes au niveau régional pour lesquelles les États membres peuvent mettre en place une coopération régionale renforcée.

Un mécanisme général de coopération et de coordination doit sous-tendre les actions des États membres dans la mise en œuvre de leurs obligations.

Un mécanisme transitoire est prévu pour les propriétaires non commerciaux afin qu'ils puissent continuer à détenir leur animal domestique. Pour ce faire, ils doivent respecter différents critères afin que les animaux ne puissent se reproduire ou s'échapper.

Un double mécanisme transitoire est également prévu pour les stocks commerciaux détenus avant l'inscription d'une espèce sur la liste de l'Union.

D'une part, dans les deux ans à dater de cette inscription, les détenteurs sont autorisés à opérer des interventions sur ces stocks, comme le transport et la vente de ceux-ci, aux fins notamment d'activités de conservation *ex situ*, de recherche scientifique ou d'élimination du stock.

D'autre part, il est permis de vendre ou de transférer des spécimens vivants à des utilisateurs non commerciaux pendant un an après l'inscription des espèces sur la liste européenne, à condition que les spécimens soient conservés et transportés en détention con-

6

finée et que toutes les mesures appropriées soient mises en place pour s'assurer qu'ils ne puissent pas se reproduire ou s'échapper.

Le régime général est encadré par la mise en place de sanctions administratives et pénales, une obligation de restauration des écosystèmes endommagés ainsi qu'un recouvrement des coûts basé sur le principe du pollueur-payeur.

L'importance de l'encadrement scientifique

Le règlement est encadré par un volet scientifique très important qui est caractéristique lorsqu'il s'agit d'espèces exotiques envahissantes. En effet, d'une part, il faut pouvoir justifier scientifiquement les mesures de restrictions, dont commerciales, que l'Union européenne prend. D'autre part, il revient aux États membres, pour pouvoir agir sur le terrain, de mettre en œuvre une série de mécanismes basés sur des données scientifiques actualisées.

Un mécanisme de surveillance, de détection précoce, d'éradication ou de confinement doit en effet être mis en place au niveau national pour pouvoir agir de manière appropriée aux fins de détecter l'introduction d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union ou pour l'État membre, prendre des mesures d'urgence, les éradiquer ou limiter leur dispersion si elles sont déjà fortement répandues sur le territoire.

Pour les mesures d'éradication ou de gestion, les États membres ont le choix entre des méthodes létales ou non létales quand il s'agit d'animaux. En cas de choix pour des méthodes létales, les États membres sont tenus de prendre en considération le bien-être animal, notamment en vue de leur éviter toute douleur, détresse ou souffrance évitable.

Compétence?

L'exécution du Règlement (UE) N° 1143/2014 touche à la fois aux compétences de l'État fédéral, des Communautés et des Régions. Cela concerne principalement la conservation de la nature mais également la recherche scientifique.

En ce qui concerne la conservation de la nature, l'État fédéral est compétent en vertu de sa compétence d'exception relative à l'importation, l'exportation et le transit des espèces végétales non indigènes, ainsi que des espèces animales non indigènes et de leurs dépouilles, telle qu'inscrite à l'article 6, §, 1^{er}, III, 2° de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. L'État fédéral est également compétent pour la conservation de la nature dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, en tant que compétence résiduelle. Les Régions ont, elles, la compétence de principe en matière de conservation de la nature conformément à la même loi de réformes institutionnelles.

En matière de recherche scientifique, les Régions et les Communautés sont, conformément à l'article 6bis de la loi spéciale du 8 août 1980, compétentes lorsque ce domaine d'activité rentre dans le cadre de leurs compétences respectives. L'État fédéral reste néanmoins compétent conformément à la loi spéciale notamment pour :

- 1° la recherche scientifique nécessaire à l'exercice de ses propres compétences (...);
- 2° la mise en œuvre et l'organisation de réseaux d'échange de données entre établissements scientifiques sur le plan national et international;
- 3° les programmes et actions nécessitant une mise en œuvre homogène sur le plan national ou international (...).

La recherche scientifique relative aux espèces exotiques envahissantes est encadrée au niveau inter-gouvernemental belge via la Plateforme belge de la Biodiversité instituée par

4

l'accord de coopération du 22 janvier 2016 entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions concernant le soutien au développement, à la mise en œuvre et la gestion de la Plateforme belge de la Biodiversité.

La majorité des dispositions du règlement requiert ainsi une exécution coordonnée au niveau belge, laquelle est nécessaire pour assurer la cohérence mais aussi l'effectivité de la mise en œuvre des mesures prescrites par le règlement.

La Conférence interministérielle de l'Environnement du 4 février 2015 a marqué son accord pour élaborer un accord de coopération.

La Conférence interministérielle de l'Environnement a aussi marqué « (...) son accord sur la nécessité d'avoir un comité scientifique formel au niveau belge où l'expertise scientifique sur les espèces exotiques envahissantes sera centralisée, coordonnée et rendue publique; est également d'accord qu'il n'y a pas de sens à établir une expertise scientifique au niveau de chacune des autorités compétentes, laquelle entraînerait inévitablement une multiplication des coûts et une diminution de l'efficacité, et que ces activités doivent s'exercer au travers de structures et de réseaux existants déjà développés comme la plate-forme belge Biodiversité ».

Objectif de l'accord de coopération

L'objectif général de l'accord de coopération part du constat qu'il n'est pas possible pour la Belgique d'assurer une correcte mise en œuvre du règlement de manière purement unilatérale, c'est-à-dire au niveau de chaque entité individuellement. En effet, la plupart de ses dispositions requiert une coordination aux fins d'assurer la cohérence et la sécurité juridique voulue, particulièrement quand plus d'une entité est concernée par les mesures à prendre. Il est en effet fondamental que les entités compétentes se coordonnent puisque les espèces exotiques envahissantes sont, par définition, des espèces qui ne connaissent pas de frontières. Par ailleurs, il est également essentiel de garantir une vision scientifique globale de la problématique au niveau belge en vue de mener une politique cohérente en matière d'espèces exotiques envahissantes. Un mécanisme officiel de coordination et de coopération est ainsi prévu pour une série de mesures clairement déterminées dans l'accord de coopération.

Certaines dispositions du règlement peuvent néanmoins ne concerner qu'une autorité. Dès lors, leur exécution ne requiert pas de coordination avec les autres entités. L'accord de coopération prévoit cependant un mécanisme d'échange d'information entre les parties à l'accord aux fins de permettre la transparence des mesures d'exécution prises unilatéralement.

La coordination de l'exécution des mesures du règlement que met en place l'accord se limite dès lors strictement à ces dispositions qui, juridiquement ou scientifiquement, requièrent une coordination au niveau belge.

Champ d'application de l'accord de coopération

Le champ d'application matériel de l'accord de coopération est identique à celui prévu par le règlement. Il concerne donc essentiellement les espèces terrestres, les espèces marines, les espèces des estuaires et les espèces d'eau douce.

Étant donné que les parties à l'accord concernent l'État fédéral, les Régions et les Communautés pour les compétences liées à la conservation de la nature et/ou la recherche scientifique, il est précisé que chaque partie exécute les dispositions du présent

4

accord dans le respect des compétences qui leur sont octroyées conformément à la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

Quand, dans le texte, il est fait mention de 'parties', il convient dès lors d'interpréter ce terme conformément à l'article 4, paragraphe 1^{er} de l'accord de coopération afin de déterminer qui de l'État fédéral, des Régions et des Communautés sont compétents.

Comme l'accord de coopération est un cadre juridique général fixant les obligations de coordination et d'échange d'information entre les parties, une partie peut, si elle le souhaite, adopter ou maintenir des mesures plus strictes que celles prévues dans le règlement et dans l'accord de coopération pour autant qu'elle respecte le droit européen et le droit belge applicables.

Conformément à l'article 92bis de la loi du 8 août 1980 introduit par la loi spéciale du 6 janvier 2014 sur la Cour constitutionnelle et la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises, la possibilité de mettre en œuvre l'accord de coopération via des accords de coopération d'exécution est retenue.

Cinq accords de coopération d'exécution sont prévus, dont un facultatif. Cela concerne les articles suivants de l'accord de coopération :

- article 10 : les procédures et modalités relatives au fonctionnement du Comité national des espèces exotiques envahissantes;
- article 16 : l'engagement des deux équivalents temps plein du Secrétariat national scientifique des espèces exotiques envahissantes et les modalités de fonctionnement de l'institution hôte;
- article 23 : les modalités de la procédure de collaboration entre la Plateforme belge de la Biodiversité et le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes;
- article 32 : la liste nationale des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour la Belgique (facultatif) ;
- article 57 : les modalités de coordination au niveau belge pour l'élaboration du rapport de mise en œuvre national.

Contenu de l'accord de coopération

Instances??

Aux fins d'assurer les tâches de coordination prévues dans l'accord de coopération, trois instances nouvelles sont créées : un Comité national des espèces exotiques envahissantes, un Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes et un Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes.

Le Comité national des espèces exotiques envahissantes

Le Comité national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Comité, est composé de représentants des administrations compétentes pour la mise en œuvre du règlement. Divers observateurs viennent compléter ce comité comme le représentant de la Plateforme belge de la biodiversité.

Les tâches principales assignées au Comité sont doubles.

D'une part, il exerce les tâches à coordonner comme :

- définir la proposition de position belge sur l'inscription d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes sur la liste européenne ;
- ou la remise d'un avis sur les demandes de permis qui requièrent une coordination entre les autorités compétentes.

7

D'autre part, il est l'enceinte appropriée où les échanges d'information se font lorsque des mesures unilatérales, c'est-à-dire ne demandant pas de coordination, sont prises par une autorité compétente.

À côté de ces missions, le Comité intervient dans le contrôle général du fonctionnement du Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes.

L'accord de coopération fixe les règles applicables au Comité notamment en matière de mandat, de nombre minimal de réunions annuelles ou les règles relatives à la prise de décision. À cet égard, le consensus est la règle et si le Comité ne parvient pas à s'entendre, le dossier est porté à la Conférence interministérielle de l'Environnement.

Pour les espèces marines qui se situeraient exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, il est précisé que la décision se prend exclusivement par la personne qui représente l'autorité fédérale. Cette exception se justifie par le fait que ces espèces, de par leurs caractéristiques, ne peuvent concerner l'exercice des compétences d'une autre autorité. Dès lors, une coordination ne s'impose pas. Cependant, cette règle ne s'applique pas pour les espèces marines « mixtes », c'est-à-dire celles qui peuvent aussi être des espèces des estuaires, voire d'eau douce, ou s'installer dans ces écosystèmes, et donc, relever de la compétence d'une autre autorité. Dans ce cas, le principe de la règle du consensus s'applique à nouveau.

L'accord de coopération prévoit qu'un accord de coopération d'exécution doit être établi pour fixer notamment la procédure applicable au sein du Comité ainsi qu'avec les autres organes créés par l'accord de coopération.

Le Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes

L'accord de coopération crée un Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Conseil scientifique national, dont le rôle est d'appuyer scientifiquement, via la remise d'avis, les tâches à coordonner dans le cadre de l'accord de coopération.

Ce Conseil scientifique national est composé de membres appartenant aux institutions scientifiques fédérales, régionales ou communautaires actives dans le domaine des espèces exotiques envahissantes. Des personnes provenant du monde académique peuvent être invitées comme observateur par le conseil.

Il est précisé que le Conseil scientifique national est neutre et agit en toute indépendance. Il est en effet primordial d'assurer toute l'indépendance requise pour la remise d'avis sur des matières scientifiques qui peuvent parfois faire l'objet d'enjeux extérieurs, comme des intérêts économiques ou politiques. Il est donc nécessaire que chaque membre du Conseil scientifique national puisse se prononcer en qualité d'expert scientifique sans être influencé par d'autres considérations que scientifiques.

L'accord de coopération fixe les règles applicables au Conseil national scientifique notamment en matière de mandat, de nombre minimal de réunions annuelles ou les règles relatives à la prise de décision. À cet égard, le consensus est la règle. À défaut de consensus, il est précisé que les différents points de vue scientifiques émis sont reflétés dans l'avis.

La mission principale du Conseil scientifique national est de valider d'un point de vue scientifique exclusivement les tâches effectuées par le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, en vue de la remise d'un avis scientifique officiel au

h

Comité. Il n'appartient donc pas au Conseil de se prononcer sur d'autres aspects que ceux d'ordre strictement scientifique. Le conseil peut également remettre des avis scientifiques de sa propre initiative sur toute question relative aux espèces exotiques envahissantes.

Les règles de fonctionnement du Conseil scientifique national doivent être officialisées dans un règlement d'ordre intérieur endéans les trois mois de l'entrée en vigueur de l'accord de coopération.

Le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes

Le troisième organe créé par l'accord de coopération est le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Secrétariat scientifique national. Pour assurer l'exécution coordonnée des tâches prévues dans l'accord de coopération, une coordination scientifique entre les autorités compétentes est nécessaire. Pour que cette coordination au niveau national puisse s'opérer, l'accord de coopération prévoit au minimum l'engagement de deux équivalents temps plein. Ces personnes doivent justifier d'un diplôme scientifique.

Par l'instauration d'un tel secrétariat au niveau national, la Belgique se dote à l'échelon national d'une véritable structure d'expertise scientifique en matière d'espèces exotiques envahissantes, à l'instar de ce qui existe déjà actuellement aux Pays-Bas ou en Grande-Bretagne.

Les missions du Secrétariat scientifique national sont définies dans l'accord de coopération et viennent se juxtaposer aux missions scientifiques qui sont réalisées sur le territoire de chacune des autorités compétentes; aux fins notamment de coordonner les données engrangées au niveau fédéral ou régional.

La Conférence interministérielle de l'Environnement a décidé que l'Institut royal des Sciences naturelles de Belgique serait l'institution qui accueillera le Secrétariat scientifique national, ce pour quatre ans mais avec une possibilité de renouvellement. Il s'agit d'une fonction d'hôte exclusivement, comprenant une gestion de routine et journalière du fonctionnement du Secrétariat scientifique national à l'exclusion de la gestion sur l'exécution de son programme de travail. Les modalités liées à l'établissement de la fonction d'hôte, en ce compris les aspects budgétaires, doivent être fixées dans un accord de coopération d'exécution.

Étant donné que l'expertise scientifique pour les espèces marines situées exclusivement en Mer du Nord ou pouvant exclusivement s'y installer est déjà développée au sein de l'Unité de Gestion du Modèle mathématique de la Mer du Nord (UGMM), le Secrétariat scientifique national ne sera pas chargé de développer l'expertise pour ces espèces marines dites « exclusives ». Par contre, pour les espèces marines dites « mixtes », une coopération devra automatiquement se faire entre le Secrétariat scientifique national et l'UGMM.

Le travail annuel du Secrétariat scientifique national est fixé dans un programme de travail, lequel comprend une estimation budgétaire de son fonctionnement dont les besoins éventuels de sous-traitance pour des missions scientifiques particulières qu'il ne pourrait remplir lui-même.

Le Secrétariat scientifique national établit également annuellement son rapport d'activités, en ce compris l'utilisation de son budget de fonctionnement.

La Conférence interministérielle de l'Environnement est chargée d'entériner annuellement l'ensemble des missions à effectuer ou effectuées par le Secrétariat scientifique national, ce au travers notamment de son programme de travail et de son rapport d'activités.

La Plateforme belge de la Biodiversité

La Plateforme belge de la Biodiversité est un organe incontournable au niveau belge en matière d'expertise scientifique sur les espèces exotiques envahissantes. Cette expertise est développée depuis plusieurs années, notamment au travers du Forum belge des espèces exotiques envahissantes qui est une structure informelle rassemblant l'ensemble de la Communauté scientifique belge active dans les invasions biologiques. En l'associant à l'exécution de la mise en œuvre du règlement, l'accord de coopération a pour objectif de profiter de l'expertise scientifique qui est engrangée par la plateforme dans le cadre de ses activités en matière d'espèces exotiques envahissantes et donc, d'éviter toute duplication des travaux au niveau belge. En effet, plusieurs des missions qui sont déjà exécutées par la plateforme sont des obligations ou des missions scientifiques du règlement qui doivent être développées au niveau national, *in casu* par les Régions au niveau belge pour les espèces non-marines.

L'investissement de la Plateforme dans la mise en œuvre du règlement se limite dès lors à ces missions qu'elle exécute déjà conformément à l'accord de coopération du 22 janvier 2016 concernant le soutien au développement, à la mise en œuvre et à la gestion de la Plateforme belge de la Biodiversité. Cet investissement est évalué à un équivalent temps plein. Dès lors, aucune autre mission que celles actuellement décrites dans l'accord de coopération ni majoration en termes de personnel ne pourrait être mis à charge de la Plateforme belge de la Biodiversité. Enfin, le soutien de la Plateforme dans la mise en œuvre du Règlement (UE) (UE) N° 1143/2014 ne peut occasionner d'impacts budgétaires supplémentaires que ce qui est déjà prévu actuellement pour l'accomplissement de ses missions en tant que plateforme.

Autorisations?? dérogatoires

Nonobstant le régime de restrictions prévu par le Règlement (UE) (UE) N° 1143/2014 à l'article 7, paragraphe 1, points a), b), c), d), f) et g), les États membres sont habilités conformément à l'article 8 du règlement à établir un système de permis autorisant sous certaines conditions les établissements à mener des travaux de recherche sur les espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union ou à procéder à leur conservation *ex situ*.

Toute demande de permis est introduite auprès de l'autorité compétente d'une partie à l'accord, en vertu de la législation en vigueur. Toutefois, certaines situations nécessiteront l'introduction de plusieurs demandes de permis et ce, de manière concomitante, auprès de plus d'une autorité compétente. Par exemple, les collections vivantes du Jardin botanique Jean Massart à Auderghem, destinées à la recherche, à l'enseignement universitaire et à la vulgarisation scientifique, comprennent près de 2000 espèces végétales, dont des plantes envahissantes. La réception et la conservation d'un spécimen d'une espèce figurant sur la liste des espèces envahissantes préoccupantes pour l'Union, laquelle émanerait d'une collection étrangère, nécessiterait un permis délivré par l'État fédéral en vue de l'importation de l'espèce ainsi qu'un permis délivré par la Région de Bruxelles-Capitale en vue de sa détention confinée.

La Section 2 du Chapitre IV vise par conséquent la coordination nécessaire, via le Comité, à la délivrance de permis relevant de la compétence de plusieurs parties.

17

Dans un premier temps, toute demande de permis reçue par une autorité compétente est immédiatement notifiée au Comité en vue d'établir toute connexion éventuelle avec d'autres demandes de permis faites par le même demandeur. Cette disposition permet ainsi d'être informé des différentes demandes introduites auprès des autorités compétentes et d'éviter que des demandes conjointes ne soient traitées séparément sans coordination au niveau du Comité.

En cas de connexion manifeste entre demandes émanant de demandeurs distincts, la même procédure de coordination s'applique également. Cette disposition vise en effet à éviter les cas de saucissonnages.

Permis dérogatoires

Dans des cas exceptionnels dûment justifiés par des raisons d'intérêt public majeur et pour autant que la Commission européenne ait donné son autorisation, les États membres peuvent délivrer des permis dans le cadre de certaines autres activités, notamment des activités commerciales.

L'article 30 vise par conséquent la coordination nécessaire à la délivrance de permis par plusieurs autorités compétentes dans le cadre de l'exécution de l'article 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014, ce préalablement à la notification auprès de la Commission européenne en vue d'obtenir son autorisation. La coordination s'effectue via le Comité, lequel vérifie si les critères relatifs à l'existence de raisons d'intérêt public majeur, y compris de nature sociale ou économique, prévues à l'article 9.1 du Règlement (UE) N° 1143/2014 sont rencontrés. L'avis du Conseil national scientifique est préalablement requis.

En cas de décision favorable du Comité, chaque autorité compétente concernée soumet, de manière coordonnée et conformément à sa législation, la demande d'autorisation via le système établi par la Commission européenne. Les autorités compétentes concernées délivrent les permis requis conformément à leur législation. Ces permis comportent l'ensemble des dispositions figurant dans l'autorisation délivrée par la Commission européenne.

En cas de décision négative du Comité, les autorités compétentes concernées notifient au demandeur, conformément à leur législation, que sa demande de permis au sens de l'article 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014 n'est pas acceptée et ne sera pas introduite dans le système d'autorisation.

Liste nationale

Sur base du principe de subsidiarité, chaque État membre reste libre d'établir une liste nationale des espèces exotiques envahissantes préoccupantes au niveau national s'il le souhaite. Au niveau belge, chaque autorité compétente peut, par principe, arrêter cette liste dans le cadre de sa compétence en matière de conservation de la nature. Étant donné la caractéristique intrinsèque des espèces exotiques envahissantes et le territoire restreint de la Belgique, une seule liste nationale visant les mêmes espèces et emportant identiquement les mêmes mesures de restriction visées à l'article 7.1 du règlement s'impose cependant juridiquement et scientifiquement.

L'accord de coopération prévoit qu'une telle liste nationale doit être adoptée par les parties par voie d'accord de coopération d'exécution, ce qui permet d'avoir un outil flexible pouvant facilement être actualisé sans devoir passer par les parlements des différentes entités.

La consultation des parties prenantes à l'élaboration de la liste nationale est prévue, ce en application de l'article 10 de l'accord de coopération qui prévoit les procédures et les modalités de fonctionnement du Comité qui doivent être fixées dans un accord de coopération d'exécution.

Le Règlement (UE) N° 1143/2014 ne requiert pas expressément d'évaluation des risques pour l'élaboration de la liste nationale. Toutefois, compte tenu des dispositions internationales en matière de commerce et des règles européennes en matière de marché intérieur, ainsi que de la méthode classique d'évaluation des risques communément utilisée pour les espèces exotiques envahissantes, une telle évaluation s'applique automatiquement quand des restrictions commerciales sont applicables à la liste nationale. Par conséquent, l'accord de coopération prévoit que le projet de liste nationale est soumis à une évaluation des risques similaire à ce que requiert le Règlement (UE) N° 1143/2014 pour l'évaluation des risques pour les espèces de la liste européenne. Néanmoins, l'ensemble des critères du règlement ne sont pas repris mais seulement ceux qui sont pertinents pour le niveau national. L'accord de coopération prévoit par conséquent l'application de l'article 5.1 du Règlement (UE) N° 1143/2014 sauf pour le littéra h) qui fait explicitement référence à la dimension européenne.

Il est possible d'appliquer certaines mesures visées par le Règlement (UE) N° 1143/2014 à la liste nationale. Ces mesures doivent être compatibles avec le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et sont notifiées à la Commission européenne conformément au droit de l'Union. En l'occurrence, l'accord de coopération prévoit que les mesures visées à l'article 7.1., 8 et 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014 sont applicables à la liste nationale belge. En ce qui concerne les mesures figurant aux articles 13 à 17, 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014, chaque autorité compétente reste libre d'appliquer ces dispositions sur le territoire qui la concerne.

Chaque partie peut proposer l'ajout ou le retrait d'une espèce sur la liste nationale. Dans ce cas, elle effectue une évaluation des risques, laquelle est soumise au Comité.

Les dispositions relatives à la coordination dans le cadre de procédures administratives conjointes relatives à des demandes de permis s'appliquent également aux espèces figurant sur la liste nationale.

Le Règlement (UE) N° 1143/2014 ne prévoit pas de dispositions transitoires pour les propriétaires non commerciaux ainsi que pour les stocks commerciaux en ce qui concerne les espèces listées sur la liste nationale. L'accord de coopération prévoit toutefois que les dispositions transitoires établies pour les détenteurs non commerciaux et les stocks commerciaux d'espèces de la liste d'espèces envahissantes préoccupantes pour l'Union s'appliquent.

Fiches d'identification

Il est prévu d'établir des fiches d'identification, c'est-à-dire des cartes d'identité relatives aux espèces exotiques envahissantes, afin de disposer d'informations préalables quant à leur distribution en Belgique et dans les régions limitrophes. Ces fiches d'identification permettent également d'établir leurs voies d'introduction et leurs impacts. Ces données seront utilisées pour juger de la pertinence d'inscrire l'espèce examinée sur la liste de l'Union, en particulier compte tenu des intérêts belges mais permettra aussi de communiquer de manière efficace et proactive auprès des diverses parties prenantes.

Des fiches d'identification sont déjà disponibles pour les espèces reprises sur le site www.observations.be. L'élaboration d'éventuelles nouvelles fiches d'identification est visée comme une des tâches du Secrétariat scientifique national.

Mesures d'urgence

En cas de détection, aux frontières de l'Union ou sur son territoire, d'une espèce exotique non listée en tant qu'espèce exotiques envahissante préoccupante pour l'Union, les États membres ont la possibilité d'adopter certaines mesures d'urgence, sur la base des preuves scientifiques disponibles. Ces mesures d'urgence permettent de réagir immédiatement, en attendant une évaluation des risques concrets.

Plan d'action national

L'accord de coopération prévoit la coordination du plan d'action national prévu par le Règlement (UE) N° 1143/2014. Le plan d'action national a valeur indicative, il ne crée donc en tant que tel aucune disposition contraignante pour les autorités compétentes. Tout écart par rapport aux prescriptions du plan est toutefois motivé.

Coopération entre la Belgique et les autorités compétentes nationales des États membres

L'article 11 du Règlement (UE) N° 1143/2014 prévoit que les États membres peuvent identifier, sur leur liste nationale, les espèces exotiques envahissantes préoccupantes au niveau régional nécessitant une coopération régionale renforcée.

Le Titre VII vise par conséquent la coordination nécessaire dans le cadre de cette coopération avec d'autres États membres.

Le système de surveillance

Le chapitre 1 du Titre VIII est relatif la mise en œuvre du système de surveillance à mettre en place par les parties à l'accord en vertu de l'article 14 du Règlement (UE) N° 1143/2014, dans un délai de dix-huit mois à dater de l'adoption de la liste de l'Union.

Un système de surveillance est mis en place par chacune des autorités compétentes et le Secrétariat scientifique national est chargé de la coordination des différents systèmes.

La détection précoce et les mesures d'éradication rapide

Le chapitre 2 du Titre VIII est relatif à la détection et aux mesures d'éradication rapide à mettre en œuvre par les parties en vertu des articles 16 et 17 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Chaque autorité compétente est chargée de la notification à la Commission européenne. Elle en informe simultanément le Comité.

Si l'espèce concerne plus d'une partie ou est susceptible de rapidement se propager sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, c'est le Comité qui décide si l'espèce n'est pas encore largement répandue et en ce cas, requiert dès lors des mesures d'éradication à mener par les autorités compétentes. Dans ce cas, le Comité assure également la coordination des méthodes d'éradication employées par les autorités compétentes.

h

Lorsqu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union est susceptible de concerner une seule partie, le rôle du Comité se limite à recueillir les informations données par les différentes autorités compétentes quant aux mesures prises en application des articles 17 et 18 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Le Chapitre 3 concerne la mise en œuvre des articles 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014 relatifs aux mesures de gestion et à la restauration des écosystèmes endommagés.

Il appartient à chaque autorité compétente de mettre en œuvre les mesures de gestion et de restauration sur son territoire.

Cela étant, si le Comité détermine qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union est largement répandue sur le territoire de plus d'une partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, ou est susceptible de se propager rapidement sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, il assure la coordination des mesures de gestion et de restauration à prendre en vertu des articles 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Le Comité est également en charge des notifications à réaliser et de la coordination des mesures à prendre lorsqu'il existe un risque important qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union se propage dans un autre État membre.

Lorsqu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union est susceptible de concerner une seule partie, le rôle du Comité se limite à recueillir les informations données par l'autorité compétente quant aux mesures prises en application des articles 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Recouvrement des coûts

Le titre IX concerne la mise en œuvre de l'article 21 du Règlement (UE) N° 1143/2014 relatif au recouvrement des coûts. Cet article prévoit que les États membres visent à recouvrer les coûts des mesures nécessaires pour prévenir, réduire au minimum ou atténuer les effets néfastes des espèces exotiques envahissantes, y compris les coûts pour l'environnement et les ressources ainsi que les coûts liés à la restauration, ceci en application du principe pollueur-payeur et sans préjudice de la directive 2004/35/CE du Parlement européen et du Conseil du 21 avril 2004 sur la responsabilité environnementale en ce qui concerne la prévention et la réparation des dommages environnementaux.

Il appartient à chaque autorité compétente de mettre en œuvre l'article 21 du Règlement (UE) N° 1143/2014 et d'informer le Comité des mesures prises dans le cadre de cette disposition, des résultats obtenus, des coûts de l'action encourus et des éventuels recouvrements.

Lorsqu'il s'agit d'un cas qui peut affecter plus d'une partie, le Comité peut décider que des mesures qui se soutiennent mutuellement doivent être prises au niveau de chacune des autorités compétentes concernées.

Dispositions financières

Le titre X contient les dispositions financières en lien avec l'établissement du Secrétariat scientifique national visé au chapitre 3 du présent accord de coopération.

Il prévoit tout d'abord en ses paragraphes 1 et 2 d'appliquer une clé de répartition identique entre les quatre administrations de l'environnement pour :

- les frais de fonctionnement du Secrétariat scientifique national relatifs à l'engagement des équivalents temps plein;
- les frais de sous-traitance relatifs à d'éventuelles tâches qui, bien que devant être coordonnées par le Secrétariat scientifique national conformément à l'accord de coopération, requièrent, de par leur nature, un appui extérieur pour leur réalisation (partielle ou totale).

Cette contribution est calculée au regard :

- des compétences concernées qui requièrent une coordination scientifique;
- du travail scientifique qui sera concrètement apporté par le Secrétariat pour soutenir la mise en œuvre des compétences identifiées au littera a);
- de la superficie du territoire concernée et du niveau d'invasion actuel.

Sous ce titre, est également prévu la manière dont est établi le budget annuel nécessaire au fonctionnement et aux autres frais du Secrétariat.

Le paragraphe 3 établit ensuite une deuxième clé de répartition concernant les éventuelles sous-traitances relatives à des projets qui, bien que liés à la mise en œuvre du Règlement (UE) N° 1143/2014, ne seraient pas couverts par les tâches coordonnées visées au paragraphe 1er . Dès lors, ces projets ne concernant que les trois Régions, une clef de répartition *ad hoc* est prévue. Il s'agit d'une disposition type « clause de sauvegarde », c'est-à-dire à être appliquée uniquement pour les éventuels projets purement inter-régionaux. Cette disposition vise à permettre à la Belgique une mise en œuvre la plus coordonnée possible du règlement.

Inspections et contrôles

Le titre XI reprend les dispositions relatives aux inspections et aux contrôles à réaliser dans le cadre du Règlement (UE) N° 1143/2014. Il prévoit les modalités de la coopération à mettre en place entre les services d'inspection des différentes autorités compétentes.

Le titre XI prévoit également la coordination à mettre en place entre les différentes parties pour l'évaluation des sanctions imposées en cas de violation du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Les dispositions transitoires applicables aux propriétaires non commerciaux et aux détenteurs de stocks commerciaux

Le titre XII porte sur les dispositions transitoires applicables aux propriétaires non commerciaux et aux détenteurs de stocks commerciaux d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union.

Il prévoit l'obligation pour les autorités compétentes d'informer le Comité de la localisation et des types d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union qui sont détenues par des propriétaires non commerciaux conformément à l'article 31 du Règlement (UE) N° 1143/2014 ainsi que des stocks commerciaux de spécimens d'espèces exotiques envahissantes encore détenus, des ventes et des transferts réalisés conformément à l'article 32 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

L'exécution de ce titre présuppose la mise en place par chacune des autorités compétentes d'un système de déclaration ou d'autorisation afin d'identifier les propriétaires concernés.

Rapportage

Le titre XIII est relatif au rapportage que les États membres sont tenus de transmettre à la Commission au plus tard le 19 juin 2019 et tous les six ans par la suite en vertu de l'article 24 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Dispositions finales

Le Chapitre XIV comprend les dispositions finales de l'accord de coopération.

2° Commentaire des articles de l'Accord

Article 1^{er} - Cet article définit les termes utilisés dans l'accord de coopération et qui requièrent une explication. Les termes qui sont définis dans le Règlement (UE) N° 1143/2014 ne sont pas repris dans les définitions de l'article 1^{er} vu l'effet direct du règlement.

Art. 2 - Cet article fixe l'objectif général de l'accord de coopération, lequel est double. Il vise d'une part à organiser l'exécution coordonnée entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions lorsque les dispositions du règlement nécessitent une coordination pour éviter toute incohérence juridique ou scientifique. Il vise ensuite à organiser un échange d'informations entre les mêmes parties lorsque les dispositions du règlement ne nécessitent pas de coordination.

Art. 3 - Cet article définit le champ d'application de l'accord de coopération, lequel est identique à celui du Règlement (UE) N° 1143/2014 tel que défini à son article 2.

Art. 4 - Cet article détermine en son paragraphe 1er que les parties ne sont tenues à exécuter les dispositions de l'accord de coopération que dans la mesure où elles sont compétentes au regard des règles de répartition des compétences.

Le paragraphe 2 permet à une partie d'adopter ou de maintenir des mesures plus strictes que celles prévues dans l'accord de coopération ou dans le règlement, pour autant que les règles de droit européen et de droit belge soient respectées.

Art. 5 - Cet article stipule que l'accord de coopération peut être mis en œuvre par des accords de coopération d'exécution conformément à l'article 92bis nouveau de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 introduit par la loi spéciale du 6 janvier 2014 modifiant la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, la loi spéciale du 6 janvier 1989 sur la Cour constitutionnelle et la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises.

Cet article précise en outre que les parties adoptent ces accords de coopération d'exécution uniquement dans la mesure où leurs compétences sont concernées.

Art. 6 - Cet article crée trois organes pour assurer l'exécution des tâches à coordonner dans le cadre du règlement : un Comité national des espèces exotiques envahissantes, un Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes et un Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes.

Cet article spécifie aussi que la Plateforme belge de la Biodiversité est associée aux activités de ces trois organes.

Art. 7 - Cet article fixe la mission du Comité national des espèces exotiques envahissantes. Cela concerne les trois tâches générales suivantes : assurer l'exécution coordonnée du Règlement (UE) N° 1143/2014 visée à l'article 2, § 2, veiller à l'échange d'information visé à l'article 2, § 3 et superviser le fonctionnement du Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, à l'exception de la validation du travail scientifique qui est assurée par le Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes.

Art. 8 - Cet article fixe la composition, la désignation des membres du Comité national des espèces exotiques envahissantes et la durée de leur mandat. Le Comité national des espèces exotiques envahissantes est composé de représentants des administrations compétentes pour la mise en œuvre du règlement. Divers observateurs viennent compléter ce comité comme le représentant de la Plateforme belge de la biodiversité. Leur mandat est de quatre ans et renouvelable.

Art. 9 - Cet article fixe le fonctionnement du Comité national des espèces exotiques envahissantes. Le Comité prend ses décisions par consensus. Au cas où aucun accord n'est trouvé, le point de discussion concerné est soumis pour décision à la Conférence interministérielle de l'Environnement.

Cet article précise que les espèces exotiques envahissantes marines qui se situeraient exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique ou dont le risque d'établissement ou de propagation se situerait exclusivement dans cette zone relèvent exclusivement du pouvoir décisionnel fédéral.

Art. 10 - Cet article stipule que les procédures et modalités relatives au fonctionnement du Comité sont fixées dans un accord de coopération d'exécution. Il décrit par ailleurs les éléments qui doivent être repris dans l'accord de coopération.

Art. 11 - Cet article fixe la mission du Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes, à savoir fournir au Comité un avis scientifique sur toute demande en lien avec l'exécution des tâches à coordonner conformément aux dispositions de l'accord de coopération. Le Conseil scientifique national peut aussi émettre un avis de sa propre initiative.

Cet article stipule également que le Conseil exerce sa mission en toute indépendance et neutralité.

Art. 12 - Cet article fixe le fonctionnement, la désignation des membres du Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes et leur mandat. Ce Conseil est composé de membres appartenant aux institutions scientifiques fédérales, régionales ou communautaires actives dans le domaine des espèces exotiques envahissantes. Des personnes provenant du monde académique peuvent être invités comme observateurs par le Conseil.

Art. 13 - Cet article stipule que le Conseil scientifique national se réunit au moins trois fois par an ou à la demande d'un membre. Il fixe également le quorum de présence.

Art. 14 - Cet article stipule que le Conseil scientifique national doit établir son règlement d'ordre intérieur endéans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de l'accord de coopération. Les règles minimales à prévoir sont décrites dans l'accord de coopération.

Art. 15 - Cet article fixe la mission du Comité national des espèces exotiques envahissantes. L'accord de coopération liste les missions scientifiques du Secrétariat scientifique national et précise que celles-ci ne concernent pas :

- les tâches exécutées par la Plateforme belge de la Biodiversité;
- les tâches à effectuer sur les espèces exotiques envahissantes marines établies ou pouvant s'établir exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique. Ces tâches sont en effet exécutées par l'Unité de Gestion du Modèle mathématique de la Mer du Nord.

Art. 16 - Cet article définit la composition du Secrétariat scientifique national : deux équivalents temps plein au minimum. Il définit aussi l'institution hôte : l'Institut royal des Sciences naturelles de Belgique.

Il précise également que les modalités liés à l'établissement du Secrétariat scientifique national au sein de l'institution hôte est fixée dans un accord de coopération d'exécution.

Art. 17 - Cet article stipule que la gestion journalière du Secrétariat scientifique national est assurée par l'institution hôte qui doit rapporter annuellement de son exécution.

Art. 18 - Cet article prévoit que le Secrétariat scientifique national doit élaborer annuellement et conjointement avec le Comité un projet de programme de travail lequel inclut un volet financier. Ce programme de travail doit être soumis pour approbation à la Conférence interministérielle de l'Environnement (CIE) au plus tard le 30 janvier de l'année en cours, après avoir consulté au préalable le Conseil scientifique national. Une disposition spécifique est prévue pour le premier programme de travail qui doit, lui, être soumis en-dehors des trois mois de l'entrée en fonction des deux personnes engagées au sein du secrétariat.

Le Comité soumet l'estimation budgétaire du programme de travail pour adoption à la CIE au cours du troisième trimestre de l'année précédant l'exercice budgétaire concerné.

Sur proposition conjointe du Secrétariat scientifique national et du Comité, la CIE peut modifier le programme de travail du secrétariat en cours d'année, soit de sa propre initiative, soit à la demande du Secrétariat scientifique national.

Art. 19 - Cet article prévoit que le Secrétariat scientifique national doit élaborer annuellement son rapport d'activités qui est transmis pour approbation au Comité.

Art. 20 - Cet article précise que le Secrétariat scientifique national peut s'adjoindre le soutien scientifique de personnes extérieures au niveau national ou international.

Il précise également que dans l'exécution de ses tâches, le Secrétariat national scientifique doit collaborer régulièrement avec l'UGMM et avec la Plateforme belge de la Biodiversité ainsi qu'avec toute autre institution scientifique concernée.

Art. 21 - Cet article détermine le rôle de la Conférence interministérielle de l'Environnement dans l'approbation et la supervision de l'exécution des missions du Secrétariat scientifique national.

Art. 22 - Cet article définit le rôle et les missions de la Plateforme belge de la Biodiversité dans la mise en œuvre du règlement. Il s'agit des quatre missions suivantes :

- 1° développer et maintenir la coopération et le travail en réseau au sein de la communauté scientifique belge et étrangère active dans le secteur des espèces exotiques envahissantes;

2° développer, actualiser et maintenir un système national d'information scientifique des espèces exotiques envahissantes;

3° développer les outils nécessaires à l'établissement de listes d'espèces exotiques envahissantes;

4° effectuer le développement technique d'outil d'aide à la décision en matière d'espèces exotiques envahissantes comme les protocoles d'analyse de risques.

Art. 23 - Cet article détermine que la Plateforme belge de la Biodiversité et le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes doivent coopérer régulièrement dans la mise en œuvre de leurs missions respectives.

Art. 24 - Cet article vise à déterminer la procédure de coordination des autorités compétentes dans le cadre de l'adoption et de l'actualisation de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union.

Cette disposition englobe les demandes d'inscription ou de retrait d'espèces de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, émanant de la Commission européenne ou d'un autre État membre.

Il revient au Comité de déterminer la proposition de position de la Belgique concernant la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, après avis du Conseil scientifique national ou, à défaut, de l'avis du Secrétariat scientifique national.

Art. 25 - Cet article vise l'hypothèse où une des parties émet le souhait qu'une espèce soit ajoutée ou retirée de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union. La procédure de l'article 24, § 2, s'applique.

Art. 26 - Il revient au Comité de se prononcer, dans le cadre d'une procédure initiée par une partie, sur l'opportunité d'effectuer une évaluation des risques, après avis du Conseil scientifique national.

Si le Comité décide d'opérer l'analyse de risques, le Secrétariat scientifique national établit cette évaluation ainsi que le document comprenant la preuve que les critères fixés à l'article 4, paragraphe 3, du Règlement (UE) N° 1143/2014 sont remplis. Le Conseil scientifique valide cette évaluation des risques.

Le Comité décide ensuite, sur base notamment des résultats de l'analyse des risques, de soumettre ou non à la Commission européenne une demande officielle de la Belgique pour lister ou retirer l'espèce exotique envahissante qui a fait l'objet de l'analyse des risques.

Le Comité motive sa décision.

La demande officielle contient les éléments fixés à l'article 4, paragraphe 3 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Art. 27 - Cet article prévoit dans un premier temps que toute demande de permis au sens de l'article 8 du Règlement (UE) N° 1143/2014 est transmise au Comité.

Art. 28 - Cet article prévoit que le mécanisme de coordination doit s'appliquer lorsque plusieurs demandes de permis, visés à l'article 27 et portant sur la même espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, sont conjointement faites par un même demandeur auprès de plusieurs autorités compétentes afin de permettre des travaux de recherche, une conservation *ex situ* ou l'amélioration de la santé humaine. L'avis du Conseil national scientifique est préalablement requis.

Lorsqu'il est établi que plusieurs demandes de permis reçus par le Comité sont manifestement interconnectées, le paragraphe 1 s'applique également.

La connexion entre plusieurs demandes de permis s'établit notamment au vu du nombre et du type de spécimens identiques concernant une même espèce exotique envahissante.

En cas d'avis positif du Comité les autorités compétentes concernées, chacune pour ce qui les concerne, délivrent les permis conformément à leur législation. Elles en informent le Comité dans les plus brefs délais.

Chaque autorité compétente concernée rend, dans les meilleurs délais, accessibles au public via internet les informations requises à l'article 8.7 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

En cas d'avis négatif du Comité, les autorités compétentes concernées ne délivrent pas les permis demandés conformément à leur législation et indiquent les motifs de refus ainsi que les voies de recours applicables. Elles en informent le Comité dans les plus brefs délais.

Art. 29 - Cet article vise l'hypothèse où une autorité compétente doit retirer ou suspendre un permis octroyé. Si le permis a fait l'objet d'une coordination au sens de l'article 28, le Comité se prononce sur la nécessité ou non de retirer ou de suspendre les autres permis.

Si le Comité émet un avis positif, chaque autorité compétente procède au retrait ou à la suspension conformément à sa législation.

Art. 30 - Cet article prévoit que toute demande de permis au sens de l'article 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014 est transmise au Comité.

Art. 31 - Cet article vise la coordination à mettre en place entre différentes autorités compétentes pour octroyer des permis au sens de l'article 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014 lorsque plusieurs demandes de permis portant sur la même espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union sont faites conjointement par un même demandeur auprès de plusieurs autorités compétentes. La coordination s'effectue via le Comité national, lequel vérifie si les critères relatifs à l'existence de raisons d'intérêt public majeur, y compris de nature sociale ou économique, prévues à l'article 9.1 du Règlement (UE) N° 1143/2014 sont rencontrés. L'avis du Conseil national scientifique est préalablement requis.

Si le Comité national se prononce de manière favorable quant aux demandes de permis, chaque autorité compétente introduit la demande d'autorisation auprès de la Commission européenne pour ce qui concerne le permis qu'elle doit délivrer. En cas de suite favorable donnée par la Commission européenne, chaque autorité compétente délivre le permis conformément aux procédures qui lui sont propres.

En cas d'avis négatif du Comité, les permis sont refusés et chaque autorité compétente indique les motifs du refus et de la non-introduction de la demande dans le système d'autorisation de la Commission européenne ainsi que les voies de recours applicables selon les procédures qui lui sont propres.

Art. 32 - Cet article stipule que les parties peuvent adopter, via accord de coopération d'exécution, une liste nationale d'espèces exotiques envahissantes de préoccupation nationale.

Art. 33 - Cet article fixe la procédure qui est d'application quand une partie souhaite proposer l'ajout ou le retrait d'une espèce exotique envahissante de la liste nationale. Elle saisit préalablement le Comité via l'autorité compétente qui la représente. La demande contient une évaluation des risques conformément à l'article 5.1 a), b), c), d), f), g) et h) du Règlement (UE) N° 1143/2014 et toutes autres preuves scientifiques disponibles.

Art. 34 - Cet article stipule que le Comité transmet pour avis l'évaluation des risques au Conseil scientifique national.

La procédure établie dans l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10 s'applique.

Le Comité décide de lister ou de ne pas lister l'espèce proposée sur la liste. Il motive sa décision et en informe sans délais le Conseil scientifique national.

Le Comité propose à la Conférence interministérielle de l'Environnement d'inscrire ou de retirer l'espèce exotique envahissante proposée par une partie conformément à la décision prise.

Art. 35 - Cet article stipule que les mesures visées à l'article 7.1, 8 et 9 du Règlement (UE) N° 1143/2014 sont applicables à la liste nationale.

Chaque autorité compétente peut cependant décide d'appliquer les mesures visées aux articles 13 à 17, 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014. En ce cas, elle en informe le Comité.

Il est également stipulé que les mesures relatives aux permis visées dans l'accord de coopération et les mesures transitoires du règlement pour les propriétaires non commerciaux et pour les stocks commerciaux s'appliquent à la liste nationale.

Art. 36 - Cet article fixe les obligations de notification requises auprès de l'Organisation mondiale du Commerce et de l'Union européenne en application des règles en vigueur pour les restrictions commerciales.

Art. 37 - Cet article vise l'élaboration de fiches d'identification dans l'hypothèse où le Comité national décide de proposer une espèce à ajouter à la liste des espèces envahissantes préoccupantes pour l'Union ou à la liste nationale. Cette disposition ne s'applique pas aux espèces marines.

Le Secrétariat scientifique national est chargé de l'élaboration de la fiche, laquelle est ensuite validée par le Conseil scientifique national.

Art. 38 - Cet article vise la coordination nécessaire à la mise en œuvre conjointe de mesures d'urgence au niveau belge, dans le respect des diverses obligations établies à l'article 10 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Le Comité national, dès qu'il est informé d'une menace par une des parties, se réunit d'urgence et décide si des mesures d'urgence sont requises, sur avis du Conseil scientifique national. Il supervise la mise en œuvre conjointe de ces mesures lorsque plus d'une autorité compétente doit agir. Dans l'hypothèse où une seule autorité serait concernée

par l'adoption de mesures d'urgence, le Comité peut avancer des recommandations de mesures d'urgence.

L'article 10 du Règlement (UE) N° 1143/2014 requiert la réalisation sans retard d'une évaluation des risques, laquelle est effectuée par le Secrétariat scientifique national dans un délai de vingt-quatre mois.

L'article 39 vise la coordination nécessaire à l'élaboration et à la mise en œuvre d'un plan d'action national.

En ce qui concerne les espèces marines, les analyses sont effectuées par l'UGMM, laquelle consulte le Conseil scientifique national.

En ce qui concerne toutes les autres espèces, les tâches sont réalisées par le Secrétariat scientifique national, pour autant que les autorités compétentes communiquent au préalable les données nécessaires. Le Conseil scientifique national valide les travaux du Secrétariat scientifique national, lequel les communique au Comité national.

Dès validation des analyses, le Secrétariat scientifique national se penche sur l'élaboration du plan d'action national conformément à l'article 13 du Règlement (UE) N° 1143/2014. Ce dernier établit des délais fixes, sans compter les exigences européennes en matière de consultation du public dans le cadre de l'élaboration de plans et de programmes relatifs à l'environnement. L'ensemble de ces éléments ont par conséquent été dûment pris en compte dans le cadre du présent accord, ce qui explique les délais courts établis pour chaque étape.

La Conférence interministérielle de l'Environnement est l'organe chargée de l'approbation finale du plan d'action national, lequel est exécuté sous la supervision du Comité national.

Art. 40 - Cet article précise que le Comité approuve d'abord le projet de plan d'action national avant de le soumettre pour adoption à la Conférence interministérielle de l'Environnement. Cet article précise également que l'approbation du Comité et l'adoption par la Conférence interministérielle de l'Environnement doit se faire dans un délai ne dépassant pas les vingt et un mois à dater de l'adoption de la liste de l'Union ou de son actualisation.

Une fois le projet de plan adopté au niveau ministériel, il doit faire l'objet d'une consultation publique. Cette consultation s'opère de manière concomitante par chaque autorité compétente.

Les réclamations, observations et commentaires émis lors de la consultation publique sont compilées et analysées par chaque autorité compétente qui envoie le rapport d'analyse au Comité dans un délai de trois mois à dater de la clôture de la consultation.

Le Comité est chargé d'examiner ces rapports et de déterminer, avec le Secrétariat scientifique national, les amendements au projet de plan national à éventuellement incorporer sur base de la consultation publique. Le Comité a quatre mois pour exécuter les adaptations éventuelles du plan à partir de la réception des rapports des consultations publiques.

Le projet de plan final est ensuite soumis pour adoption à la Conférence interministérielle de l'Environnement dans un délai de trente mois à dater de l'adoption de la liste de l'Union ou de son actualisation.

Le paragraphe 5 précise qu'en cas de révision du plan, les paragraphes 1 à 4 s'appliquent.

Le paragraphe 6 précise que c'est le Comité qui supervise l'exécution des mesures figurant dans le plan d'action national.

Art. 41 - Cet article précise que lors de l'adoption au niveau européen de toute nouvelle espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, le plan d'action national est adapté pour ces espèces conformément à la procédure prévue aux articles 39 et 40.

Art. 42 - L'article 11 du Règlement (UE) N° 1143/2014 prévoit que les États membres peuvent identifier, sur base de leur liste nationale, les espèces nécessitant une coopération régionale renforcée.

Les Chapitres 1 et 2 du Titre VII visent par conséquent la coordination nécessaire dans le cadre de cette coopération avec d'autres États membres.

Art. 43 - Cet article vise le cas où un État membre souhaite mettre en place une coopération avec la Belgique sur une espèce exotique envahissante de la liste belge. Cet État membre doit saisir le Comité qui, sur base d'un avis préalablement donné par le Conseil national scientifique, décide si cette espèce requiert effectivement une coopération régionale renforcée ou pas.

Cet article précise en outre que lorsqu'une autorité compétente reçoit une demande de coopération d'un État membre alors que d'autres autorités compétentes au niveau belge peuvent être concernées, il convient qu'elle transfère cette demande au Comité en vue d'appliquer la procédure prévue à l'alinéa 1^{er}.

Art. 44 - Cet article prévoit que le Comité peut déterminer conformément à l'accord de coopération d'exécution visé l'article 10 et sur avis préalable du Conseil national scientifique, qu'une espèce indigène sur le territoire d'un État membre mais non indigène sur le territoire de la Belgique requiert une coopération. Il applique la même procédure que celle visée à l'article 42.

Art. 45 - Cet article prévoit que lorsqu'un État membre saisit soit le Comité, soit une autorité compétente pour mettre en place une coopération sur une espèce indigène sur le territoire des parties ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique mais non indigène sur son propre territoire, le Comité, sur avis préalable du Conseil scientifique national, décide conformément à l'accord de coopération d'exécution visé l'article 10 si cette espèce requiert une coopération régionale.

Art. 46 - Cet article organise la coordination des systèmes de surveillance qui seront mis en place par chacune des autorités compétentes concernées.

Ainsi, chaque région met en place un système de surveillance sur son territoire suivant des standards établis par le Secrétariat scientifique national. Celui-ci est chargé de collecter les données des Régions afin de les agréger.

En ce qui concerne les espèces exotiques envahissantes marines exclusivement situées dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, celles-ci font l'objet d'un système de surveillance séparé géré par l'UGMM. Une coordination est mise en place par le Secrétariat afin de permettre la détection précoce des espèces exotiques envahissantes précitées.



Art. 47 - L'article 16 du Règlement prévoit que les États membres doivent notifier à la Commission la détection précoce, via le système de surveillance ou les contrôles des importations de biens à risques, de l'introduction ou de la présence d'espèces exotiques envahissantes pour l'Union, c'est-à-dire la confirmation de la présence d'un ou de plusieurs spécimens d'une espèce exotique envahissante dans l'environnement avant que celle-ci ne soit largement répandue. Ils en informent également les autres États Membres.

Chaque autorité compétente est chargée de la notification à la Commission européenne. Elle en informe simultanément les autres États Membres et le Comité.

Art. 48 - L'article 17 du Règlement prévoit que dans un délai de trois mois après la notification de détection précoce à la Commission européenne, les États membres doivent mettre en œuvre des mesures d'éradication. Ces mesures doivent être notifiées à la Commission et aux autres États Membres.

Ces mesures sont de la compétence des Régions ainsi que de l'État fédéral pour ce qui concerne les espèces marines. Chacune des autorités compétentes se charge des notifications prévues par le règlement.

Afin d'assurer l'efficacité de ces mesures, une coordination et un échange d'informations sont mis en place par le biais du Comité.

Le Comité décide si une espèce concerne plus d'une partie ou est susceptible de rapidement se propager sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique.

En cas de décision positive, le Comité assure la coordination à mettre en place en ce qui concerne les mesures à prendre par les autorités compétentes en vertu des articles 17 et 18 du Règlement (UE) N° 1143/2014. Il décide si l'espèce n'est pas encore largement répandue et requiert dès lors des mesures d'éradication à mener par chacune des autorités compétentes. Le Comité assure ensuite la coordination des méthodes employées par chacune des autorités compétentes pour parvenir à l'éradication des espèces exotiques envahissantes.

En cas de décision négative, l'autorité compétente concernée informe le Comité des mesures qu'elle prend conformément aux articles 17 et 18 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Art. 49 - Dans un délai de dix-huit mois à compter de l'inscription d'une espèce exotique envahissante sur la liste de l'Union, des mesures de gestion efficaces et proportionnées doivent être mises en œuvre par les États membres concernant les espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union qui sont largement répandues sur leur territoire, afin que leurs effets soient réduits au minimum (article 19.1 du Règlement (UE) N° 1143/2014).

Chaque autorité compétente met en œuvre les mesures de gestion sur son territoire dans le respect de l'article 26 du Règlement (UE) N° 1143/2014 qui prévoit que les mesures de gestion prises conformément à son article 19 du Règlement (UE) N° 1143/2014 doivent faire l'objet d'une participation du public. Cela étant, une coordination des mesures à prendre en vertu des articles 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014 est réalisée au préalable par le Comité si celui-ci détermine qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union est largement répandue sur le territoire de plus d'une partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, ou est susceptible de se propager

rapidement sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique.

Le Comité est également en charge des notifications à réaliser et de la coordination des mesures à prendre lorsqu'il existe un risque important qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union se propage dans un autre État membre.

Art. 50 - Cet article prévoit un échange d'informations par le biais du Comité lorsqu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union n'est largement répandue que sur le territoire d'une seule partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique et n'est pas susceptible de se propager rapidement sur le territoire d'une autre partie.

Art. 51 - L'article 21 du Règlement (UE) N° 1143/2014 est lié à la mise en œuvre par chacune des autorités compétentes des articles 16, 17, 19 et 20 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Un échange d'informations par le biais du Comité est prévu lorsqu'il ne s'agit pas d'un cas qui peut affecter plus d'une partie.

Par contre, lorsqu'il s'agit d'un cas qui peut affecter plus d'une partie (en cas de dommage à caractère transrégional, en cas de dommage dû à la délivrance d'un permis délivré par une autre autorité compétente, ...), le Comité peut décider que des mesures qui se soutiennent mutuellement doivent être prises par chacune des parties concernées.

Chaque autorité compétente concernée met en œuvre la ou les mesures la concernant. Elle informe le Comité des résultats obtenus, des coûts de l'action encourus et de leurs éventuels recouvrements.

Art. 52 - Chaque autorité compétente visée à l'article 8, 2° à 5° de l'accord de coopération est tenue de contribuer aux frais de fonctionnement du Secrétariat scientifique national.

L'article 52 établit notamment la répartition entre les différentes autorités compétentes des frais d'engagement des équivalents temps plein et des autres frais (dont les frais de sous-traitance).

Art. 53 - Cet article concerne les services d'inspection qui doivent contrôler le respect des dispositions de l'accord de coopération et du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Le gouvernement fédéral et les gouvernements régionaux désignent, conformément à leurs législations respectives, les fonctionnaires chargés du contrôle du respect des dispositions visées dans l'accord de coopération.

Cet article prévoit également les modalités de coopération.

Art. 54 - Selon cet article, les autorités compétentes doivent introduire dans leurs réglementations respectives les sanctions aux infractions des dispositions du Règlement (UE) N° 1143/2014 qui relèvent de leurs compétences.

Il relève de l'autonomie régionale et fédérale d'établir des sanctions aux infractions des dispositions du Règlement (UE) N° 1143/2014 qui sont de leurs compétences, ce qui explique pourquoi il n'y a pas d'harmonisation des sanctions.



Les autorités compétentes doivent néanmoins, pour ce qui concerne les infractions au Règlement (UE) N° 1143/2014, évaluer la cohérence de la procédure en matière de sanctions entre les différentes autorités et la cohérence entre les sanctions dans leurs législations respectives. Si des incohérences significatives sont constatées, elles doivent délibérer sur les mesures éventuelles à prendre via le Comité.

Art. 55 - Cet article prévoit l'obligation pour les autorités compétentes d'informer le Comité, dans les six mois à partir de l'adoption ou de l'actualisation de la liste de l'Union, du nombre, de la localisation et des types d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union qui sont détenues par les propriétaires non commerciaux conformément à l'article 31 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Art. 56 - Cet article prévoit l'obligation pour les autorités compétentes d'informer le Comité sur les stocks commerciaux de spécimens d'espèces exotiques envahissantes acquis avant leur inscription sur la liste de l'Union qui sont encore détenus pendant une période de deux ans au maximum après l'inscription des espèces sur la liste précitée ainsi que des ventes et des transferts réalisés conformément à l'article 32 du Règlement (UE) N° 1143/2014.

Art. 57 - Cet article prévoit que chaque autorité compétente établit le rapport de mise en œuvre du règlement pour ce qui la concerne et qu'elle le communique au Secrétariat scientifique national qui se charge de la coordination du rapport au niveau national.

Le projet de rapport établi par le Secrétariat doit être validé par le Conseil scientifique avant d'être adopté par le Comité. Ce dernier est chargé de l'envoi dans les temps du rapport à la Commission européenne.

Un accord de coopération d'exécution règle les autres éléments de procédure d'établissement du rapport ainsi que les modalités pratiques de soumission de celui-ci à la Commission européenne.

Art. 58 - Cet article prévoit l'évaluation de la coopération fédérale-régionale-communautaire à réaliser cinq ans après l'entrée en vigueur du présent accord. Sur base de cette évaluation, il revient à la Conférence interministérielle de l'Environnement élargie à la Politique scientifique de décider de la continuation de l'accord de coopération ainsi que de redéfinir, le cas échéant, les missions et les frais de fonctionnement et d'investissements du Secrétariat scientifique national.

Art. 59 - Cet article n'appelle pas de commentaires.

COMMENTAIRE DE L'ARTICLE UNIQUE

Article unique -

L'article unique ne nécessite pas de commentaire particulier.

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
H. MOLLERS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant assentiment à l'Accord de coopération du XXXX entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes

Article unique - Il est donné assentiment à l'Accord de coopération du XXXX entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
H. MOLLERS



ANNEXE

**Accord de coopération du XXXX entre l'État fédéral, les Communautés et les Régions
relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces
exotiques envahissantes**

Annexé en tant qu'annexe séparée.

A handwritten signature or mark, possibly a stylized 'A' or 'B', located in the bottom right corner of the page.

Accord de coopération entre l'Etat fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes	Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten
Vu l'article 23 de la Constitution;	Aufgrund des Artikels 23 der Verfassung;
Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, les articles 6 §1 ^{er} , III, 2°, 6bis et 92bis;	Aufgrund des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen, Artikel 6, § 1er, III, 2°, 6bis und 92bis;
Vu la décision du 6 juillet 2016 de la Conférence interministérielle de l'Environnement élargie à la Politique scientifique adoptant le projet de coopération entre l'Etat fédéral, les Communautés et les Régions relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes;	Aufgrund des Beschlusses vom 06. Juli 2016 der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ (IKU) erweitert auf „Wissenschaftspolitik“, die den Entwurf des Kooperationsabkommens zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten annimmt;
Considérant le Règlement (UE) n° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes;	In Erwägung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten;
Considérant que l'exécution du Règlement (UE) n° 1143/2014 touche à la fois aux compétences de l'Etat fédéral, des Communautés et des Régions, principalement en ce qui concerne la conservation de la nature mais également en ce qui concerne la recherche scientifique;	In der Erwägung, dass die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 gleichzeitig in die Zuständigkeit des Föderalstaates, der Gemeinschaften und der Regionen fällt, insbesondere in Bezug auf den Erhalt der Natur, aber auch in Bezug auf die wissenschaftliche Forschung;
Considérant que l'objectif général de l'accord de coopération part du constat qu'il n'est pas possible pour la Belgique d'assurer une correcte mise en œuvre du règlement de manière purement unilatérale, c'est-à-dire au niveau de chaque entité individuellement. En effet, la plupart de ses dispositions requiert une coordination aux fins d'assurer la cohérence et la sécurité juridiques voulues, particulièrement quand plus d'une entité est concernée par les mesures à prendre. Il est en effet fondamental que les entités compétentes se coordonnent puisque les espèces exotiques envahissantes sont, par définition, des espèces qui ne connaissent pas de frontières. Par ailleurs, il est également essentiel de garantir une vision scientifique globale de la problématique au niveau belge en vue de mener une politique cohérente en matière d'espèces exotiques envahissantes.	In der Erwägung, dass die allgemeine Zielsetzung des Kooperationsabkommens von der Feststellung ausgeht, dass es für Belgien nicht möglich ist, eine korrekte Ausführung der Verordnung in einer rein unilateralen Weise zu gewährleisten, d. h. auf der Ebene jeder einzelnen Körperschaft. Die meisten Bestimmungen verlangen schließlich eine Koordinierung, um den Zusammenhang und die gewünschte Rechtssicherheit gewährleisten zu können, insbesondere wenn mehr als eine Körperschaft an der Ergreifung von Maßnahmen beteiligt ist. Die Koordinierung zwischen den zuständigen Körperschaften ist schließlich von wesentlicher Bedeutung, da invasive gebietsfremde Arten per Definition Arten sind, die keine Grenzen kennen. Darüber hinaus ist es ebenfalls von wesentlicher Bedeutung, eine globale wissenschaftliche Sichtweise der Problematik auf belgischer Ebene zu gewährleisten, mit dem Ziel einer

	kohärenten Politik in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten.
Entre :	Zwischen:
L'Etat fédéral, représenté par le Gouvernement fédéral, en la personne du Premier Ministre, de la Ministre des Affaires sociales et de la Santé publique, du Ministre des Finances, de la Ministre de l'Energie, de l'Environnement et du Développement durable, de la Secrétaire d'Etat à la Lutte contre la pauvreté, à l'Egalité des chances, aux Personnes handicapées et à la Politique scientifique et du Secrétaire d'Etat à la Lutte contre la fraude sociale, à la Protection de la vie privée et à la Mer du Nord;	dem Föderalstaat, vertreten von der Föderalregierung, in Person des Premierministers, der Ministerin für Soziales und Gesundheit, des Ministers für Finanzen, der Staatssekretärin für Armutsbekämpfung, Chancengleichheit, Behinderten- und Wissenschaftspolitik und Großstädte und des Staatssekretärs für Bekämpfung von Sozialbetrug, Datenschutz und die Nordsee;
La Communauté flamande et la Région flamande, représentées par le Gouvernement flamand, en la personne de son Ministre-Président, de son Ministre de l'Emploi, de l'Economie, de l'Innovation et du Sport et de sa Ministre de l'Environnement, de la Nature et de l'Agriculture;	der flämischen Gemeinschaft und der flämischen Region, vertreten von der flämischen Regierung, in Person des Ministerpräsidenten, des Ministers für Arbeit, Wirtschaft, Innovation und Sport und der Ministerin für Umgebung, Natur und Landwirtschaft;
La Communauté française, représentée par le Gouvernement de la Communauté française, en la personne de son Ministre-Président et du Ministre de l'Enseignement Supérieur, de la Recherche et des Médias;	der französischen Gemeinschaft, vertreten durch die Regierung der französischen Gemeinschaft, in der Person des Ministerpräsidenten und des Ministers für höhere Bildung, Forschung und Medien;
La Communauté germanophone, représentée par le Gouvernement de la Communauté germanophone, en la personne de son Ministre-Président et de son Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique;	der deutschsprachigen Gemeinschaft, vertreten durch die Regierung der deutschsprachigen Gemeinschaft, in der Person des Ministerpräsidenten und des Ministers für Bildung und wissenschaftliche Forschung;
La Région wallonne, représentée par le Gouvernement wallon, en la personne de son Ministre-Président et du Ministre de l'Economie, de l'Industrie, de l'Innovation et du Numérique et du Ministre de l'Agriculture, de la Nature, de la Ruralité, du Tourisme et des Aéroports ;	der wallonischen Region, vertreten von der wallonischen Regierung, in der Person des Ministerpräsidenten, des Ministers für Wirtschaft, Industrie, Forschung, Innovation, digitale Technologien, Beschäftigung und Ausbildung und des Ministers für Landwirtschaft, Natur, Forstwesen, ländliche Angelegenheiten, Tourismus, Denkmalschutz, und Vertreter bei der Großregion ;
La Région de Bruxelles-Capitale, représentée par le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale, en la personne de son Ministre-Président et du Ministre du Logement, de la	die Region Brüssel-Hauptstadt, vertreten von der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, in Person des Ministerpräsidenten, der Ministerin für Wohnungswesen, Lebensqualität,

Qualité de Vie, de l'Environnement et de l'Energie et de la Secrétaire d'Etat à la Recherche scientifique;	Umwelt und Energie und des Staatssekretärs für wissenschaftliche Forschung;
a été convenu ce qui suit :	wird Folgendes vereinbart:
TITRE Ier. – Définitions	TITEL I. – Definitionen
Art. 1^{er}. Aux fins du présent accord de coopération, on entend par :	Art. 1. Für die Anwendung dieses Kooperationsabkommens wird verstanden unter:
1° Etat membre : un Etat membre de l'Union Européenne autre que la Belgique;	1° Mitgliedstaat: ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union, ausgenommen Belgien;
2° Règlement EEE: Règlement (UE) n° 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 relatif à la prévention et à la gestion de l'introduction et de la propagation des espèces exotiques envahissantes, ci-après Règlement EEE;	2° Verordnung (EU) Nr. 1143/2014: Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, im Folgenden „Verordnung (EU) Nr. 1143/2014“;
3° Plateforme belge de la Biodiversité : l'organe créé en vertu de l'accord de coopération du 22 janvier 2016 entre l'Etat fédéral, les Communautés et les Régions concernant le soutien au développement, à la mise en œuvre et la gestion de la Plateforme belge de la Biodiversité;	3° Belgische Biodiversitätsplattform: Organ, das anhand des Kooperationsabkommens vom 22. Januar 2016 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Unterstützung der Entwicklung, der Ausführung und der Verwaltung der belgischen Biodiversitätsplattform gegründet wurde;
4° Liste nationale : la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour la Belgique, visée à l'article 12 du Règlement EEE;	4° Nationale Liste: Liste der invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für Belgien gemäß Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014;
5° Espèce exotique envahissante préoccupante au niveau régional : une espèce identifiée, sur base de son appartenance à la liste nationale, par la Belgique ou par un Etat membre, comme étant une espèce qui nécessite une coopération régionale renforcée conformément à l'article 11.1 du Règlement EEE;	5° Invasive gebietsfremde Arten von regionaler Bedeutung: Eine Art, die aufgrund der Tatsache, dass sie in die nationale Liste aufgenommen wurde, von Belgien oder einem Mitgliedstaat als Art identifiziert wurde, für die gemäß Artikel 11.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 eine verstärkte regionale Zusammenarbeit erforderlich ist;
6° Espèce indigène préoccupante : une espèce exotique préoccupante au niveau régional qui est indigène en Belgique ou dans un Etat membre et qui nécessite une coopération renforcée conformément à l'article 11.1 du Règlement EEE;	6° Invasive heimische Arten von Bedeutung: Eine invasive gebietsfremde Art von regionaler Bedeutung, die in Belgien oder einem Mitgliedstaat heimisch ist und für die gemäß Artikel 11.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 eine verstärkte regionale Zusammenarbeit erforderlich ist;

7° Autorité compétente : les administrations fédérales et régionales compétentes pour la mise en œuvre du Règlement EEE et notifiées comme telles à la Commission européenne conformément à l'article 24.2 du Règlement EEE;	7° Verantwortliche Behörden: Die föderalen und regionalen Verwaltungen, die für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 verantwortlich sind und als solche gemäß Artikel 24.2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 an die Europäische Kommission gemeldet werden;
8° Comité européen : le comité visé à l'article 27 du Règlement EEE;	8° Europäischer Ausschuss: Der in Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 angegebene Ausschuss;
9° Forum scientifique européen : le forum visé à l'article 28 du Règlement EEE;	9° Europäisches Wissenschaftliches Forum: Das in Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannte wissenschaftliche Forum;
10° Mesure d'urgence : mesure consistant à appliquer une ou plusieurs restrictions prévues à l'article 7. 1 du Règlement EEE qu'un Etat membre peut appliquer aux conditions visées à l'article 10 du Règlement EEE;	10° Dringlichkeitsmaßnahmen: Maßnahmen, die darin bestehen, eine oder mehrere der in Artikel 7.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 aufgeführten Beschränkungen anzuwenden und die ein Mitgliedstaat unter den in Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 angegebenen Bedingungen ergreifen kann;
11° CCPIE : le Comité de coordination de la Politique Internationale de l'Environnement, institué par l'accord de coopération du 5 avril 1995 entre l'Etat fédéral, la Région flamande, la Région wallonne et la Région de Bruxelles-Capitale relatif à la politique internationale de l'environnement;	11° Ausschuss für die Koordinierung der Internationalen Umweltpolitik (AKIUP): Der Ausschuss für die Koordinierung der Internationalen Umweltpolitik, gegründet im Kooperationsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt, das sich auf die internationale Umweltpolitik bezieht;
12° CIE : la Conférence interministérielle de l'Environnement instaurée par décision du Comité de Concertation Gouvernement-Exécutifs des 9 mai et 13 juin 1989 créant une Conférence interministérielle de l'Environnement conformément à l'article 31 bis de la loi ordinaire du 9 août 1980 de réformes institutionnelles;	12° Interministerielle Konferenz „Umwelt“ (IKU): Die Interministerielle Konferenz „Umwelt“, gegründet im Beschluss des Konzertierungsausschusses vom 09. Mai und 13. Juni 1989 zur Gründung der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ gemäß Artikel 31bis des ordentlichen Gesetzes vom 09. August 1980 über institutionelle Reformen;
13° Comité national des espèces exotiques envahissantes : l'instance de coordination entre les parties, en ce qui concerne l'exécution du Règlement EEE, institué par l'article 6, § 1er, et dont les tâches sont définies à l'article 7;	13° Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten: Die koordinierende Instanz zwischen den Parteien in Bezug auf die Anwendung der Verordnung (EU) Nr.

14° Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes : l'organe d'avis scientifique institué par l'article 6, §1^{er}, et dont les tâches sont définies à l'article 11; 15° Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes : l'organe de soutien scientifique institué par l'article 6, §1^{er}, et dont les tâches sont définies à l'article 15.	1143/2014, gegründet gemäß Artikel 6.1, dessen Aufgaben in Artikel 7 beschrieben sind; 14° Nationaler Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten: Das wissenschaftliche Beratungsorgan, gegründet gemäß Artikel 6.1, dessen Aufgaben in Artikel 11 beschrieben sind; 15° Nationales Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten: Das wissenschaftliche Unterstützungsorgan, gegründet gemäß Artikel 6.1, dessen Aufgaben in Artikel 15 beschrieben sind.
TITRE II. – Dispositions générales	TITEL II. – Allgemeine Bestimmungen
Chapitre 1er : L'exécution du Règlement EEE	Kapitel 1 : Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014
Art. 2. § 1er. Le présent accord de coopération organise : 1° l'exécution coordonnée du Règlement EEE par l'Etat fédéral, les Communautés et les Régions, ci-après les parties; 2° l'échange d'information nécessaire entre les parties dans la mise en œuvre du Règlement EEE.	Art. 2. § 1. Dieses Kooperationsabkommen regelt: 1° die koordinierte Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durch den Föderalstaat, die Gemeinschaften und die Regionen, im Folgenden die „Parteien“ genannt; 2° den notwendigen Informationsaustausch zwischen den Parteien für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014.
§ 2. L'exécution coordonnée visée au paragraphe 1, 1° porte sur : a. l'élaboration et l'adoption de la position de la Belgique sur la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union et son actualisation; b. la remise d'avis sur les demandes de permis lorsque ces demandes : 1° concernent une même espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union ou une même espèce exotique envahissante de la liste nationale et;	§ 2. Die koordinierte Anwendung gemäß Artikel 1, 1° bezieht sich auf: a. die Ausarbeitung und Genehmigung des belgischen Standpunktes zur Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung; b. die Beratung bezüglich der Genehmigungsanträge, wenn diese Anträge: 1° sich auf dieselbe invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung oder dieselbe invasive gebietsfremde Art aus der nationalen Liste beziehen und; 2° gleichzeitig vom selben Antragsteller

2° sont conjointement faites par un même demandeur auprès de plus d'une autorité compétente ou sont manifestement interconnectées.	an mehr als eine verantwortliche Behörde gerichtet werden oder eindeutig miteinander in Zusammenhang stehen.
c. les mesures urgentes à prendre lorsque plus d'une partie est concernée;	c. die zu ergreifenden Dringlichkeitsmaßnahmen, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist;
d. la détection précoce et l'éradication rapide en début d'invasion lorsque plus d'une partie est concernée, en ce compris les dérogations à l'obligation d'éradication rapide;	d. die Früherkennung und sofortige Beseitigung in einer frühen Phase der Invasion, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist, einschließlich der Ausnahmen von der Verpflichtung zur sofortigen Beseitigung;
e. les mesures d'éradication, de contrôle ou de confinement à prendre lorsque plus d'une partie est concernée;	e. die zu ergreifenden Beseitigungs-, Kontroll- und Eindämmungsmaßnahmen, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist;
f. la coordination de la surveillance à mettre en place au niveau national entre les parties;	f. die Koordination der Überwachung, die auf nationaler Ebene zwischen den Parteien eingerichtet werden muss;
g. la coopération de la Belgique avec les Etats membres qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune sur les espèces exotiques préoccupantes au niveau régional lorsque plus d'une partie est concernée;	g. die Zusammenarbeit zwischen Belgien und den Mitgliedstaaten, die die in Artikel 22.1 a) bis einschließlich d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten haben oder jede andere Gemeinsamkeit im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für die Region, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist;
h. la coopération de la Belgique avec les Etats membres qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune sur les espèces indigènes préoccupantes lorsque plus d'une partie est concernée;	h. die Zusammenarbeit zwischen Belgien und den Mitgliedstaaten, die die in Artikel 22.1 a) bis d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten haben oder jede andere Gemeinsamkeit im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung teilen, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist;
i. l'élaboration et l'adoption d'une liste conjointe d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour la Belgique, ci-après liste nationale;	i. die Ausarbeitung und Genehmigung einer gemeinsamen Liste der invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für Belgien, im Folgenden die „nationale Liste“ genannt;

j. l'élaboration et l'adoption du plan d'action national relatif aux voies d'introduction des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union; k. l'élaboration et l'adoption du rapport de mise en œuvre de la Belgique du Règlement EEE; l. la participation de la Belgique au Comité européen et au Forum scientifique européen; m. la coopération à mettre en place avec les Etats membres; n. toute autre question qui nécessite une exécution coordonnée entre les parties.	j. die Ausarbeitung und Genehmigung eines nationalen Aktionsplans für die Pfade invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung; k. die Ausarbeitung und Genehmigung des belgischen Umsetzungsberichts der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; l. die Teilnahme Belgiens am Europäischen Ausschuss und am Europäischen Wissenschaftlichen Forum; m. die Zusammenarbeit, die mit den Mitgliedstaaten eingerichtet werden muss; n. jede andere Frage, die eine koordinierte Anwendung zwischen den Parteien erfordert;
§ 3. L'échange d'information visée au paragraphe 1er, 2° porte sur l'exécution des mesures suivantes lorsqu'une seule partie est concernée : a. les mesures de restrictions; b. la délivrance de permis; c. la détection précoce et l'éradication rapide en début d'invasion, en ce compris les dérogations à l'obligation d'éradication rapide; d. la coopération avec les Etats membres qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune sur les espèces exotiques envahissantes préoccupantes au niveau régional; e. la coopération avec les Etats membres qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune sur les espèces indigènes	§ 3. Der Austausch von Informationen gemäß Artikel 1, 2° bezieht sich auf die Ausführung der folgenden Maßnahmen, wenn nur eine Partei betroffen ist: a. die beschränkenden Maßnahmen; b. die Ausfertigung von Genehmigungen; c. die Früherkennung und sofortige Beseitigung in einer frühen Phase der Invasion, einschließlich der Ausnahmen von der Verpflichtung zur sofortigen Beseitigung; d. die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, die die in Artikel 22.1 a) bis d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten haben oder jede andere Gemeinsamkeit im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung für die Region teilen; e. die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, die die in Artikel 22.1 a) bis d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten haben oder jede andere Gemeinsamkeit im

préoccupantes; f. la surveillance des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union ou de la liste nationale sur le territoire d'une Région ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique; g. la notification de détection précoce; h. l'obligation d'éradication rapide, en ce compris le système de dérogation; i. les mesures d'éradication, de contrôle ou de confinement; j. la restauration des écosystèmes endommagés et le recouvrement des coûts; k. les dispositions transitoires pour les propriétaires non commerciaux l. les dispositions transitoires pour les stocks commerciaux; m. toute autre mesure prise par les parties.	Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung teilen; f. die Überwachung in Bezug auf die invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung oder die in die nationale Liste aufgenommenen invasiven gebietsfremden Arten auf dem Hoheitsgebiet einer Region oder in den belgischen Meeresgebieten; g. die Bekanntgabe einer frühzeitigen Erkennung; h. die Verpflichtung zur sofortigen Beseitigung, einschließlich der Ausnahmen von dieser Verpflichtung; i. die Beseitigungs-, Kontroll- und Eindämmungsmaßnahmen; j. die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme; k. die Übergangsbestimmungen für nichtgewerbliche Besitzer; l. die Übergangsbestimmungen für kommerzielle Bestände; m. jede andere von den Parteien ergriffene Maßnahme.
Chapitre 2 : Champ d'application matériel	Kapitel 2 : Materielles Anwendungsgebiet
Art. 3. Le présent accord s'applique aux catégories d'espèces exotiques envahissantes relevant du champ d'application du Règlement EEE, tel que défini à son article 2.	Art. 3. Dieses Abkommen findet Anwendung auf die Kategorien invasiver gebietsfremder Arten, die gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 in den Geltungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 fallen.
Chapitre 3 : Exécution	Kapitel 3: Ausführung
Art. 4. §1 ^{er} . Les parties exécutent les dispositions du présent accord de coopération dans le respect des compétences qui leur sont octroyées conformément à la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.	Art. 4. §1. Die Parteien führen die Bestimmungen des vorliegenden Kooperationsabkommens aus unter Berücksichtigung der Befugnisse, die sie gemäß dem Sondergesetz vom 08. August 1980 über

	institutionelle Reformen erhalten haben.
§2. Les dispositions du présent accord n'empêchent pas une partie d'adopter ou de maintenir des mesures plus strictes tant qu'elle respecte les règles de répartition des compétences visées au paragraphe 1er et le droit européen.	§2. Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens untersagen einer Partei nicht, strengere Maßnahmen zu ergreifen oder anzuwenden, solange sie sich an die Regeln in Absatz 1 über die Verteilung der Verantwortung und europäisches Recht hält.
Chapitre 4 : Accords de coopération d'exécution	Kapitel 4 : Ausführende Kooperationsabkommen
Art. 5. La mise en œuvre du présent accord de coopération peut être assurée par des accords de coopération d'exécution conformément à l'article 92bis de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980.	Art. 5. Die Ausführung dieses Kooperationsabkommens wird gewährleistet durch die ausführenden Kooperationsabkommen gemäß Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen.
Les parties adoptent les accords de coopération d'exécution dans la mesure où leurs compétences sont concernées conformément à l'article 4, §1 ^{er} .	Die Parteien stimmen den ausführenden Kooperationsabkommen zu, sofern diese ihre Befugnisse gemäß Artikel 4, § 1 betreffen.
TITRE III. - Comité national des espèces exotiques envahissantes, Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes, Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes et Plateforme belge de la Biodiversité	TITEL III. - Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, Nationaler Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten, Nationales Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten und Belgische Biodiversitätsplattform
Art. 6. § 1er. Aux fins d'exécution de l'article 2, un Comité national des espèces exotiques envahissantes, un Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes et un Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes sont créés.	Art. 6. § 1. Für die Ausführung von Artikel 2, werden ein Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, ein Nationaler Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten und ein Nationales Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten gegründet.
§ 2. La Plateforme belge de la Biodiversité est associée aux activités des institutions visées au paragraphe 1er pour ce qui relève de ses missions scientifiques en matière d'espèces exotiques envahissantes.	§ 2. Die belgische Biodiversitätsplattform ist an den Aktivitäten der in Absatz 1 genannten Einrichtungen beteiligt hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Aufgaben in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten.

Chapitre 1 : Comité national des espèces exotiques envahissantes	Kapitel 1 : Nationaler Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten
Section 1 : Mission et Composition	Abteilung 1 : Aufgaben und Zusammensetzung
Art. 7. § 1er. Le Comité national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Comité, est chargé : 1° d'assurer l'exécution coordonnée du Règlement EEE visée à l'article 2, § 2; 2° de veiller à l'échange d'information visé à l'article 2, § 3; 3° de superviser le fonctionnement du Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, à l'exception de la validation scientifique du travail, laquelle est assurée par le Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes. §2. Le Comité exerce les tâches coordonnées suivantes : 1° proposer pour adoption à la CIE la position de la Belgique relative à l'inscription ou le retrait d'espèces exotiques envahissantes de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, en ce compris sur les analyses de risque et sur toute autre information pertinente y relative, dont la demande émane : a) de la Commission européenne conformément à l'article 4.1 du Règlement EEE; b) d'un Etat membre conformément à l'article 4.4 du Règlement EEE; c) d'une partie au présent accord. 2° rendre un avis sur les demandes de permis visés aux articles 8 et 9 du Règlement EEE lorsqu'elles portent sur la même espèce exotique envahissante préoccupante pour	Art. 7. § 1. Der Nationale Ausschuss für invasive gebietsfremde Arten, im Folgenden der „Ausschuss“, befasst sich mit: 1° der in Artikel 2, § 2 angegebenen koordinierten Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; 2° der Aufsicht über den Informationsaustausch gemäß Artikel 2, § 3; 3° der Aufsicht über die Arbeit des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten, mit Ausnahme der wissenschaftlichen Beurteilung der Arbeit, die vom Nationalen Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten gewährleistet wird. §2. Der Ausschuss hat die folgenden koordinierenden Aufgaben: 1° die Vorlage des belgischen Standpunktes an die IKU über die Aufnahme oder Streichung invasiver gebietsfremder Arten in die bzw. aus der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung, einschließlich in Bezug auf die Risikoanalysen und alle anderen damit verbundenen relevanten wissenschaftlichen Informationen, bezüglich derer der Antrag ausgeht: a) von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 4.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; b) von einem Mitgliedstaat gemäß Artikel 4.4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; c) von einer Partei dieses Abkommens. 2° die Formulierung einer Empfehlung zu den in den Artikeln 8 und 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Genehmigungs-/Zulassungsanträgen, wenn sich diese auf

l'Union ou sur la même espèce exotique envahissante de la liste nationale et qu'elles sont conjointement faites par un même demandeur à plus d'une partie ou sont manifestement interconnectées; 3° examiner la nécessité, à la demande d'une ou plusieurs parties, d'adopter des mesures urgentes à prendre sur tout ou partie du territoire belge ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique conformément à l'article 10 du Règlement EEE; 4° prendre une décision, conformément aux articles 16 et 17 du Règlement EEE, sur la détection précoce et les mesures d'éradication rapide en début d'invasion lorsque plus d'une partie est concernée, en ce compris les dérogations à l'obligation d'éradication rapide conformément à l'article 18 du règlement; 5° prendre une décision sur les mesures d'éradication, de contrôle ou de confinement à prendre pour les espèces largement répandues lorsque plus d'une partie est concernée; 6° prendre une décision sur les mesures de surveillance à mettre en place par les parties au niveau national conformément à l'article 14 du Règlement EEE; 7° prendre une décision, conformément à l'article 11 du Règlement EEE, sur la coopération à mettre en place avec les Etats membres qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune lorsque plus d'une partie est concernée, en ce compris sur tout projet de la Commission européenne, conformément à l'article 11.2 du règlement, d'appliquer, selon le cas, les articles 13, 14, 16, 18, 19 ou 20 du règlement aux espèces suivantes: a) les espèces exotiques envahissantes qui	dieselbe invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung oder auf dieselbe invasive gebietsfremde Art aus der nationalen Liste beziehen und vom selben Antragsteller bei mehr als einer Partei eingereicht wurden oder eindeutig miteinander in Zusammenhang stehen; 3° die Beurteilung der Notwendigkeit der Einführung von Dringlichkeitsmaßnahmen auf Antrag einer oder mehrerer Parteien, die für das gesamte belgische Hoheitsgebiet oder einen Teil davon oder in den belgischen Meeresgebieten gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen; 4° die Beschlussfassung gemäß den Artikeln 16 und 17 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Früherkennung und sofortige Beseitigung in einer frühen Phase der Invasion, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist, einschließlich der Ausnahmen von der Verpflichtung zur sofortigen Beseitigung; 5° die Beschlussfassung über die Beseitigungs-, Kontroll- und Eindämmungsmaßnahmen, die in Bezug auf weitverbreitete Arten ergriffen werden müssen, wenn mehr als eine Partei beteiligt ist; 6° die Beschlussfassung über das Überwachungssystem, das gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 von den Parteien auf nationaler Ebene eingeführt werden muss; 7° die Beschlussfassung gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, die die in Artikel 22.1 a) bis d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten haben oder jede andere Gemeinsamkeit im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten von Bedeutung teilen, wenn mehr als eine Partei betroffen ist, einschließlich der Befugnis der Europäischen Kommission, im Wege von Durchführungsrechtsakten zu verlangen, dass die betreffenden Mitgliedstaaten die Artikel 13, 14, 16, 18, 19 oder 20 entsprechend anwenden, soweit dies angebracht ist;
--	---

sont préoccupantes pour un Etat membre sur base de sa liste nationale et qui sont indigènes ou non en Belgique; b) les espèces exotiques envahissantes qui sont préoccupantes pour la Belgique sur base de sa liste nationale et qui sont indigènes ou non dans un autre Etat membre. 8° proposer à la CIE, sur demande initiale d'une partie, l'inscription d'une espèce exotique envahissantes ou son retrait de la liste nationale; 9° approuver l'analyse des voies d'introduction et de propagation non intentionnelles des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union sur le territoire de la Belgique et les espaces marins sous juridiction de la Belgique en vue d'élaborer un plan d'action national; 10° coordonner et présenter pour approbation à la CIE le projet de plan d'action national; 11° approuver le projet de rapport de mise en œuvre du Règlement EEE par la Belgique conformément à l'article 24 du Règlement EEE; 12° présenter pour approbation au CCPIE le nom : a. du membre effectif représentant la Belgique au sein du Comité européen ainsi que de son suppléant; b. du membre effectif de la Communauté scientifique représentant la Belgique au sein du Forum scientifique européen ainsi que de son suppléant. 13° formuler tout avis, à la demande de la CIE ou d'une autre institution, sur l'application du Règlement EEE en Belgique; 14° prendre connaissance de l'information	a) die für einen Mitgliedstaat auf der Grundlage der nationalen Liste invasive gebietsfremde Art, die gegebenenfalls in Belgien heimisch ist; b) die für Belgien auf der Grundlage der nationalen Liste invasive gebietsfremde Art, die gegebenenfalls in einem anderen Mitgliedstaat heimisch ist; 8° die Unterbreitung von Vorschlägen an die IKU, eine invasive gebietsfremde Art in die nationale Liste aufzunehmen oder daraus zu streichen, auf ersten Antrag einer Partei; 9° die Genehmigung der Analyse der unbeabsichtigten Einbringungs- und Ausbreitungswege von invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung auf belgischem Hoheitsgebiet und in belgischen Meeresgebieten mit dem Ziel der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans; 10° die Koordinierung des Entwurfs eines nationalen Aktionsplans und die Vorlage dieses Aktionsplans zur Genehmigung an die IKU; 11° die Genehmigung des Entwurfs des Umsetzungsberichts der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durch Belgien gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; 12° die Vorlage zur Genehmigung durch den AKIUP des Namens: a. des effektiven Mitglieds, das Belgien im Europäischen Ausschuss vertritt, und dessen Stellvertreter; b. des effektiven Mitglieds der wissenschaftlichen Gemeinschaft, das Belgien im Europäischen Wissenschaftsforum vertritt, und dessen Stellvertreter. 13° die Formulierung einer Empfehlung bezüglich der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, wenn die IKU oder eine andere Einrichtung darum bittet; 14° die Kenntnisnahme der von einer Partei bereitgestellten Informationen über die
--	--

transmise par une partie sur les mesures prises visées à l'article 2, § 3; 15° décider de la coopération à mettre en place avec les Etats membres conformément à l'article 22.	ergriffenen Maßnahmen gemäß Artikel 2, § 3; 15° die Beschlussfassung über die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 22.
§ 3. Le Comité opère un contrôle général annuel du fonctionnement du Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes et exécute les tâches suivantes : 1° proposer pour adoption à la CIE la proposition de programme de travail annuel, en ce compris l'estimation prévue du budget de fonctionnement visée à l'article 18; 2° proposer pour adoption à la Conférence interministérielle de l'Environnement la proposition de rapport d'activités annuel, en ce compris l'utilisation du budget de fonctionnement visé à l'article 19; 3° assurer le suivi général de son fonctionnement au sein de l'institution hôte.	§ 3. Der Ausschuss führt eine jährliche allgemeine Kontrolle durch bezüglich der Arbeit des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten und führt die folgenden Aufgaben aus: 1° die Vorlage des Entwurfs des jährlichen Arbeitsprogramms, einschließlich der geplanten Veranschlagung des Arbeitsbudgets gemäß Artikel 18, zur Genehmigung an die IKU; 2° die Vorlage des Entwurfs des jährlichen Tätigkeitsberichts, einschließlich der Verwendung des Arbeitsbudgets gemäß Artikel 19, zur Genehmigung an die IKU; 3° die allgemeine Kontrolle seiner Funktion innerhalb der Gasteinrichtung.
§ 4. L'échange d'information visée à l'article 2, §3 s'effectue au sein du Comité par voie écrite, au plus tard dans les trente jours suivant la prise de connaissance de l'information par l'autorité compétente concernée.	§ 4. Der Informationsaustausch gemäß Artikel 2, § 3 erfolgt schriftlich innerhalb des Ausschusses, und zwar spätestens innerhalb von dreißig Tagen nach der Kenntnisnahme der Information durch die betreffende verantwortliche Behörde.
Art. 8. § 1er. La composition du Comité est fixée comme suit : 1° le président, choisi par les membres du Comité en son sein, selon le principe d'une présidence tournante entre les institutions visées au point 2° à 5°; 2° une personne au minimum, en qualité de membre effectif, désignée au sein de l'administration compétente en matière d'environnement ou de conservation de la nature et qui représente l'autorité compétente au niveau fédéral; 3° une personne au minimum, en qualité de membre effectif, désignée au sein de l'administration compétente en matière d'environnement ou de conservation de la	Art. 8. § 1. Der Ausschuss setzt sich folgendermaßen zusammen: 1° der Vorsitzende, von den Mitgliedern des Ausschusses gewählt, anhand des Prinzips eines rotierenden Vorsitzes zwischen den in den Punkten 2 bis 5 genannten Einrichtungen; 2° wenigstens eine Person als effektives Mitglied, angewiesen innerhalb der für Umwelt oder Naturschutz verantwortlichen Behörde, die die verantwortliche Behörde auf föderaler Ebene vertritt; 3° wenigstens eine Person als effektives Mitglied, angewiesen innerhalb der für Umwelt oder Naturschutz verantwortlichen Behörde, die die verantwortliche Behörde der Region

nature et qui représente l'autorité compétente au niveau de la Région de Bruxelles-Capitale; 4° une personne au minimum, en qualité de membre effectif, désignée au sein de l'administration compétente en matière d'environnement ou de conservation de la nature et qui représente l'autorité compétente au niveau de la Région flamande; 5° une personne au minimum, en qualité de membre effectif, désignée au sein de l'administration compétente en matière d'environnement ou de conservation de la nature et qui représente l'autorité compétente au sein de la Région wallonne; 6° le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, en qualité d'observateur; 7° une personne, en qualité d'observateur, représentant la Plateforme belge de la Biodiversité; 8° tout autre expert, en qualité d'observateur, sur proposition du Comité.	Brüssel-Hauptstadt vertritt; 4° wenigstens eine Person als effektives Mitglied, angewiesen innerhalb der für Umwelt oder Naturschutz verantwortlichen Behörde, die die verantwortliche Behörde der Flämischen Region vertritt; 5° wenigstens eine Person als effektives Mitglied, angewiesen innerhalb der für Umwelt oder Naturschutz verantwortlichen Behörde, die die verantwortliche Behörde der Wallonischen Region vertritt; 6° das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten, als Vertreter; 7° eine Person, als Vertreter, die die Belgische Biodiversitätsplattform vertritt; 8° jeder andere Sachverständige, als Vertreter, der vom Ausschuss vorgeschlagen wird.
§ 2. Un suppléant est désigné pour chacune des personnes désignées au paragraphe 1er, 1° à 5°. Ce suppléant remplace le membre effectif lorsque celui-ci est empêché.	§ 2. Für jede der in Absatz 1, 1° bis einschließlich 5° angegebenen Personen wird ein Stellvertreter angewiesen. Dieser Stellvertreter vertritt das effektive Mitglied, wenn dieses verhindert ist.
§ 3. Les membres visés au paragraphe 1er, 2° à 5° sont désignés par chacune des autorités compétentes concernées. Le membre visé au paragraphe 1er, 7° est désigné par le comité de pilotage de la Plateforme belge de la biodiversité. La liste des membres désignés est transmise par le président du Comité pour adoption à la CIE, en ce compris en cas de modification. § 4. La durée du mandat des membres est de quatre ans sauf celui de président qui est de deux ans. Il est renouvelable.	§ 3. Die Mitglieder gemäß Absatz 1, 2° bis einschließlich 5° werden von jeder der beteiligten verantwortlichen Behörden angewiesen. Das in Absatz 1, 7° genannte Mitglied wird vom Lenkungsausschuss der Belgischen Biodiversitätsplattform angewiesen. Die Liste der angewiesenen Mitglieder sowie jede Änderung werden vom Vorsitzenden des Ausschusses der IKU zur Genehmigung vorgelegt. § 4. Mit Ausnahme des Vorsitzenden, dessen Mandat zwei Jahre dauert, hat jedes Mitglied ein Mandat über die Dauer von vier Jahren. Das Mandat kann verlängert werden.

Tout membre qui n'achève pas son mandat est remplacé le plus vite possible conformément au paragraphe 3.	Ein Mitglied, das sein Mandat vorzeitig beendet, wird so schnell wie möglich gemäß den Bestimmungen in Absatz 3 ersetzt.
Section 2 : Fonctionnement	Abteilung 2 : Funktion
Art. 9. § 1er. Le Comité se réunit au moins trois fois par an, ainsi qu'à la demande d'un membre. Il ne siège valablement que si chaque autorité compétente visée à l'article 8, paragraphe 1, 2° à 5° est représentée ainsi que le président. Une délégation de représentation par une autre autorité compétente est possible.	Art. 9. § 1. Der Ausschuss versammelt sich wenigstens drei Mal pro Jahr und auf Antrag eines Mitglieds. Die Versammlung ist nur rechtsgültig, wenn jede in Artikel 8, Absatz 1, 2° bis einschließlich 5° verantwortliche Behörde und der Vorsitzende vertreten sind. Die Stellvertretung durch eine andere verantwortliche Behörde ist möglich.
§ 2. Le Comité prend ses décisions par consensus. Au cas où aucun accord n'est trouvé, le point de discussion concerné est soumis pour décision à la CIE. Par dérogation à l'alinéa 1er, pour les espèces exotiques envahissantes marines qui se situeraient exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique ou dont le risque d'établissement ou de propagation se situerait exclusivement dans cette zone, la décision est prise par le membre visé à l'article 8, §1er, 2°, après consultation du Comité.	§ 2. Der Ausschuss beschließt durch Konsens. Wenn keine Einigung erzielt wird, wird der betreffende Diskussionspunkt der IKU zur Entscheidung vorgelegt. In Abweichung von Absatz 1 gilt für invasive gebietsfremde marine Arten, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten vorkommen oder für die das Risiko der Niederlassung oder Ausbreitung ausschließlich innerhalb dieser Zone besteht, dass der Beschluss von dem in Artikel 8, § 1, 2° genannten Mitglied in Rücksprache mit dem Ausschuss gefasst wird.
Art. 10. Les procédures et modalités relatives au fonctionnement du Comité sont fixées dans un accord de coopération d'exécution. Il contient les éléments suivants : 1° la procédure de représentation, de coordination, de délibération et de décision relative aux tâches coordonnées visées à l'article 7, § 2, en ce compris une possibilité de coordination par voie écrite; 2° la procédure de demande d'avis faite au Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes;	Art. 10. Ein ausführendes Kooperationsabkommen stellt Verfahren und Modalität bezüglich des Funktionierens des Ausschusses bereit. Es umfasst die folgenden Elemente: 1° das Verfahren der Vertretung, Koordinierung, Beratschlagung und Beschlussfassung in Bezug auf die koordinierten Aufgaben gemäß Artikel 7, § 2, einschließlich der Möglichkeit der schriftlichen Koordinierung; 2° das Verfahren zur Beantragung einer Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates

3° la supervision du fonctionnement général du Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes visée à l'article 7, § 3; 4° les procédures pour la participation des parties prenantes aux discussions de certains points de l'ordre du jour.	für invasive gebietsfremde Arten; 3° die Aufsicht über die allgemeine Funktion des Nationalen Wissenschaftssekretariats für invasive gebietsfremde Arten gemäß Artikel 7, § 3; 4° die Verfahren für die Teilnahme interessierter Parteien an der Besprechung bestimmter Punkte der Tagesordnung.
Chapitre 2 : Le Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes	Kapitel 2 : Der Nationale Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten
<i>Section 1 : Mission et Composition</i>	<i>Abteilung 1 : Aufgaben und Zusammensetzung</i>
Art. 11. § 1^{er}. Le Conseil scientifique national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Conseil scientifique national, est chargé de fournir au Comité un avis scientifique sur toute demande en lien avec l'exécution des tâches à coordonner visées à l'article 7, § 2, à l'exception de l'article 7, § 2, 12° littera a) et 14°. A la demande du Comité ou de sa propre initiative, le Conseil peut formuler un avis sur : 1° la restauration des écosystèmes endommagés; 2° l'application des mesures transitoires visées aux articles 31 et 32 du Règlement EEE; 3° tout autre question d'ordre scientifique concernant les espèces exotiques envahissantes.	Art. 11. § 1. Der Nationale Wissenschaftsrat für invasive gebietsfremde Arten, im Folgenden der „Nationale Wissenschaftsrat“, hat die Aufgabe, den Ausschuss wissenschaftlich zu beraten in allen Fragen, die im Zusammenhang stehen mit der Ausführung der zu koordinierenden Aufgaben gemäß Artikel 7, § 2, mit Ausnahme von Artikel 7, § 2, 12° Buchstabe a) und 14°. Auf Antrag des Ausschusses oder aus eigener Initiative kann der Nationale Wissenschaftsrat eine Empfehlung formulieren: 1° zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme; 2° zur Anwendung der Übergangsbestimmungen gemäß den Artikeln 31 und 32 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014; 3° jeder anderen Frage wissenschaftlicher Art im Zusammenhang mit invasiven gebietsfremden Arten.
§ 2. Le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes est chargé de préparer chaque projet d'avis scientifique et de le soumettre au Conseil scientifique national pour discussion et validation scientifique.	§ 2. Das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten hat die Aufgabe, jeden Entwurf einer wissenschaftlichen Empfehlung vorzubereiten und diesen dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Besprechung und wissenschaftlichen Beurteilung vorzulegen.
§ 3. Le Conseil scientifique national valide par consensus les projets d'avis visés au paragraphe 2 ainsi que toute autre information scientifique	§ 3. Der Nationale Wissenschaftsrat beurteilt die in Absatz 2 genannten Empfehlungsentwürfe und alle anderen damit

y relative qui serait soumise par le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes. A défaut, les différents points de vue scientifiques émis sont reflétés dans l'avis du Conseil scientifique national.	in Zusammenhang stehenden wissenschaftlichen Informationen, die vom Nationalen Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten vorgelegt werden, im Konsens. Bei fehlendem Konsens werden die verschiedenen formulierten wissenschaftlichen Standpunkte in die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates übernommen.
§ 4. Le Conseil scientifique national exerce sa mission en toute indépendance et neutralité.	§ 4. Der Nationale Wissenschaftsrat übt seine Aufgabe vollkommen unabhängig und neutral aus.
Art. 12. § 1er. La composition du Conseil scientifique national est fixée comme suit : 1° le président, choisi en son sein par les membres du Conseil; 2° le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, lequel assure le secrétariat administratif du conseil; 3° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein du Département de l'Etude du milieu naturel et agricole (DEMNA) du Service public de Wallonie; 4° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein de l'« Instituut voor Natuur- en Bosonderzoek (INBO) » de l'autorité flamande; 5° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée par le Service public fédéral Santé publique, Sécurité de la chaîne alimentaire et Environnement; 6° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée par Bruxelles-Environnement; 7° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein de l'Unité de gestion du modèle mathématique de la Mer du Nord de l'Institut Royal des Sciences Naturelles de Belgique pour les aspects liés aux espèces marines, ci-après UGMM;	Art. 12. § 1. Der Nationale Wissenschaftsrat setzt sich folgendermaßen zusammen: 1° der intern von den Ratsmitgliedern gewählte Vorsitzende; 2° das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten, das mit den Verwaltungsaufgaben des Rates betraut ist; 3° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb des „Département de l'Etude du milieu naturel et agricole (DEMNA)“ des wallonischen öffentlichen Dienstes; 4° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb des „Instituut voor Natuur- en Bosonderzoek (INBO)“ des flämischen öffentlichen Dienstes; 5° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb des FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt; 6° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen durch „Leefmilieu Brussel“; 7° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb des Wissenschaftlichen Dienstes „Managementeinheit für das mathematische Modell der Nordsee“ des

8° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein du « Vlaams Instituut voor de Zee » de l'autorité flamande pour les aspects liés aux espèces des estuaires et marines; 9° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein de la Plateforme belge de la Biodiversité; 10° une personne au minimum, en qualité d'expert scientifique, désignée au sein du Jardin botanique de Meise; 11° toute autre personne, en qualité d'expert scientifique, appartenant à une institution scientifique publique au niveau belge, sur proposition du Conseil scientifique national. § 2. Le Conseil scientifique national peut proposer comme observateur toute autre personne du monde scientifique académique.	Königlich Belgischen Instituts für Naturwissenschaften, für die mit marinen Arten in Zusammenhang stehenden Aspekte, im Folgenden „BMM“ genannt; 8° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb des „Vlaams Instituut voor de Zee“ der flämischen Regierung für Aspekte, die mit Arten in den Flussmündungen und den marinen Arten in Zusammenhang stehen; 9° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen innerhalb der Belgischen Biodiversitätsplattform; 10° wenigstens eine Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, angewiesen durch den „Botanischen Garten Meise“; 11° jede andere Person in der Eigenschaft eines wissenschaftlichen Sachverständigen, die einer belgischen öffentlichen wissenschaftlichen Einrichtung angehört, auf Vorschlag des Nationalen Wissenschaftsrates. § 2. Der Nationale Wissenschaftsrat kann andere Personen aus der akademischen wissenschaftlichen Welt als Stellvertreter vorschlagen.
§ 3. Un suppléant est désigné pour chacune des personnes désignées au paragraphe 1er. Ce suppléant remplace le membre effectif lorsque celui-ci est empêché.	§ 3. Für jede der in Absatz 1 angegebenen Personen wird ein Stellvertreter angewiesen. Dieser Stellvertreter vertritt das effektive Mitglied, wenn dieses verhindert ist.
§4. La durée du mandat des membres est de quatre ans. Il est renouvelable.	§4. Die Mitglieder haben ein Mandat über vier Jahre, das verlängert werden kann.
Section 2 : Fonctionnement	Abteilung 2: Funktion
Art. 13. Le Conseil scientifique national se réunit au moins trois fois par an, ainsi qu'à la demande d'un membre. Il ne siège valablement que si trois quarts de ses membres sont présents, outre le président et le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes.	Art. 13. Der Nationale Wissenschaftsrat versammelt sich wenigstens drei Mal pro Jahr sowie auf Antrag eines seiner Mitglieder. Eine Versammlung ist nur rechtsgültig, wenn neben dem Vorsitzenden und dem Nationalen Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten wenigstens Dreiviertel der

	Mitglieder anwesend sind.
Art. 14. Le Conseil scientifique national établit son règlement d'ordre intérieur dans les trois mois après l'entrée en vigueur du présent accord de coopération. Il contient au moins les éléments suivants : 1° la procédure de validation scientifique des tâches exécutées par le Secrétariat scientifique national conformément à l'article 11, §3, en ce compris une possibilité de validation scientifique par voie écrite ; 2° la procédure de remise d'avis au Comité; 3° la collaboration scientifique avec tout autre organe scientifique au niveau belge, européen ou international; 4° la possibilité de mettre en place de groupes de travail.	Art. 14. Der Nationale Wissenschaftsrat erstellt seine Geschäftsordnung innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Kooperationsabkommens. Diese umfasst die folgenden Elemente: 1° das wissenschaftliche Beurteilungsverfahren in Bezug auf die vom Nationalen Wissenschaftssekretariat ausgeführten Aufgaben gemäß Artikel 11, § 3, einschließlich der Möglichkeit einer schriftlichen wissenschaftlichen Beurteilung; 2° das Verfahren zur Erteilung von Empfehlungen an den Ausschuss; 3° die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit jedem anderen wissenschaftlichen Organ auf belgischer, europäischer und internationaler Ebene; 4° die Möglichkeit zur Einrichtung von Arbeitsgruppen.
Chapitre 3 : Le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes	Kapitel 3 : Das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten
<i>Section 1 : Mission, composition et siège</i>	<i>Abteilung 1 : Aufgaben, Zusammensetzung und Sitz</i>
Art. 15. § 1^{er}. Le Secrétariat scientifique national des espèces exotiques envahissantes, ci-après Secrétariat scientifique national, est chargé de développer l'expertise scientifique nécessaire à l'exécution coordonnée visée à l'article 2, §1^{er}, 1°. Il n'exécute pas : 1° les tâches exécutées par la Plateforme belge de la Biodiversité conformément à l'article 22; 2° les tâches à effectuer sur les espèces exotiques envahissantes marines établies ou pouvant s'établir ou se propager exclusivement	Art. 15. § 1. Das Nationale Wissenschaftssekretariat für invasive gebietsfremde Arten, im Folgenden das „Nationale Wissenschaftssekretariat“ hat die Aufgabe, die notwendige wissenschaftliche Expertise für eine koordinierte Ausführung gemäß Artikel 2, §1, 1° aufzubauen. Es ist betraut mit der Ausführung: 1° der in Artikel 22 genannten Aufgaben, die von der Belgischen Biodiversitätsplattform ausgeführt werden; 2° der Aufgaben, die in Bezug auf die invasiven gebietsfremden marinen Arten ausgeführt werden müssen, die ausschließlich in den

dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique. Ces tâches sont exécutées par l'UGMM.	belgischen Meeresgebieten vorkommen oder vorkommen könnten oder sich dort ausbreiten könnten. Diese Aufgaben werden vom BMM wahrgenommen.
§2. Le Secrétariat scientifique national a pour tâche de :	§2. Das Nationale Wissenschaftssekretariat hat die folgenden Aufgaben:
1° préparer l'élaboration des avis scientifiques nécessaires à la mise en œuvre des tâches coordonnées conformément à l'article 11, § 2;	1° die Vorbereitung der Ausarbeitung der für die Ausführung der koordinierten Aufgaben notwendigen wissenschaftlichen Empfehlungen gemäß Artikel 11, § 2;
2° soutenir les opérations de contrôles en aidant à identifier les espèces contrôlées ainsi qu'en organisant des sessions d'information au profit des personnes habilitées à opérer le contrôle et la surveillance conformément aux législations des parties;	2° die Unterstützung der Kontrollaktivitäten durch die Unterstützung der Erfassung der kontrollierten Arten und durch die Organisation von Informationsveranstaltungen für Personen, die gemäß den Gesetzgebungen der Parteien zur Ausübung der Kontrolle und Aufsicht ermächtigt sind;
3° identifier les bonnes pratiques de contrôle et de gestion, en ce compris une analyse coûts-bénéfices en vue de prendre une décision relative à l'éradication, au contrôle ou au confinement des espèces;	3° die Ausarbeitung guter Kontroll- und Managementpraktiken, einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse hinsichtlich der Beschlussfassung im Zusammenhang mit der Beseitigung, der Kontrolle oder der Eindämmung der Arten;
4° évaluer l'efficacité des mesures d'éradication, de contrôles et de confinement;	4° die Evaluierung der Wirksamkeit der Kontroll-, Beseitigungs- und Eindämmungsmaßnahmen;
5° développer les aspects scientifiques liés à l'élaboration du plan d'action national visé à l'article 13 du Règlement EEE, en ce compris l'analyse des voies d'introduction potentielles des espèces exotiques envahissantes visées par le présent accord;	5° die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Aspekte im Zusammenhang mit der Aufstellung des nationalen Aktionsplans gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, einschließlich der Analyse der potenziellen Pfade der invasiven gebietsfremden Arten gemäß diesem Abkommen;
6° coordonner les systèmes de surveillance mis en place par les autorités compétentes relatifs aux espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union;	6° die Koordination der von den verantwortlichen Behörden eingeführten Überwachungssysteme für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung;
7° coordonner l'élaboration du rapport belge de mise en œuvre du Règlement EEE;	7° die Koordinierung der Ausarbeitung des belgischen Umsetzungsberichts der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014;
8° développer, actualiser et maintenir un site	8° die Ausarbeitung, Aktualisierung und Pflege

web portail relatif à la mise en œuvre coordonnée du Règlement EEE en Belgique; 9° appuyer au niveau scientifique le représentant belge au Forum européen visé à l'article 7, §2, 12°, littera b); 10° formuler un avis au Conseil scientifique national d'initiative ou sur toute demande que le conseil formulera; 11° assurer les tâches de secrétariat administratif du Conseil scientifique national ; 12° établir les fiches d'identification relatives aux espèces exotiques envahissantes visées à l'article 37 du présent accord; 13° établir les évaluations de risques visées aux articles 26 et 33 du présent accord et le document apportant la preuve que les critères fixés à l'article 4.3 du Règlement EEE sont remplis pour les espèces évaluées; 14° toute autre tâche scientifique qui lui serait confiée par le Comité.	einer Portalwebsite zur koordinierten Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 in Belgien; 9° die wissenschaftliche Unterstützung des belgischen Vertreters im in Artikel 7, §2, 12°, Buchstabe b) genannten Europäischen Forum; 10° die Formulierung einer Empfehlung an den Nationalen Wissenschaftsrat auf eigene Initiative oder auf Antrag des Rates; 11° die Ausführung der Aufgaben als Verwaltungssekretariat des Nationalen Wissenschaftsrates; 12° die Aufstellung der Identifikationsblätter der invasiven gebietsfremden Arten gemäß Artikel 37 des vorliegenden Abkommens; 13° die Ausarbeitung der Risikobeurteilungen gemäß den Artikeln 26 und 33 des vorliegenden Abkommens und des Dokuments, das bescheinigt, dass die in Artikel 4, Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Kriterien für die beurteilten Arten erfüllt sind; 14° jede andere vom Ausschuss übertragene wissenschaftliche Aufgabe.
Art. 16. §1er. Le Secrétariat scientifique national est composé au minimum de deux équivalents temps plein engagés par les autorités compétentes visées à l'article 8, § 1^{er}, 2° à 5°. §2. Le Secrétariat scientifique national est établi dans les locaux de l'Institut Royal des Sciences naturelles de Belgique actant comme institution hôte, conformément à la décision de la Conférence interministérielle de l'Environnement élargie à la politique scientifique du 28 avril 2016 et ce, pour une période de quatre ans, renouvelable, à partir de l'entrée en vigueur de l'accord de coopération. §3. Les modalités d'exécution des paragraphes 1 et 2 sont fixées dans un accord de coopération	Art. 16. §1. Das Nationale Wissenschaftssekretariat setzt sich zusammen aus wenigstens zwei Vollzeitbeschäftigten, angeworben durch die in Artikel 8, § 1, 2° bis einschließlich 5° genannten verantwortlichen Behörden. §2. Das Nationale Wissenschaftssekretariat hat seinen Sitz in den Räumen des Königlich Belgischen Instituts für Naturwissenschaften, das als Gasteinrichtung auftritt, gemäß dem Beschluss angenommen von der Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ erweitert auf „Wissenschaftspolitik“ vom 28. April 2016, und zwar für einen verlängerbaren Zeitraum von vier Jahren, der ab dem Inkrafttreten des Kooperationsabkommens läuft. §3. Ein ausführender Kooperationsvertrag legt die Ausführungsmodalitäten für die Absätze 1

d'exécution.	und 2 fest.
Art. 17. La gestion journalière du Secrétariat scientifique national est assurée par l'institution hôte visée à l'article 16, §2. Elle rapporte annuellement au Comité l'exécution de la gestion journalière au plus tard pour le 15 décembre de l'année en cours.	Art. 17. Die tägliche Verwaltung des Nationalen Wissenschaftssekretariats wird durch die in Artikel 16, § 2 genannte Gasteinrichtung gewährleistet. Diese berichtet jährlich und spätestens am 15. Dezember des laufenden Jahres an den Ausschuss über die Ausführung der täglichen Verwaltung.
Section 2 : Fonctionnement	Abteilung 2 : Funktion
Art. 18. §1er. Le Secrétariat scientifique national établit conjointement avec le Comité une proposition de programme de travail et une estimation de son budget annuel de fonctionnement. §2. Le Comité soumet le programme de travail pour adoption à la CIE au plus tard le 30 janvier de l'année en cours, après avoir consulté au préalable le Conseil scientifique national. Le premier programme de travail est soumis au plus tard trois mois après l'entrée en fonction des deux équivalents temps plein engagés conformément à l'article 16, §1er. Le programme de travail approuvé par la CIE est transmis par le Comité pour information au Conseil scientifique national. §3. Le Comité soumet l'estimation budgétaire visée au paragraphe 1er pour adoption à la CIE au cours du troisième trimestre de l'année précédant l'exercice budgétaire concerné. §4. Sur proposition conjointe du Secrétariat scientifique national et du Comité, la CIE peut modifier le budget de fonctionnement annuel du Secrétariat scientifique national au cours de l'exercice budgétaire concerné. Art. 19. Le Secrétariat scientifique national établit chaque année son rapport d'activités qui comprend un volet sur l'utilisation du budget annuel de fonctionnement. Il le soumet pour	Art. 18. § 1. Das Nationale Wissenschaftssekretariat erstellt gemeinsam mit dem Ausschuss einen Entwurf des Arbeitsprogramms und eine Veranschlagung seines jährlichen Arbeitsbudgets. §2. Der Ausschuss legt das Arbeitsprogramm nach vorheriger Rücksprache mit dem Nationalen Wissenschaftsrat spätestens am 30. Januar des laufenden Jahres der IKU zur Genehmigung vor. Das erste Arbeitsprogramm wird spätestens drei Monate nach Beschäftigungsbeginn der beiden gemäß Artikel 16, § 1 angeworbenen Vollzeitkräfte vorgelegt. Das von der IKU genehmigte Arbeitsprogramm wird der Ausschuss dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Kenntnisnahme vorlegen. §3. Der Ausschuss legt die Veranschlagung des Arbeitsbudgets gemäß Absatz 1 im Laufe des dritten Quartals des Jahres, das dem betreffenden Haushaltsjahr vorhergeht, der IKU zur Genehmigung vor. §4. Auf gemeinsamen Vorschlag des Nationalen Wissenschaftsrates und des Ausschusses kann die IKU das jährliche Arbeitsbudget des Nationalen Wissenschaftssekretariats im Laufe des betreffenden Haushaltsjahres ändern. Art. 19. Das Nationale Wissenschaftssekretariat erstellt in jedem Jahr seinen Tätigkeitsbericht, in dem die Verwendung des jährlichen Arbeitsbudgets ausgewiesen ist, und legt diesen

approbation au Comité au plus tard le 15 décembre de l'année en cours, après avoir consulté au préalable le Conseil scientifique national. Le rapport d'activité approuvé est transmis pour information par le Comité au Conseil scientifique national.	nach vorheriger Rücksprache mit dem Nationalen Wissenschaftsrat spätestens am 15. Dezember des laufenden Jahres dem Ausschuss zur Genehmigung vor. Der Ausschuss wird den genehmigten Tätigkeitsbericht dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Kenntnisnahme vorlegen.
Art. 20. §1er. Dans l'exécution de ses tâches, le Secrétariat scientifique national peut s'adjoindre l'expertise de scientifiques appartenant à d'autres institutions scientifiques nationales ou internationales. Il peut également faire appel à l'expertise scientifique du milieu académique.	Art. 20. § 1. Bei der Ausführung seiner Aufgaben kann das Nationale Wissenschaftssekretariat auf die Expertise der Wissenschaftler aus anderen nationalen oder internationalen wissenschaftlichen Einrichtungen zurückgreifen. Es kann ebenfalls auf die wissenschaftliche Expertise der akademischen Welt zurückgreifen.
§ 2. Dans l'exécution de ses tâches, le Secrétariat national scientifique collabore régulièrement avec l'UGMM et avec la Plateforme belge de la Biodiversité ainsi qu'avec toute autre institution scientifique concernée.	§ 2. Bei der Ausführung seiner Aufgaben arbeitet das Nationale Wissenschaftssekretariat regelmäßig mit dem BMM und der Belgischen Biodiversitätsplattform und jeder anderen beteiligten wissenschaftlichen Einrichtung zusammen.
Section 3 : La Conférence interministérielle de l'Environnement	Abteilung 3 : Die Interministerielle Konferenz „Umwelt“
Art. 21. §1er. Le Comité soumet pour adoption à la CIE : - l'inscription ou le retrait d'espèces exotiques envahissantes de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union conformément à l'article 7, §2, 1°; - sur demande initiale d'une partie, l'inscription d'espèces exotiques envahissantes ou leur retrait de la liste nationale conformément à l'article 7, §2, 8°; - la liste des membres désignés du Comité, conformément à l'article 8, §3, en ce compris en cas de modification; - annuellement, le projet de programme de travail du Secrétariat scientifique national visé à l'article 18, §1er; - une estimation du budget annuel de fonctionnement du Secrétariat scientifique national conformément à l'article 18, §1er ainsi que toute modification au cours de l'exercice budgétaire concerné conformément à l'article	Art. 21. § 1. Der Ausschuss legt der IKU zur Genehmigung vor: - die Aufnahme oder Streichung invasiver gebietsfremder Arten aus der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung gemäß Artikel 7, §2, 1°; - auf ersten Antrag einer Partei, die Aufnahme oder Streichung invasiver gebietsfremder Arten aus der nationalen Liste gemäß Artikel 7, §2, 8°; - die Liste der angewiesenen Mitglieder des Ausschusses gemäß Artikel 8, § 3 sowie jede Änderung davon; - den jährlichen Arbeitsprogrammewurf des Nationalen Wissenschaftssekretariats gemäß Artikel 18, §1; - eine Veranschlagung des jährlichen Arbeitsbudgets des Nationalen Wissenschaftssekretariats gemäß Artikel 18, § 1 sowie jede Änderung im Laufe des betreffenden



18, §2 ; -annuellement, le rapport d'activités visé à l'article 19 ; - le projet de plan d'action national et le projet final de plan d'action national conformément à l'article 40. §2. Le Comité soumet pour décision à la CIE tout point de discussion pour lequel un consensus n'est pas atteint conformément à l'article 9, §2. § 3. Le Comité rapporte annuellement à la CIE, sur base du rapport d'activité visé à l'article 19, l'évaluation qu'il fait de : 1° l'exécution des tâches du Secrétariat scientifique national au regard du programme de travail; 2° l'utilisation des moyens de fonctionnement au cours de l'année écoulée.	Haushaltsjahres gemäß Artikel 18, §2; - den in Artikel 19 genannten jährlichen Tätigkeitsbericht; - den Entwurf des nationalen Aktionsplans und den endgültigen Entwurf des nationalen Aktionsplans gemäß Artikel 40. §2. Der Ausschuss legt der IKU gemäß Artikel 9, § 2 alle Diskussionspunkte zur Beschlussfassung vor, über die kein Konsens erzielt wurde. § 3. Der Ausschuss berichtet jährlich an die IKU und auf der Grundlage des in Artikel 19 genannten Tätigkeitsberichts über die vom Ausschuss vorgenommene Evaluierung im Zusammenhang mit: 1° der Ausführung der Aufgaben des Nationalen Wissenschaftssekretariats hinsichtlich des Arbeitsprogramms; 2° der Verwendung der Arbeitsmittel während des abgelaufenen Jahres.
Section 4 : La Plateforme belge de la Biodiversité	Abteilung 4 : Die Belgische Biodiversitätsplattform
Art. 22. La Plateforme belge de la Biodiversité est chargée, conformément aux missions scientifiques qui lui sont confiées dans le cadre de l'accord de coopération du 22 janvier 2016 concernant le soutien au développement, à la mise en œuvre et à la gestion de la Plateforme belge de la Biodiversité, de développer l'expertise scientifique suivante en matière d'espèces exotiques envahissantes: 1° développer et maintenir la coopération et le travail en réseau au sein de la communauté scientifique belge et étrangère active dans le secteur des espèces exotiques envahissantes, ainsi qu'avec les institutions visées à l'article 6, paragraphe 1er; 2° développer, actualiser et maintenir un système national d'information scientifique des espèces exotiques envahissantes; 3° développer les outils nécessaires à l'établissement de listes d'espèces exotiques envahissantes;	Art. 22. Die Belgische Biodiversitätsplattform ist gemäß den ihr anvertrauten wissenschaftlichen Aufgaben im Rahmen des Kooperationsabkommens vom 22. Januar 2016 über die Unterstützung der Entwicklung, Ausführung und Verwaltung der Belgischen Biodiversitätsplattform mit dem Aufbau der folgenden wissenschaftlichen Expertise in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten betraut: 1° Ausbau und Pflege der Zusammenarbeit und des Networking innerhalb der belgischen und ausländischen Wissenschaftsgemeinschaft, die auf dem Gebiet der invasiven gebietsfremden Arten aktiv ist, sowie mit den in Artikel 6, Absatz 1 genannten Einrichtungen; 2° Entwicklung, Aktualisierung und Pflege eines nationalen Informationssystems in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten; 3° Ausarbeitung der notwendigen Instrumente zur Aufstellung von Listen über invasive gebietsfremde Arten;

4° effectuer le développement technique d'outils d'aide à la décision en matière d'espèces exotiques envahissantes comme les protocoles d'analyse de risque. Art. 23. La Plateforme belge de la Biodiversité et le Secrétariat national scientifique des espèces exotiques envahissantes coopèrent régulièrement dans la mise en œuvre de leurs missions respectives concernant les espèces exotiques envahissantes. Les modalités de la procédure de collaboration sont fixées dans un accord de coopération d'exécution.	4° technische Ausarbeitung der Hilfsinstrumente zur Beschlussfassung über invasive gebietsfremde Arten sowie Risikoanalyseprotokolle. Art. 23. Die Belgische Biodiversitätsplattform und das Nationale Wissenschaftssekretariat arbeiten regelmäßig bei der Ausführung ihrer jeweiligen Aufgaben in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten zusammen. Ein ausführendes Kooperationsabkommen legt die Modalitäten der Zusammenarbeit fest.
TITRE IV. – Liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, permis, liste nationale et fiches d'identification relatives aux espèces exotiques envahissantes	TITEL IV. – Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung, Genehmigungen, nationale Liste und Identifikationsblatt der invasiven gebietsfremden Arten
Chapitre 1er : Liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union	Kapitel 1 : Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung
<i>Section 1 : La Commission européenne ou un Etat membre comme demandeur pour lister une espèce</i>	<i>Abteilung 1 : Die Europäische Kommission oder ein Mitgliedstaat beantragt die Aufnahme einer Art in die Liste</i>
Art. 24. §1er. Le Comité détermine, à la demande de la Commission européenne ou d'un Etat membre et sur base de l'analyse des risques communiquée par le demandeur, la proposition de position de la Belgique sur les espèces exotiques envahissantes à ajouter ou à enlever de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union. §2. A cette fin, il saisit préalablement pour avis le Conseil scientifique national conformément à la procédure et aux délais établis dans l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10. Si le Comité se départit de l'avis du Conseil scientifique national, il motive sa décision. Si le Comité ne reçoit pas, endéans les délais	Art. 24. § 1. Auf Antrag der Europäischen Kommission oder eines Mitgliedstaates und auf der Grundlage der vom Antragsteller bereitgestellten Risikoanalyse bestimmt der Ausschuss den Entwurf des belgischen Standpunktes zu den invasiven gebietsfremden Arten, die in die Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung aufgenommen oder aus dieser gestrichen werden müssen. §2. Der Ausschuss bittet diesbezüglich zuerst den Nationalen Wissenschaftsrat um Abgabe einer Empfehlung gemäß dem im in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen bestimmten Verfahren und den dort festgelegten Fristen. Wenn der Ausschuss der Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates nicht folgt, begründet er diesen Beschluss. Wenn der Ausschuss innerhalb der gestatteten

impartis, un avis du Conseil scientifique national, la procédure continue sur base de la proposition d'avis du Secrétariat scientifique national. §3. Le Comité soumet à la CIE pour adoption la proposition de position de la Belgique sur les espèces exotiques envahissantes à ajouter ou à enlever de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union visées au paragraphe 1^{er}.	Frist keine Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates erhält, läuft das Verfahren weiter auf der Grundlage eines Empfehlungsentwurfs des Nationalen Wissenschaftssekretariats. §3. Der Ausschuss legt den Entwurf des belgischen Standpunktes über die in Absatz 1 genannten invasiven gebietsfremden Arten, die in die Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung aufgenommen bzw. daraus gestrichen werden müssen, der IKU zur Beschlussfassung vor.
Section 2 : Une partie comme demandeur pour lister une espèce	Abteilung 2 : Eine Partei beantragt die Aufnahme in die Liste
Art. 25. Lorsqu'une partie souhaite, au nom de la Belgique, faire ajouter ou retirer une espèce exotique envahissante de la liste des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union, elle envoie sa demande au Comité, laquelle contient des éléments préliminaires d'ordre scientifique en termes d'impacts sur la biodiversité, la santé humaine, la santé animale ainsi que tout autre impact pertinent, y compris l'impact économique. La procédure visée à l'article 24, §2 et 3, s'applique.	Art. 25. Wenn eine Partei im Namen Belgiens eine invasive gebietsfremde Art der Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung hinzufügen oder diese daraus streichen möchte, reicht sie einen entsprechenden Antrag beim Ausschuss ein. Dieser Antrag umfasst vorläufige Elemente wissenschaftlicher Art bezüglich des Einflusses auf die Biodiversität, die Gesundheit von Mensch und Tier und alle anderen relevanten Einflüsse, einschließlich des wirtschaftlichen Einflusses. Das in Artikel 24, § 2 und § 3 genannte Verfahren findet entsprechende Anwendung.
Art. 26. § 1er. Le Comité prend, sur base de l'avis du Conseil scientifique national, la décision d'opérer ou non une évaluation des risques de l'espèce exotique envahissante faisant l'objet de la demande visée à l'article 25, §1^{er}. Si le Comité décide de ne pas opérer d'évaluation des risques, la demande de la partie est rejetée. Le Comité motive sa décision. Si le Comité décide d'opérer l'évaluation des risques, le Secrétariat scientifique national établit cette évaluation ainsi que le document comprenant la preuve que les critères fixés à l'article 4, paragraphe 3, du Règlement EEE sont remplis. Cette évaluation des risques est	Art. 26. § 1. Der Ausschuss beschließt auf der Grundlage der Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates, gegebenenfalls eine Risikobeurteilung bezüglich der invasiven gebietsfremden Art durchführen zu lassen, auf die sich der in Artikel 25, § 1 genannte Antrag bezieht. Wenn der Ausschuss beschließt, keine Risikobeurteilung ausführen zu lassen, wird der Antrag der Partei abgelehnt. Der Ausschuss begründet seinen Beschluss. Wenn der Ausschuss beschließt, eine Risikobeurteilung auszuführen, wird diese vom Nationalen Wissenschaftssekretariat ausgeführt, das auch das Dokument aufsetzt, aus dem hervorgeht, dass die in Artikel 4, Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten

validée par le Conseil scientifique national conformément à l'article 11, paragraphe 3.	Kriterien erfüllt sind. Diese Risikobeurteilung wird vom Nationalen Wissenschaftsrat gemäß Artikel 11, Absatz 3 beurteilt.
§ 2. Le Comité décide, sur base notamment des résultats de l'évaluation des risques, de soumettre ou de ne pas soumettre à la Commission européenne une demande officielle de la Belgique pour lister ou retirer l'espèce exotique envahissante qui a fait l'objet de l'évaluation des risques visée au paragraphe 1. Le Comité motive sa décision. La demande officielle pour lister ou retirer l'espèce contient les éléments fixés à l'article 4, paragraphe 3 du Règlement EEE.	§ 2. Der Ausschuss beschließt, insbesondere auf der Grundlage der Ergebnisse der Risikobeurteilung, einen offiziellen Antrag Belgiens, die invasive gebietsfremde Art, auf die sich die in Absatz 1 genannte Risikobeurteilung bezieht, in die Liste aufzunehmen oder diese daraus zu streichen, bei der Europäischen Kommission einzureichen. Der Ausschuss begründet seinen Beschluss. Der offizielle Antrag, die Art in die Liste aufzunehmen oder sie daraus zu streichen, enthält die in Artikel 4, Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Elemente.
Chapitre 2 : Permis	Kapitel 2 : Genehmigungen
<i>Section 1 : Permis au sens de l'article 8 du Règlement EEE</i>	<i>Abteilung 1 : Genehmigung im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014</i>
Art. 27. §1er. Toute demande de permis au sens de l'article 8 du Règlement EEE reçue par une autorité compétente est immédiatement notifiée pour information au Comité.	Art. 27. § 1. Jeder Genehmigungsantrag im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, der von einer verantwortlichen Behörde erhalten wird, wird unverzüglich dem Ausschuss zur Kenntnisnahme weitergeleitet.
Art. 28. §1er. Lorsque plusieurs demandes de permis, visées à l'article 27 et portant sur la même espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, sont conjointement faites par un même demandeur auprès de plusieurs autorités compétentes afin de permettre des travaux de recherche, une conservation ex situ ou l'amélioration de la santé humaine, une coordination est organisée au sein du Comité conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10.	Art. 28. § 1. Wenn zu Untersuchungszwecken, ex situ zum Erhalt oder zur Förderung der menschlichen Gesundheit, mehrere Anträge auf Genehmigungen, die sich auf dieselbe invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung beziehen, vom selben Antragsteller gleichzeitig bei mehreren verantwortlichen Behörden eingereicht wurden, wird gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen innerhalb des Ausschusses koordiniert.
L'avis du Conseil national scientifique est préalablement requis conformément à l'article 11, § 1er.	Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist gemäß Artikel 11, § 1 vorab vorgeschrieben.
§ 2. Lorsqu'il est établi que plusieurs demandes de permis visées à l'article 27 sont manifestement interconnectées, le paragraphe 1 s'applique.	§ 2. Wenn feststeht, dass mehrere Genehmigungsanträge gemäß Artikel 27 eindeutig miteinander in Zusammenhang stehen, findet Absatz 1 Anwendung.

La connexion entre plusieurs demandes de permis s'établit notamment au vu du nombre et du type de spécimens identiques concernant une même espèce exotique envahissante.	Der Zusammenhang zwischen mehreren Genehmigungsanträgen wird unter anderem auf der Grundlage der Anzahl und der Art identischer Exemplare derselben invasiven gebietsfremden Art bestimmt.
§ 4. En cas d'avis positif du Comité, et sous réserve du respect des conditions visées à l'article 8.2 et 8.3 du Règlement EEE, les autorités compétentes concernées, chacune pour ce qui les concerne, délivrent les permis conformément à leur législation. Elles en informent le Comité dans les plus brefs délais. Chaque autorité compétente concernée rend, dans les meilleurs délais, accessibles au public via internet les informations requises à l'article 8.7 du Règlement EEE. § 5. En cas d'avis négatif du Comité, les autorités compétentes concernées ne délivrent pas conformément à leur législation les permis demandés et indiquent les motifs de refus ainsi que les voies de recours applicables. Elles en informent le Comité dans les plus brefs délais.	§ 4. Im Falle einer positiven Empfehlung des Ausschusses und unter Vorbehalt der Erfüllung der in Artikel 8.2 und 8.3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Bedingungen erteilen die betreffenden verantwortlichen Behörden die Genehmigungen in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung. Sie setzen den Ausschuss so schnell wie möglich hierüber in Kenntnis. Jede beteiligte verantwortliche Behörde macht die in Artikel 8.7 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 genannten Informationen so schnell wie möglich der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich. § 5. Im Falle einer negativen Empfehlung des Ausschusses erteilen die betreffenden verantwortlichen Behörden die Genehmigungen in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung nicht und nennen sie die Gründe für die Ablehnung und die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel. Sie setzen den Ausschuss so schnell wie möglich hierüber in Kenntnis.
Art. 29. En cas de situation justifiant le retrait ou la suspension d'un permis octroyé conformément à l'article 28 par l'une des autorités compétentes, cette dernière en informe immédiatement le Comité qui organise une coordination conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10 pour déterminer si la procédure de retrait doit concerner les autres permis octroyés. En cas d'avis positif du Comité pour retirer ou suspendre un ou plusieurs autres permis et sous réserve du respect des conditions visées à l'article 8.2 et 8.3 du Règlement EEE, les autorités compétentes concernées, chacune pour ce qui les concerne, entament conformément à leur législation la procédure de retrait du permis qu'elles ont octroyé. Elles indiquent les motifs du retrait ou de la	Art. 29 Im Falle einer Situation, in der die Einziehung oder Aussetzung einer in Übereinstimmung mit Artikel 28 erteilten Genehmigung durch eine der verantwortlichen Behörden gerechtfertigt ist, setzt die betreffende Behörde den Ausschuss, der die Koordination gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen organisiert, unverzüglich darüber in Kenntnis, um zu bestimmen, ob sich das Einziehungsverfahren auch auf die anderen erteilten Genehmigungen beziehen muss. Im Falle einer positiven Empfehlung des Ausschusses, eine oder mehrere Genehmigungen einzuziehen oder auszusetzen, und unter Vorbehalt der Erfüllung der in Artikel 8.2 und 8.3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Bedingungen leiten die betreffenden verantwortlichen Behörden in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung das

suspension ainsi que les voies de recours applicable. Elles en informent le Comité dans les plus brefs délais.	Verfahren zur Einziehung der von ihnen erteilten Genehmigungen ein. Sie nennen den Grund für die Einziehung oder Aussetzung sowie die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel. Sie setzen den Ausschuss so schnell wie möglich hierüber in Kenntnis.
Section 2 : Permis au sens de l'article 9 du Règlement EEE exigeant une autorisation préalable de la Commission européenne	Abteilung 2: Zulassungen im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, wobei eine vorhergehende Zulassung durch die Europäische Kommission erforderlich ist
Art. 30. Toute demande de permis au sens de l'article 9 du Règlement EEE reçue par une autorité compétente est immédiatement notifiée pour information au Comité.	Art. 30 Jeder Zulassungsantrag im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, der von einer verantwortlichen Behörde erhalten wird, wird unverzüglich dem Ausschuss zur Kenntnisnahme weitergeleitet.
Art. 31. §1 ^{er} . Lorsque plusieurs demandes de permis, visées à l'article 30 et portant sur la même espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, sont faites conjointement par un même demandeur auprès de plusieurs autorités compétentes, une coordination est mise en place au sein du Comité conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10. Le Comité examine si la demande respecte les critères relatifs à l'existence d'un intérêt public majeur, y compris de nature sociale ou économique, prévus à l'article 9.1 du Règlement EEE. L'avis du Conseil national scientifique est préalablement requis conformément à l'article 11, §1 ^{er} .	Art. 31. § 1. Wenn mehrere Zulassungsanträge gemäß Artikel 30, die sich auf dieselbe invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung beziehen, vom selben Antragsteller gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 gleichzeitig bei mehreren verantwortlichen Behörden eingereicht wurden, wird gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen innerhalb des Ausschusses koordiniert. Der Ausschuss untersucht, ob der Antrag die Kriterien in Bezug auf das Bestehen eines zwingenden öffentlichen Interesses, unter anderem gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Art, die in Artikel 9.1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannt sind, erfüllt. Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist gemäß Artikel 11, § 1 vorab vorgeschrieben.
§ 2. En cas d'avis positif du Comité, chaque autorité compétente concernée soumet, de manière coordonnée et conformément à sa législation, la demande d'autorisation au moyen	§ 2. Im Falle einer positiven Empfehlung des Ausschusses, reicht jede beteiligte verantwortliche Behörde auf koordinierte Weise und in Übereinstimmung mit ihrer

du système établi par la Commission européenne figurant à l'article 9.2 du Règlement EEE.	Gesetzgebung den Zulassungsantrag ein mittels des von der Europäischen Kommission eingerichteten Systems, das in Artikel 9.2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 beschrieben ist.
§ 3. En cas d'avis négatif du Comité, les autorités compétentes concernées notifient au demandeur, conformément à leur législation, que sa demande de permis au sens de l'article 9 du Règlement EEE est refusée et ne sera pas introduite dans le système d'autorisation visé au paragraphe 2. Elles indiquent les motifs de refus ainsi que les voies de recours applicables.	§ 3. Im Falle einer negativen Empfehlung des Ausschusses, setzen die verantwortlichen Behörden den Antragsteller gemäß ihrer Gesetzgebung darüber in Kenntnis, dass der Antrag auf eine Zulassung im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 abgelehnt wurde und nicht über das in Absatz 2 genannte System eingereicht werden wird. Sie nennen den Grund für die Ablehnung sowie die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel.
§ 4. Sous réserve de l'octroi de l'autorisation par la Commission européenne conformément à l'article 9 du Règlement EEE et du respect des conditions visées à l'article 8.2 et 8.3 du règlement, les autorités compétentes concernées délivrent, chacune pour ce qui les concerne et conformément à leur législation, les permis requis. Ces permis comportent l'ensemble des dispositions figurant dans l'autorisation délivrée par la Commission européenne. Les autorités compétentes concernées en informent sans délais le Comité.	§ 4. Unter Vorbehalt der Zuweisung der Zulassung durch die Europäische Kommission gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 und der Erfüllung der Bedingungen in den Artikeln 8.2 und 8.3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 erteilen die beteiligten verantwortlichen Behörden, jeweils in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung, die beantragten Zulassungen. Diese Zulassungen enthalten alle Bestimmungen, die in der von der Europäischen Kommission erteilten Zulassung enthalten sind. Die verantwortlichen Behörden setzen den Ausschuss unverzüglich hierüber in Kenntnis.
Chapitre 3 : Liste nationale	Kapitel 3 : Nationale Liste
Art. 32. Les parties peuvent adopter une liste nationale d'espèces exotiques envahissantes sous la forme d'un accord de coopération d'exécution.	Art. 32. Die Parteien können eine nationale Liste der invasiven gebietsfremden Arten in Form eines ausführenden Kooperationsabkommens annehmen.
Art. 33. La partie qui souhaite proposer l'ajout ou le retrait d'une espèce exotique envahissante de la liste nationale saisit préalablement le Comité via l'autorité compétente qui la représente. La demande contient une évaluation des risques conformément à l'article 5.1 a), b), c), d), f), g) et h) du Règlement EEE ainsi qu'une courte description des mesures de prévention et de gestion jugées efficaces pour réduire la dispersion et l'impact de l'espèce exotique envahissante.	Art. 33. Die Partei, die vorschlagen möchte, eine invasive gebietsfremde Art in die nationale Liste aufzunehmen oder diese daraus zu streichen, wendet sich vorab über die verantwortliche Behörde, die sie vertritt, an den Ausschuss. Der Antrag enthält eine Risikobeurteilung gemäß Artikel 5.1 a), b), c), d), f), g) und h) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 sowie eine kurze Beschreibung der Präventions- und Managementmaßnahmen, die für wirksam befunden werden, die Ausbreitung und den Einfluss der invasiven gebietsfremden Art zu beschränken.

La procédure établie dans l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10 s'applique.	Das im in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen bestimmte Verfahren findet entsprechende Anwendung.
Art. 34. §1^{er}. Le Comité transmet pour avis l'évaluation des risques au Conseil scientifique national. La procédure établie dans l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10, 2^o s'applique. § 2. Le Comité décide d'ajouter ou de retirer l'espèce proposée de la liste nationale. Il motive sa décision et en informe sans délais le Conseil scientifique national. § 3. Conformément à la décision prise en vertu du paragraphe 2, le Comité propose à la CIE d'inscrire ou de retirer l'espèce exotique envahissante proposée par une partie.	Art. 34. § 1. Der Ausschuss leitet die Risikobeurteilung zur Empfehlung an den Nationalen Wissenschaftsrat weiter. Das im in Artikel 10, 2^o genannten ausführenden Kooperationsabkommen bestimmte Verfahren findet entsprechende Anwendung. § 2. Der Ausschuss beschließt, die vorgeschlagene Art in die nationale Liste aufzunehmen oder diese daraus zu streichen. Er begründet seinen Beschluss und setzt den Nationalen Wissenschaftsrat unverzüglich darüber in Kenntnis. § 3. Gemäß dem Beschluss aufgrund von Absatz 2 schlägt der Ausschuss der IKU vor, die von einer Partei vorgeschlagene invasive gebietsfremde Art in die nationale Liste aufzunehmen oder diese daraus zu streichen.
Section 3 : Restrictions et autres mesures applicables à la liste nationale	Abteilung 3 : Beschränkungen und andere Maßnahmen, die auf die nationale Liste anwendbar sind
Art. 35. §1^{er}. Les mesures visées à l'article 7.1, 8 et 9 du Règlement EEE sont applicables à la liste nationale. Chaque autorité compétente décide s'il y a lieu d'appliquer sur son territoire ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, les mesures visées aux articles 13 à 17, 19 et 20 du Règlement EEE. Elle en informe le Comité conformément à l'article 1, §3. § 3. Les dispositions prévues aux articles 27 et 28 du présent accord et les articles 30 et 31 du Règlement EEE s'appliquent également aux espèces exotiques envahissantes de la liste nationale.	Art. 35. § 1. Die in Artikel 7.1, 8 und 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Maßnahmen sind auf die nationale Liste anwendbar. Jede verantwortliche Behörde beschließt, ob die in Artikel 7.1 b), c), g), h) und 8, 13 bis 17, 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Maßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet oder den belgischen Meeresgebieten angewendet werden müssen, und setzt den Ausschuss gemäß Artikel 1, § 3 darüber in Kenntnis. § 3. Die Bestimmungen aus den Artikeln 27 und 28 des vorliegenden Abkommens und die Artikel 30 und 31 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 finden ebenfalls Anwendung auf die invasiven gebietsfremden Arten aus der nationalen Liste.



Section 4 : Notification	Abteilung 4 : Mitteilung
Art. 36. Les autorités compétentes notifient de manière coordonnée la liste nationale visée à l'article 32 et les mesures visées à l'article 35, paragraphe 1er qui s'y appliquent : 1° à l'Organisation mondiale du Commerce; 2° à la Commission européenne et aux Etats membres via la Représentation Permanente de la Belgique auprès de l'Union européenne.	§4. Die verantwortlichen Behörden teilen auf koordinierte Weise die in Artikel 32 genannte nationale Liste und die in Artikel 35, Absatz 1 genannten Maßnahmen, die darauf anwendbar sind, mit an: 1° die Welthandelsorganisation; 2° die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten über die ständige Vertretung Belgiens in der Europäischen Union.
Chapitre 4: Fiches d'identification relatives aux espèces exotiques envahissantes	Kapitel 4 : Datenblätter der invasiven gebietsfremden Arten
Art. 37. Le Secrétariat scientifique national établit une fiche d'identification pour chaque espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union et chaque espèce exotique envahissante de la liste nationale, sauf pour les espèces marines dont la fiche est établie sur le même canevas par l'UGMM conformément à l'article 15, paragraphe 1er, 2°. Il établit cette fiche dès que le Comité a décidé favorablement de lister au niveau européen ou au niveau national une espèce exotique envahissante, conformément aux articles 24, paragraphe 2 et 34, paragraphe 2. Elle comprend notamment les données relatives à : 1° son statut biologique; 2° sa présence et sa répartition sur le territoire belge ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique; 3° ses données d'occurrence connues en Belgique; 4° les menaces éventuelles que présentent ces espèces pour les parties et les Etats membres voisins; 5° les mesures d'éradication à prendre conformément à l'article 17 du Règlement EEE ; 6° la possibilité de demander une dérogation en	Art. 37. Das Nationale Wissenschaftssekretariat erstellt ein Identifikationsblatt für jede invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung und für jede invasive gebietsfremde Art in der nationalen Liste, mit Ausnahme der marinen Arten, für die die Identifikationsblätter nach demselben Muster gemäß Artikel 15, Absatz 1, 2° vom BMM erstellt werden. Das Identifikationsblatt wird erstellt, sobald der Ausschuss beschlossen hat, eine invasive gebietsfremde Art auf europäischer oder nationaler Ebene gemäß Artikel 24, Absatz 2 und Artikel 34, Absatz 2 in die Liste aufzunehmen. Dieses Identifikationsblatt enthält insbesondere Daten im Zusammenhang mit: 1° dem biologischen Status; 2° der Anwesenheit und der Ausbreitung auf belgischem Hoheitsgebiet oder in den belgischen Meeresgebieten; 3° den bekannten Vorkommen in Belgien; 4° der eventuellen Bedrohung, die diese Arten für die Parteien und die Nachbarländer darstellen; 5° die Beseitigungsmaßnahmen, die gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 ergriffen werden müssen; 6° der Möglichkeit, eine Ausnahme zu beantragen aufgrund von Artikel 18 der

vertu de l'article 18 du Règlement EEE; 7° les mesures de contrôle et de confinement à prendre au cas où aucune mesure d'éradication ne serait prise conformément à l'article 18.4 du Règlement EEE, si applicable; 8° les mesures de gestion à prendre conformément à l'article 19 du Règlement EEE; 9° les mesures de restauration appropriées à prendre conformément à l'article 20 du Règlement EEE.	Verordnung (EU) Nr. 1143/2016; 7° den Kontroll- und Eindämmungsmaßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn keine Beseitigungsmaßnahmen gemäß Artikel 18.4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 ergriffen werden; 8° den Managementmaßnahmen, die gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 ergriffen werden müssen; 9° den passenden Wiederherstellungsmaßnahmen, die gemäß Artikel 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 ergriffen werden müssen;
§ 2. Le Conseil scientifique national valide la fiche visée au paragraphe 1er conformément à l'article 11, § 3.	§ 2. Der Nationale Wissenschaftsrat genehmigt das in Absatz 1 genannte Datenblatt gemäß Artikel 11, § 3.
TITRE V. – Mesures d'urgence	TITEL V. – Dringlichkeitsmaßnahmen
Art. 38. §1er. Lorsqu'une autorité compétente dispose d'éléments de preuve indiquant la présence ou un risque imminent d'introduction sur le territoire belge ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique d'une espèce exotique envahissante qui ne figure pas sur la liste de l'Union mais qui, sur la base de preuves scientifiques préliminaires, est susceptible de remplir les critères pour être qualifiée d'espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, elle le notifie sans délai au Comité. Le Comité évalue, conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10, la nécessité de fixer des objectifs communs pour les mesures d'urgence à prendre par chacune des autorités compétentes concernées et le cas échéant, de prendre des mesures d'urgence conjointes. L'avis du Conseil scientifique national est préalablement requis conformément à l'article 11, §1er.	Art. 38. § 1. Wenn eine verantwortliche Behörde über Beweisstücke verfügt, dass eine invasive gebietsfremde Art, die nicht in die Unionsliste aufgenommen ist, aber für die auf der Grundlage eines vorläufigen wissenschaftlichen Beweises festgestellt werden kann, dass die Art wahrscheinlich die Kriterien einer invasiven gebietsfremden Art von unionsweiter Bedeutung erfüllt, sich auf belgischem Hoheitsgebiet oder in belgischen Meeresgebieten befindet oder dass ein drohendes Risiko für die Einbringung in das belgische Hoheitsgebiet besteht, setzt sie den Ausschuss unverzüglich in Kenntnis. Der Ausschuss beurteilt gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen, ob es notwendig ist, dass gemeinschaftliche Zielsetzungen für die Dringlichkeitsmaßnahmen, die von jeder der beteiligten verantwortlichen Behörden ergriffen werden müssen, bestimmt werden und ob eventuell gemeinsame Dringlichkeitsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates ist gemäß Artikel 11, § 1 vorab vorgeschrieben.
§ 2. Lorsque le Comité est d'avis que des	§ 2. Wenn der Ausschuss der Ansicht ist, dass



mesures d'urgence conjointes doivent être prises, il les fixe conformément à la procédure visée dans l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10.	gemeinsame Dringlichkeitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, legt er diese gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen fest.
Les autorités compétentes concernées notifient à la Commission européenne et aux autres Etats membres, de manière coordonnée via la Représentation Permanente de la Belgique auprès de l'Union européenne, les mesures d'urgence conjointes prises conformément à l'article 7.1, a), d) ou e) du Règlement EEE.	Die beteiligten verantwortlichen Behörden setzen die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über die gemäß Artikel 7.1 a), d) oder e) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffenen gemeinsamen Dringlichkeitsmaßnahmen in Kenntnis, und zwar auf koordinierte Weise über die ständige Vertretung Belgiens in der Europäischen Union.
Le Comité supervise la mise en œuvre des mesures d'urgence conjointes visées au paragraphe 2.	Der Ausschuss beaufsichtigt die Ausführung der in Absatz 2 genannten gemeinsamen Dringlichkeitsmaßnahmen.
Le Secrétariat scientifique national réalise une évaluation des risques conformément à l'article 5 du Règlement EEE, dans un délai de vingt-quatre mois à compter de la date d'adoption de la décision d'instaurer des mesures d'urgence conjointes, en vue d'inscrire l'espèce visée au paragraphe 1er sur la liste de l'Union conformément à la procédure établie à l'article 10 du règlement.	Das Nationale Wissenschaftssekretariat führt innerhalb von vierundzwanzig Monaten nach dem Datum, an dem der Beschluss zur Ergriffung der gemeinsamen Dringlichkeitsmaßnahmen gefasst wurde, eine Risikobeurteilung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durch, um die in Absatz 1 genannte Art gemäß dem in Artikel 10 der Verordnung bestimmten Verfahren in die unionsweite Liste aufzunehmen.
§ 3. Lorsque, conformément à l'article 10.7 du Règlement EEE, la Commission européenne n'inscrit pas l'espèce exotique envahissante sur la liste de l'Union, le Comité coordonne l'abrogation des mesures d'urgence conjointes.	§ 3. Wenn, in Übereinstimmung mit Artikel 10.7 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die Europäische Kommission die invasive gebietsfremde Art nicht in die unionsweite Liste aufnimmt, koordiniert der Ausschuss die Beendigung der gemeinsamen Dringlichkeitsmaßnahmen.
Le Comité analyse la nécessité d'inscrire l'espèce sur la liste nationale ou d'envisager une coopération renforcée avec des Etats membres.	Der Ausschuss untersucht die Notwendigkeit, die Art in die nationale Liste aufzunehmen oder eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu erwägen.
§ 4. Lorsque le Comité est d'avis qu'une seule autorité compétente doit prendre des mesures d'urgence, celle-ci informe le Comité, conformément à l'article 2, §3, des mesures d'urgence qu'elle prend.	§ 4. Wenn der Ausschuss der Ansicht ist, dass nur eine verantwortliche Behörde Dringlichkeitsmaßnahmen ergreifen muss, unterrichtet diese den Ausschuss gemäß Artikel 2, § 3 über die Dringlichkeitsmaßnahmen, die sie ergreift.
TITRE VI. – Plan d'action national	TITEL VI. – Nationaler Aktionsplan
Art. 39. §1er. Le Secrétariat scientifique	Art. 39. §1. Auf der Grundlage von vorab von

national réalise au minimum, sur base d'informations envoyées préalablement par chaque autorité compétente : 1° une analyse complète des voies d'introduction et de propagation non intentionnelles d'espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union sur le territoire belge, sauf pour les espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union vivant exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique et pour lesquelles les voies d'introduction et de propagation non intentionnelles sont analysées par l'UGMM; 2° une analyse identifiant les voies prioritaires au sens de l'article 13 du Règlement EEE à coordonner entre les autorités compétentes sauf pour les voies prioritaires relatives aux espèces exotiques préoccupantes pour l'Union vivant exclusivement dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique dont l'analyse est faite par l'UGMM; § 2. Le Conseil scientifique national valide les analyses du Secrétariat scientifique national dans un délai de trente jours maximum à dater de leur réception. § 3. L'UGMM consulte le Conseil scientifique national avant d'envoyer au Comité les analyses qu'il a faites conformément au paragraphe 1er. § 4. Le Secrétariat scientifique national envoie sans délai pour information au Comité les analyses validées par le Conseil scientifique national. § 5. Le Secrétariat scientifique national élabore un projet de plan d'action national conformément à l'article 13 du Règlement EEE sur base des analyses validées par le Conseil scientifique national, sauf pour les espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union vivant exclusivement dans les espaces	jeder verantwortlichen Behörde bereitgestellten Informationen führt das Nationale Wissenschaftssekretariat wenigstens: 1° eine vollständige Analyse der unbeabsichtigten Einbringungs- und Ausbreitungswege von invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung auf belgischem Hoheitsgebiet, mit Ausnahme der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten vorkommen und deren unbeabsichtigte Einbringungs- und Ausbreitungswege vom BMM analysiert werden, durch; 2° eine Analyse zur Erfassung der prioritären Pfade im Sinne von Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 durch, die zwischen den verantwortlichen Behörden koordiniert werden müssen, mit Ausnahme der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten vorkommen und deren unbeabsichtigte Einbringungs- und Ausbreitungswege vom BMM analysiert werden; § 2. Der Nationale Wissenschaftsrat beurteilt die Analysen des Nationalen Wissenschaftssekretariats innerhalb einer Frist von höchstens dreizehn Tagen, nachdem er diese erhalten hat. § 3. Der BMM berät sich mit dem Nationalen Wissenschaftsrat, bevor er die Analysen, die er gemäß Absatz 1 durchgeführt hat, an den Ausschuss weiterleitet. § 4. Das Nationale Wissenschaftssekretariat leitet die vom Nationalen Wissenschaftsrat beurteilten Analysen unverzüglich zur Kenntnisnahme an den Ausschuss weiter. § 5. Auf der Grundlage der vom Nationalen Wissenschaftsrat beurteilten Analysen erarbeitet das Nationale Wissenschaftssekretariat einen Entwurf für einen nationalen Aktionsplan gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, mit Ausnahme der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter
---	--

marins sous juridiction de la Belgique pour lesquelles l'UGMM élabore cette partie du plan d'action national. Il le soumet pour validation au Conseil scientifique national qui statue sur la validité scientifique de ce projet dans les trente jours à dater de sa réception. En cas d'avis négatif reçu, le Secrétariat scientifique national élabore un nouveau projet dans les trente jours de la réception de cet avis en tenant compte des remarques émises par le Conseil scientifique national. Ce dernier statue sur la validité de ce nouveau projet dans les quinze jours à dater de sa réception. § 6. Le Secrétariat scientifique national et l'UGMM transmettent au Comité dans un délai de dix-huit mois à compter de l'adoption de la liste de l'Union ou de son actualisation la partie du projet de plan d'action national les concernant.	Bedeutung, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten vorkommen und für die der BMM den nationalen Aktionsplan ausarbeitet. Es legt diesen dem Nationalen Wissenschaftsrat zur Beurteilung vor, der sich innerhalb von dreizehn Tagen nach dessen Erhalt zur wissenschaftlichen Beurteilung des Entwurfs äußert. Im Falle einer negativen Empfehlung arbeitet das Nationale Wissenschaftssekretariat innerhalb von dreizehn Tagen nach Erhalt der Empfehlung unter Berücksichtigung der vom Nationalen Wissenschaftsrat formulierten Anmerkungen einen neuen Entwurf aus, wobei sich der Nationale Wissenschaftsrat innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt des neuen Entwurfs zu dessen Gültigkeit äußert. § 6. Innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten nach der Annahme oder Aktualisierung der unionsweiten Liste, händigen das Nationale Wissenschaftssekretariat und der BMM den jeweils betreffenden Teil des Entwurfs für einen nationalen Aktionsplan an den Ausschuss aus.
Art. 40. § 1er. Le Comité approuve le projet de plan d'action national et le soumet pour adoption à la CIE dans un délai de vingt et un mois à compter de l'adoption de la liste de l'Union ou de son actualisation. § 2. Les autorités compétentes soumettent de manière concomitante à consultation publique et conformément à leur législation le projet de plan d'action national approuvé par la CIE.	Art. 40. § 1. Der Ausschuss genehmigt den Entwurf des nationalen Aktionsplans und legt diesen innerhalb einer Frist von einundzwanzig Monaten, nachdem die unionsweite Liste angenommen oder aktualisiert wurde, der IKU zur Genehmigung vor. § 2. Die verantwortlichen Behörden unterwerfen den von der IKU genehmigten nationalen Aktionsplan gleichzeitig einer öffentlichen Beratschlagung, und zwar in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung.
§ 3. Les autorités compétentes analysent les réclamations, observations et commentaires émis et envoient leur rapport d'analyse au Comité dans un délai de trois mois à dater de la clôture de la consultation publique. Le Comité examine les rapports et détermine avec l'appui du Secrétariat scientifique national et en tenant dûment compte de la consultation publique, les amendements éventuels à opérer	§ 3. Die verantwortlichen Behörden analysieren die formulierten Beschwerden, Anmerkungen und Kommentare und leiten ihren Analysebericht innerhalb einer Frist von drei Monaten ab dem Enddatum der öffentlichen Beratschlagung an den Ausschuss weiter. Der Ausschuss studiert die Berichte innerhalb einer Frist von vier Monaten nach deren Erhalt und bestimmt mit Unterstützung des Nationalen Wissenschaftssekretariats und unter

au projet de plan d'action national dans un délai de quatre mois à dater de leur réception. § 4. Le Comité soumet pour adoption à la CIE le projet final de plan d'action national dans un délai de trente mois à compter de l'adoption de la liste de l'Union ou de son actualisation. § 5. La procédure d'élaboration du plan prévue aux paragraphes 1 à 4 s'applique en cas de révision de ce dernier. § 6. Le Comité supervise l'exécution des mesures du plan d'action national.	Berücksichtigung der öffentlichen Beratschlagung, welche eventuellen Änderungen im Entwurf des nationalen Aktionsplans vorgenommen werden müssen. § 4. Der Ausschuss legt den Entwurf des nationalen Aktionsplans innerhalb einer Frist von dreizehn Monaten, nachdem die unionsweite Liste angenommen oder aktualisiert wurde, der IKU zur Genehmigung vor § 5. Das Verfahren für die Ausarbeitung des in den Absätzen 1 bis 4 genannten Plans gilt ebenso für dessen Überarbeitung. § 6. Der Ausschuss beaufsichtigt die Durchführung der Maßnahmen aus dem nationalen Aktionsplan.
Art. 41. Lors de l'adoption au niveau européen de toute nouvelle espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union, le plan d'action national est adapté pour ces espèces conformément à la procédure prévue aux articles 39 et 40.	Art. 41. Bei der Aufnahme einer beliebigen invasiven gebietsfremden Art von unionsweiter Bedeutung auf europäischer Ebene wird der nationale Aktionsplan gemäß dem in den Artikeln 39 und 40 beschriebenen Verfahren für diese Arten angepasst.
TITRE VII. – Coopération entre la Belgique et les autorités compétentes nationales des Etats membres	TITEL VII. – Zusammenarbeit zwischen Belgien und den nationalen verantwortlichen Behörden der Mitgliedstaaten
Chapitre 1er : Espèces exotiques envahissantes préoccupantes au niveau régional	Kapitel 1 : Invasive gebietsfremde Arten mit Bedeutung für die Region
Art. 42. § 1er. Le Comité peut, sur base de la liste nationale visée à l'article 32, déterminer que certaines espèces exotiques envahissantes requièrent une coopération au niveau des Etats qui partagent un des critères énumérés à l'article 22.1, a) à d) du Règlement EEE ou tout autre préoccupation commune au niveau régional. Cette détermination se fait sur base de l'avis du Conseil scientifique national, rendu à son initiative ou saisi préalablement par le Comité.	Art. 42. § 1. Der Ausschuss kann auf der Grundlage der in Artikel 32 genannten nationalen Liste bestimmen, dass einige invasive gebietsfremde Arten eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verlangen, die eine der in Artikel 22.1, a) bis d) der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Gemeinsamkeiten aufweisen oder irgendeine andere gemeinschaftliche regionale Bedeutung teilen. Dieser Beschluss wird auf der Grundlage der Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrats gefasst, die aus eigener Initiative formuliert wurde oder vorab vom Ausschuss zurate gezogen wurde.

2. A cette fin, le Comité contacte, le cas échéant avec l'appui de la Commission européenne, les autorités compétentes des Etats membres concernés afin de déterminer si les espèces visées sont d'intérêt régional et, en cas d'accord, de fixer les mesures de coopération à mettre en place conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10.	§ 2. Dazu nimmt der Ausschuss, gegebenenfalls mit Unterstützung der Europäischen Kommission, Kontakt zu den verantwortlichen Behörden in den betreffenden Mitgliedstaaten auf, um gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen zu bestimmen, ob die betreffenden Arten von Bedeutung für die Region sind und, wenn man sich darüber einig ist, welche Kooperationsmaßnahmen ergriffen werden müssen.
§ 3. Chacune des autorités compétentes exécute, pour ce qui la concerne, les mesures de coopération décidées conformément au paragraphe 2. Elle en informe le Comité qui communique l'état d'exécution des mesures prises au niveau belge à la Commission européenne ainsi qu'aux autorités compétentes des Etats membres concernés.	§ 3. Jede der verantwortlichen Behörden führt die gemäß Absatz 2 beschlossenen Kooperationsmaßnahmen in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet durch. Jede Behörde setzt den Ausschuss in Kenntnis, der den Status der Durchführung der auf belgischer Ebene ergriffenen Maßnahmen der Europäischen Kommission und den verantwortlichen Behörden in den betreffenden Mitgliedstaaten mitteilt.
§ 4. Au cas où un acte d'exécution au sens de l'article 11.2 du Règlement EEE s'applique, le Comité détermine les éventuelles mesures coordonnées à prendre entre les autorités compétentes conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10.	§ 4. Wenn eine Durchführungsrechtsakte im Sinne von Artikel 11.2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 Anwendung findet, bestimmt der Ausschuss, welche eventuellen koordinierten Maßnahmen zwischen den verantwortlichen Behörden gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen ergriffen werden müssen.
Art. 43. §1er. Lorsqu'un Etat membre saisit le Comité pour mettre en place une coopération sur une espèce exotique envahissante de la liste nationale, le Comité, sur avis préalable du Conseil national scientifique, décide, conformément à l'accord de coopération d'exécution visé à l'article 10, si cette espèce nécessite une coopération régionale renforcée. Lorsqu'une autorité compétente reçoit une demande de coopération venant d'un Etat membre pour laquelle elle n'est pas seule concernée, elle la transfère sans délai au Comité.	Art. 43. §1. Wenn sich ein Mitgliedstaat an den Ausschuss wendet, um eine Zusammenarbeit in Bezug auf eine invasive gebietsfremde Art aus der nationalen Liste aufzunehmen, beschließt der Ausschuss gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen und nach vorheriger Empfehlung des Nationalen Wissenschaftsrates, ob für diese Art eine stärkere regionale Zusammenarbeit erforderlich ist. Wenn eine verantwortliche Behörde einen Antrag auf Zusammenarbeit eines Mitgliedstaates, für den sie nicht alleine verantwortlich ist, erhält, wird sie diesen unverzüglich an den Ausschuss weiterleiten.

§ 2. Le Comité communique dans un délai raisonnable sa décision à l'Etat membre.	§ 2. Der Ausschuss teilt dem Mitgliedstaat seinen Beschluss innerhalb einer angemessenen Frist mit.
Chapitre 2 : Espèces indigènes de l'Union	Kapitel 2 : In der Union gebietsfremde Arten
Art. 44. Le Comité peut déterminer conformément à l'accord de coopération d'exécution visé l'article 10 et sur avis préalable du Conseil scientifique national, qu'une espèce indigène sur le territoire d'un Etat membre mais non indigène sur le territoire de la Belgique requiert une coopération. Il applique la même procédure que celle visée à l'article 42.	Art. 44. Der Ausschuss kann gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen und nach vorheriger Empfehlung des Wissenschaftsrats bestimmen, dass eine im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates heimische, aber auf belgischem Hoheitsgebiet gebietsfremde Art, eine Zusammenarbeit erfordert. Hierzu wendet der Ausschuss das in Artikel 42 beschriebene Verfahren an.
Art. 45. §1 ^{er} . Lorsqu'un Etat membre saisit soit le Comité, soit une autorité compétente pour mettre en place une coopération sur une espèce indigène sur le territoire des parties ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique mais non indigène sur son propre territoire, le Comité, sur avis préalable du Conseil scientifique national, décide conformément à l'accord de coopération d'exécution visé l'article 10 si cette espèce requiert une coopération régionale.	Art. 45. §1. Wenn sich ein Mitgliedstaat bezüglich der Aufnahme einer Zusammenarbeit in Bezug auf eine Art, die zwar im Hoheitsgebiet der Parteien oder in den belgischen Meeresgebieten heimisch, im eigenen Hoheitsgebiet aber gebietsfremd ist, an den Ausschuss oder eine verantwortliche Behörde wendet, beschließt der Ausschuss gemäß dem in Artikel 10 genannten ausführenden Kooperationsabkommen und nach vorheriger Empfehlung des Wissenschaftsrats, ob diese Art eine regionale Zusammenarbeit erfordert.
§ 2. Le Comité communique dans un délai raisonnable sa décision à l'Etat membre.	§ 2. Der Ausschuss teilt dem Mitgliedstaat seinen Beschluss innerhalb einer angemessenen Frist mit.
TITRE VIII. – Système de surveillance, détection précoce, éradication rapide et gestion	TITEL VIII. – Überwachungssystem, Früherkennung, sofortige Beseitigung und Management
Chapitre 1er : Elaboration d'un système de surveillance coordonné	Kapitel 1 : Ausarbeitung eines koordinierten Überwachungssystems
Art. 46. Conformément à l'article 15, § 2, 6°, le Secrétariat scientifique national coordonne les systèmes de surveillance mis en place par les autorités compétentes concernées pour les espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union.	Art. 46. Gemäß Artikel 15, § 2, 6° ist das Nationale Wissenschaftssekretariat für die Koordinierung der von den verantwortlichen Behörden eingeführten Überwachungssysteme für die invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung verantwortlich.
Cette coordination vise à harmoniser l'approche	Mit dieser Koordinierung sollen die

des systèmes de surveillance à mettre en place. Elle consiste notamment en : 1° l'établissement de standards applicables pour tous les systèmes de surveillance à établir au niveau belge; 2° l'agrégation de données communiquées par les autorités compétentes concernées.	Überwachungssysteme aufeinander abgestimmt werden. Es handelt sich hierbei unter anderem um: 1° die Ausarbeitung von Standards, die auf alle Überwachungssysteme anwendbar sind, die auf belgischer Ebene ausgearbeitet werden müssen; 2° die Zusammenführung der von den beteiligten verantwortlichen Behörden bereitgestellten Daten.
Cette coordination ne vise pas les espèces exotiques envahissantes marines exclusivement situées dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique qui font l'objet d'un système de surveillance séparé géré par l'UGMM. Le Secrétariat scientifique national met en place une coordination régulière avec l'UGMM afin d'en assurer la détection précoce.	Diese Koordinierung findet keine Anwendung auf invasive gebietsfremde marine Arten, die ausschließlich in den belgischen Meeresgebieten vorkommen, für die ein separates Überwachungssystem gilt, das vom BMM verwaltet wird. Das Nationale Wissenschaftssekretariat sorgt für eine regelmäßige Koordinierung mit dem BMM im Hinblick auf eine frühzeitige Erkennung.
Chapitre 2 : Détection précoce et éradication rapide	Kapitel 2 : Früherkennung und sofortige Beseitigung
Art. 47. L'autorité compétente qui détecte, sur son territoire ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, l'introduction ou de la présence d'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union le notifie immédiatement à la Commission européenne conformément à l'article 16.2 du Règlement EEE et en informe simultanément le Comité.	Art. 47. Die verantwortliche Behörde, die für eine Früherkennung der Einbringung oder Anwesenheit von invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung verantwortlich ist, meldet eine solche Früherkennung gemäß Artikel 16.2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 unverzüglich an die Europäische Kommission und setzt gleichzeitig den Ausschuss hierüber in Kenntnis.
Art. 48. § 1^{er}. Dans les dix jours de la réception de l'information, le Comité décide, après avis du Conseil scientifique national, si l'espèce visée concerne plus d'une partie ou est susceptible de rapidement se propager sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique.	Art. 48. § 1. Innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt der Meldung beschließt der Ausschuss nach Empfehlung des Wissenschaftsrates, ob die betreffende Art mehr als eine Partei betrifft oder sich schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete ausbreiten könnte.
§ 2. En cas de décision positive, le Comité établit que l'espèce n'est pas encore largement répandue sur le territoire ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique et qu'elle requiert dès lors des mesures d'éradication à mener par chacune des autorités compétentes. Il coordonne dans les deux mois de la notification visée à l'article 47 l'adoption des mesures à prendre par les autorités compétentes concernées conformément aux articles 17 et 18	§ 2. Im Falle eines positiven Beschlusses bestimmt der Ausschuss, dass sich die Art noch nicht weit innerhalb des belgischen Hoheitsgebiets oder der belgischen Meeresgebiete ausgebreitet hat und dass deshalb von allen verantwortlichen Behörden Maßnahmen zur sofortigen Beseitigung ergriffen werden müssen. Innerhalb von zwei Monaten nach der in Artikel 47 genannten Mitteilung koordiniert der Ausschuss die

du Règlement EEE. Le Comité assure le suivi de la mise en œuvre des mesures effectuées par chaque autorité compétente. Chaque autorité compétente effectue la notification à la Commission européenne conformément aux articles 17.1 et 17.4. du Règlement EEE et communique ces informations aux autres Etats membres. § 3. Lorsque le Comité constate qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union détectée précocement concerne une seule partie et qu'elle n'est pas susceptible de rapidement se propager sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, l'autorité compétente concernée informe le Comité des mesures qu'elle prend conformément aux articles 17 et 18 du Règlement EEE.	Einführung von Maßnahmen, die von den beteiligten verantwortlichen Behörden gemäß den Artikeln 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen. Der Ausschuss verfolgt die Durchführung der Maßnahmen durch die verantwortlichen Behörden. Jeder verantwortliche Behörde sorgt für die Mitteilung an die Europäische Kommission gemäß den Artikeln 17.1 und 17.4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 und leitet diese Informationen an die anderen Mitgliedstaaten weiter. § 3. Wenn der Ausschuss feststellt, dass eine frühzeitig erkannte invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung nur eine Partei betrifft und sich nicht schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete ausbreiten könnte, unterrichtet die beteiligte verantwortliche Behörde den Ausschuss über die Maßnahmen, die sie gemäß den Artikeln 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergreift.
Chapitre 3 : Gestion des espèces exotiques envahissantes largement répandues – Mesures de gestion et de restauration	Kapitel 3 : Management weitverbreiteter invasiver gebietsfremder Arten - Management- und Wiederherstellungsmaßnahmen
Art. 49. Lorsque, sur base de la fiche d'identification visée à l'article 37, le Comité détermine qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union est largement répandue sur le territoire de plus d'une partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, ou est susceptible de se propager rapidement sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique, il coordonne dans un délai de dix-huit mois à compter de l'inscription d'une espèce exotique envahissante sur la liste de l'Union l'adoption des mesures de gestion à prendre conformément aux articles 19, 20 et 26 du Règlement EEE. Il assure le suivi de l'exécution des mesures prises. Lorsqu'il existe un risque important que cette espèce se propage sur le territoire d'un Etat membre, le Comité notifie immédiatement ce	Art. 49. Wenn der Ausschuss auf der Grundlage des in Artikel 37 genannten Identifikationsblattes bestimmt, dass eine invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung weit über das Hoheitsgebiet von mehr als einer Partei oder in den belgischen Meeresgebieten verbreitet ist oder sich schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete ausbreiten könnte, koordiniert er innerhalb von achtzehn Monaten, nachdem eine invasive gebietsfremde Art in die Unionsliste aufgenommen wurde, die Einführung der Maßnahmen, die gemäß den Artikeln 19, 20 und 26 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen, und gewährleistet er deren Ausführung. Wenn ein hohes Risiko besteht, dass sich diese Art schnell über das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates ausbreiten könnte, setzt der

risque à l'Etat membre concerné et à la Commission européenne. Le cas échéant, le Comité coordonne avec l'Etat membre concerné l'adoption des mesures à prendre conformément aux articles 19 et 20 du Règlement EEE.	Ausschuss den betreffenden Mitgliedstaat und die Europäische Kommission unverzüglich über dieses Risiko in Kenntnis. Gegebenenfalls koordiniert der Ausschuss gemeinsam mit dem betreffenden Mitgliedstaat die Einführung der Maßnahmen, die gemäß den Artikeln 19 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergriffen werden müssen.
Art. 50. Lorsque, sur base de la fiche d'identification visée à l'article 37, le Comité constate qu'une espèce exotique envahissante préoccupante pour l'Union n'est largement répandue que sur le territoire d'une partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique et n'est pas susceptible de se propager rapidement sur le territoire d'une autre partie, l'autorité compétente concernée informe le Comité des mesures qu'elle prend conformément aux articles 19, 20 et 26 du Règlement EEE et du suivi de leur mise en œuvre.	Art. 50. Wenn der Ausschuss auf der Grundlage des in Artikel 37 genannten Identifikationsblattes feststellt, dass eine heimische Art von unionsweiter Bedeutung weit über das Hoheitsgebiet einer Partei oder in den belgischen Meeresgebieten verbreitet ist und sich nicht schnell über das Hoheitsgebiet einer anderen Parteien ausbreiten könnte, unterrichtet die betreffende Partei den Ausschuss über die Maßnahmen, die sie gemäß den Artikeln 19, 20 und 26 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ergreifen wird und über die Verfolgung der Ausführung.
TITRE IX. – Responsabilité et recouvrement des coûts	TITEL IX. – Haftung und Kostenerstattung
Art. 51. § 1er. Les autorités compétentes informent sans délai le Comité de tout cas impliquant une espèce exotique envahissante pouvant occasionner des effets néfastes sur le territoire d'une autre partie ou dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique. Le Comité détermine s'il s'agit d'un cas qui peut affecter plus d'une partie. § 2. Lorsqu'il ne s'agit pas d'un cas qui peut affecter plus d'une partie, l'autorité compétente concernée informe le Comité de l'évolution du cas. § 3. Lorsqu'il s'agit d'un cas qui peut affecter plus d'une partie, le Comité peut décider que des mesures qui se soutiennent mutuellement doivent être prises au niveau de chacune des autorités compétentes concernées. § 4. Chaque autorité compétente concernée met	Art. 51. § 1. Die verantwortlichen Behörden setzen den Ausschuss unverzüglich über alle Fälle in Kenntnis, an denen eine invasive gebietsfremde Art beteiligt ist, die einen negativen Einfluss auf das Hoheitsgebiet einer anderen Partei oder die belgischen Meeresgebiete haben kann. Der Ausschuss bestimmt, ob es sich um einen Fall handelt, der einen Einfluss auf mehr als eine Partei haben kann. § 2. Wenn es sich nicht um einen Fall handelt, der einen Einfluss auf mehr als eine Partei haben kann, unterrichtet die betreffende verantwortliche Behörde den Ausschuss über die Entwicklungen im betreffenden Fall. § 3. Wenn es sich um einen Fall handelt, der einen Einfluss auf mehr als eine Partei haben kann, kann der Ausschuss beschließen, dass wechselseitige unterstützende Maßnahmen auf der Ebene jeder der beteiligten verantwortlichen Behörden ergriffen werden müssen.

en œuvre la ou les mesures la concernant. Elle informe le Comité des résultats obtenus, des coûts de l'action encourus et de leurs éventuels recouvrements.	§ 4. Jede der beteiligten verantwortlichen Behörden ergreift die Maßnahme(n), die sie ergreifen muss. Sie unterrichtet den Ausschuss über die Ergebnisse, die aufgewendeten Kosten und eventuelle Kostenerstattungen.
TITRE X. – Dispositions financières	TITLE XII. – Finanzielle Bestimmungen
Art. 52. § 1er. Les frais de fonctionnement du Secrétariat scientifique national relatifs à l'engagement des équivalents temps plein visés à l'article 16 sont répartis entre les parties comme suit : 1° 15% pour l'autorité fédérale ; 2° 35% pour la Région flamande; 3° 35 % pour la Région wallonne; 4° 15 % pour la Région de Bruxelles-Capitale. § 2. Le Secrétariat scientifique national établit conformément à l'article 18, § 1^{er} , le budget annuel concernant les frais de sous-traitance. Ils sont relatifs à des projets visant exclusivement à mettre en œuvre une action coordonnée au sens de l'article 2, § 2 du présent accord de coopération et pour autant que l'ensemble des compétences des contributeurs visés au paragraphe 1er soient concernées. L'institution hôte soumet les factures y relatives au Comité pour approbation et liquidation subséquente. Ces frais de sous-traitance sont répartis conformément à la clé de répartition suivante : 1° 15% pour l'autorité fédérale ; 2° 35% pour la Région flamande; 3° 35 % pour la Région wallonne; 4° 15 % pour la Région de Bruxelles-Capitale. §3. Par exception au paragraphe 2, les autres frais de sous-traitance qui concernent exclusivement l'exercice des compétences des Régions, sont répartis conformément à la clé de répartition suivante : 1° 45% pour la Région flamande; 2° 45% pour la Région wallonne; 3° 10% pour la Région de Bruxelles-Capitale.	Art. 52. § 1. Die Arbeitskosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats in Bezug auf die Einstellung der Vollzeitbeschäftigten gemäß Artikel 16, werden folgendermaßen zwischen den Parteien verteilt: 1° 15 % für den Föderalstaat; 2° 35 % für die flämische Region; 3° 35 % für die wallonische Region; 4° 15 % für die Region Brüssel-Hauptstadt. § 2. Das Nationale Wissenschaftssekretariat erstellt gemäß Artikel 18, § 1 das Jahresbudget für die Ausschreibungskosten. Diese beziehen sich auf Projekte, die ausschließlich dafür gedacht sind, eine koordinierende Handlung im Sinne von Artikel 2, § 2 dieses Kooperationsabkommens auszuführen, und sofern sie sich auf alle Befugnisse der beitragenden Parteien gemäß Absatz 1 beziehen. Diese Ausschreibungskosten werden nach dem folgenden Verteilungsschlüssel verteilt: 1° 15 % für den Föderalstaat; 2° 35 % für die flämische Region; 3° 35 % für die wallonische Region; 4° 15 % für die Region Brüssel-Hauptstadt. §3. In Abweichung von Absatz 2 werden die anderen Ausschreibungskosten, die sich ausschließlich auf die Ausübung der Befugnisse der Regionen beziehen, nach dem folgenden Verteilungsschlüssel verteilt: 2° 45 % für die flämische Region; 3° 45 % für die wallonische Region; 4° 10 % für die Region Brüssel-Hauptstadt.
TITRE XI. – Inspections, contrôle et sanction	TITLE XI. – Inspektionen, Kontrollen und Sanktionen

Chapitre 1. – Inspection et contrôle	Kapitel 1. – Inspektion und Kontrolle
Art. 53. § 1er. L'inspection et le contrôle du respect des obligations visées dans le présent accord de coopération sont effectués respectivement par : 1° les agents ou services d'inspection désignées conformément à l'article 47§1 de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature par le Gouvernement fédéral; 2° les services désignés par le Gouvernement flamand; 3° les services désignés par le Gouvernement wallon; 4° les services désignés par le Gouvernement de Bruxelles-Capitale. § 2. Les services d'inspections et agents visés au paragraphe 1 et à l'article 15 du Règlement EEE coopèrent dans l'exercice de leurs missions. Ils se réunissent au minimum deux fois par an à l'initiative du Comité pour échanger toute information relative à la mise en œuvre du Règlement EEE. Ils peuvent décider de commun accord de planifier certaines inspections et contrôles de manière conjointe ou concomitante.	Art. 53. § 1. Die Inspektion und Kontrolle der Einhaltung der in diesem Kooperationsabkommen beschriebenen Verpflichtungen werden jeweils ausgeführt von: 1° den Bediensteten oder Inspektionsdiensten, angewiesen gemäß Artikel 47 § 1 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über den Naturschutz durch die Föderalregierung; 2° den Diensten, angewiesen durch die flämische Regierung; 3° den Diensten, angewiesen durch die wallonische Regierung; 4° den Diensten, angewiesen durch die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt. § 2. Die in Absatz 1 und Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 genannten Inspektionsdienste und Bediensteten arbeiten bei der Ausführung ihrer Aufträge zusammen. Sie versammeln sich wenigstens zwei Mal pro Jahr auf Initiative des Ausschusses, um alle möglichen Informationen im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2016 auszutauschen. Sie können in wechselseitiger Übereinstimmung beschließen, einige Inspektionen und Kontrollen gemeinsam oder gleichzeitig zu planen.
Chapitre 2. Sanctions	Kapitel 2. Sanktionen
Art. 54. § 1er. Les parties s'engagent à introduire dans leurs réglementations respectives des sanctions effectives, proportionnées et dissuasives en cas de violation du Règlement EEE, conformément à l'article 30 du règlement. § 2. Les parties évaluent l'application des sanctions civiles, pénales et administratives ainsi que l'application des mesures administratives qui sont applicables en cas d'infraction au Règlement EEE et aux obligations visées dans le présent accord de coopération. Cette évaluation comprend l'analyse de la	Art. 54. § 1. Die Parteien verpflichten sich, in ihren jeweiligen Geschäftsordnungen zweckmäßige, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen aufzunehmen, die gemäß Artikel 30 der Verordnung bei Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 angewendet werden. § 2. Die Parteien evaluieren die Anwendung der zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Sanktionen und der Verwaltungsmaßnahmen im Falle eines Verstoßes gegen die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 und die sich aus diesem Kooperationsabkommen ergebenden Verpflichtungen. Diese Evaluierung umfasst die Analyse der Kohärenz der strafrechtlichen Verfolgung

cohérence de la poursuite pénale entre les différentes parties et la cohérence entre les sanctions dans les législations applicables. Si les résultats de l'évaluation mettent en évidence des incohérences significatives, les parties délibèrent via le Comité sur les mesures éventuelles à prendre.	zwischen den verschiedenen Parteien und die Kohärenz zwischen den Sanktionen in den anwendbaren Rechtsvorschriften. Wenn die Ergebnisse der Evaluierung auf maßgebliche Inkohärenzen hinweisen, besprechen die Parteien über den Ausschuss die eventuell zu ergreifenden Maßnahmen.
TITRE XII. – Dispositions transitoires	TITEL XII. – Übergangsbestimmungen
Chapitre 1er : Propriétaires non commerciaux	Kapitel 1 : Nichtgewerbliche Besitzer
Art. 55. Les autorités compétentes informent le Comité, dans les six mois à partir de l'adoption ou de l'actualisation de la liste de l'Union, sur le nombre, la localisation et les types d'animaux domestiques qui sont des espèces exotiques envahissantes préoccupantes pour l'Union et qui sont détenues sur leur territoire par des propriétaires non-commerciaux conformément à l'article 31 du Règlement EEE.	Art. 55. Die verantwortlichen Behörden unterrichten den Ausschuss innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Unionsliste angenommen oder aktualisiert wurde, über die Zahl, den Ort und die Art von Heimtieren, die zu den in der Unionsliste aufgeführten invasiven gebietsfremden Arten gehören, die in Übereinstimmung mit Artikel 31 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 zu nichtgewerblichen Zwecken in ihrem Hoheitsgebiet gehalten werden.
Chapitre 2 - Stocks commerciaux	Kapitel 2 : Kommerzielle Bestände
Art. 56. Les autorités compétentes informent le Comité sur les stocks commerciaux de spécimens d'espèces exotiques envahissantes visés à l'article 32 du Règlement EEE qui relèvent de leur compétence ainsi que sur leur gestion comme les ventes et les transferts réalisés.	Art. 56. Die verantwortlichen Behörden setzen den Ausschuss über ihre kommerziellen Bestände von Exemplaren invasiver gebietsfremder Arten gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die unter ihre Verantwortung fallen, in Kenntnis, sowie über ihr Management, wie den Verkauf oder die Übergabe.
TITRE XIII. – Rapportage	TITEL XIII. – Berichterstattung
Art. 57. §1^{er}. Les autorités compétentes établissent tous les 6 ans un rapport de mise en œuvre du Règlement EEE relatif à leurs compétences qui comprend les informations	Art. 57. §1. Die verantwortlichen Behörden erstellen alle sechs Jahre einen Umsetzungsbericht über ihre Befugnisse, der die in Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr.

définies à l'article 24 du Règlement EEE. Elles le transmettent au Secrétariat scientifique national qui, conformément à l'article 15, §2, 7°, coordonne le rapport de mise en œuvre du Règlement par la Belgique, ci-après rapport de mise en œuvre national. Le projet de rapport de mise en œuvre national est transmis pour validation au Conseil scientifique national. Il est soumis pour approbation au Comité au plus tard le 1^{er} avril 2019 pour le premier rapport et tous les six ans par après. Le Comité fait le nécessaire pour que le rapport de mise en œuvre national soit envoyé à temps à la Commission européenne. § 2. Un accord de coopération d'exécution est élaboré en vue de fixer : 1° les délais pour la procédure d'envoi du premier rapport des autorités compétentes visé au paragraphe 1 au Secrétariat scientifique national; 2° les modalités pratiques de soumission du rapport à la Commission européenne, dont par le biais des moyens électroniques; 3° les éléments issus du format technique pour l'établissement du rapport visés à l'article 24.4 du Règlement EEE qui exigent une prise en charge coordonnée en termes de contenu par le Secrétariat scientifique national ainsi que les éléments qui ont trait uniquement à la compilation de données et leur agrégation; 4° les modalités pratiques relatives aux informations requises conformément à l'article 24 du règlement ainsi que les modalités de rapportage de ces éléments.	1143/2014 angegebenen Informationen enthält. Sie händigen diesen dem Nationalen Wissenschaftssekretariat aus, das gemäß Artikel 15, § 2, 7° mit der Aufstellung eines koordinierten Umsetzungsberichts Belgiens, im Folgenden der „nationale Umsetzungsbericht“, beauftragt ist. Der Entwurf des nationalen Umsetzungsberichts wird zur Beurteilung dem Nationalen Wissenschaftsrat vorgelegt. Der erste Bericht wird spätestens am 01. April 2019 dem Ausschuss zur Genehmigung vorgelegt und anschließend im Zeitabstand von sechs Jahren. Der Ausschuss sorgt dafür, dass der nationale Umsetzungsbericht rechtzeitig an die Europäische Kommission weitergeleitet wird. § 2. Ein ausführendes Kooperationsabkommen zu diesem Kooperationsabkommen enthält: 1° die Fristen für den Versand des in Absatz 1 genannten ersten Berichts der verantwortlichen Behörden an das Nationale Wissenschaftssekretariat; 2° die praktischen Modalitäten für die Zustellung des Berichts an die Europäische Kommission, unter anderem auf elektronischem Wege; 3° die Elemente aus den technischen Formaten für die Berichterstattung gemäß Artikel 24.4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die ein inhaltliches, koordiniertes Vorgehen durch das Nationale Wissenschaftssekretariat verlangen, sowie die Elemente, die sich ausschließlich auf die Sammlung und Bündelung von Daten beziehen; 4° die praktischen Modalitäten bezüglich der vorgeschriebenen Informationen gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 sowie die Modalitäten für die Berichterstattung dieser Elemente.
TITRE XIV. – Dispositions finales	TITEL XIV. – Schlussbestimmungen
Art. 58. §1er. Cinq ans après l'entrée en vigueur du présent accord de coopération, la	Art. 58. §1. Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Kooperationsabkommens evaluiert die

Conférence interministérielle de l'Environnement élargie à la Politique scientifique évalue, sur base d'un rapport du Comité, la coopération inter fédérale-régionale-communautaire, en particulier concernant le fonctionnement du Secrétariat scientifique national. § 2. Sur base de cette évaluation, la Conférence interministérielle de l'Environnement élargie à la Politique scientifique décide de la continuation du présent accord de coopération et redéfinit, le cas échéant, les missions et les frais de fonctionnement du Secrétariat scientifique national.	Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ erweitert auf „Wissenschaftspolitik“ auf der Grundlage eines Berichts des Ausschusses die föderale - regionale - gemeinschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf die Funktion des Nationalen Wissenschaftssekretariats. § 2. Auf der Grundlage dieser Evaluierung beschließt die Interministeriellen Konferenz „Umwelt“ erweitert auf „Wissenschaftspolitik“ die Fortsetzung dieses Kooperationsabkommens oder definiert sie gegebenenfalls die Aufträge und Arbeitskosten des Nationalen Wissenschaftssekretariats neu.
Art. 59. L'accord est publié au Moniteur belge en même temps que les différents actes d'assentiment par le Service public fédéral Chancellerie du Premier Ministre, sur demande de la partie dont le législateur a, en dernier, donné son assentiment à l'accord de coopération.	Art. 59. Das Kooperationsabkommen wird gleichzeitig mit verschiedenen Zulassungsbescheinigungen im Belgischen Staatsblatt vom FÖD Kanzlei des Premierministers auf Antrag der Partei veröffentlicht, die zuletzt die Zustimmung des Gesetzgebers zum Kooperationsabkommen erhalten hat.
A Bruxelles, le , en un seul exemplaire original en français et en néerlandais, qui sera déposé au Secrétariat central du Comité de concertation qui se chargera des copies certifiées conformes et de la publication au Moniteur belge.	Unterzeichnet in Brüssel, am , in einem Originalexemplar in niederländischer und französischer Sprache, das beim Zentralsekretariat des Konzertierungsausschusses hinterlegt werden wird, welches für die gleichlautenden Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt sorgen wird.

Pour le Gouvernement fédéral,

Le Premier Ministre,

Für den Föderalstaat,

der Premierminister,

Charles MICHEL

*La Ministre des Affaires sociales
et de la Santé publique*

*Die Ministerin für Soziales
und Gesundheit,*

Maggie DE BLOCK

Le Ministre des Finances,

Der Minister für Finanzen,

Johan VAN OVERTVELDT

*La Ministre de l'Energie, de l'Environnement
et du Développement durable, und nachhaltige Entwicklung,*

Die Ministerin für Energie, Umwelt,

Marie-Christine MARGHEM

*La Secrétaire d'Etat à la Lutte contre la pauvreté,
à l'Egalité des chances, aux Personnes handicapées
et à la Politique scientifique,*

*Die Staatssekretärin für Armustbekämpfung,
Chancengleichheit, Behinderten-
und Wissenschaftspolitik,*

Zuhal DEMIR

*Le Secrétaire d'Etat à la Lutte contre la fraude sociale,
à la Protection de la vie privée et à la Mer du Nord,*

*Der Staatssekretär für die Bekämpfung von
Sozialbetrug, Datenschutz und die Nordsee,*

Philippe DE BACKER



**Pour la Communauté flamande
et la Région flamande**

**Für die flämische Gemeinschaft
und die flämische Region,**

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,

Der Ministerpräsident der flämischen Regierung,

Geert BOURGEOIS

*Le Ministre de l'Emploi, de l'Economie,
de l'Innovation et du Sport,*

*Der Minister für Arbeit, Wirtschaft,
Innovation und Sport,*

Philippe MUYTERS

*La Ministre de l'Environnement, la Nature
et l'Agriculture,*

*Die Ministerin für Umwelt, Natur und
Landwirtschaft,*

Joke SCHAUVLIEGE

Pour la Communauté française, Für die französische Gemeinschaft,

*Le Ministre-Président du Gouvernement
de la Communauté française,*

*Der Ministerpräsident der Regierung
der französischen Gemeinschaft,*

Rudy DEMOTTE

*Le Vice-Président et Ministre de l'Enseignement,
supérieur, de la Recherche et des Médias,*

*Der Vizepräsident und Minister für höhere
Bildung, Forschung und Medien,*



Jean-Claude MARCOURT

Pour la Communauté germanophone,

*Le Ministre-Président du Gouvernement
de la Communauté germanophone,*

**Für die deutschsprachige
Gemeinschaft,**

*Der Ministerpräsident der Regierung
der deutschsprachigen Gemeinschaft,*

Olivier PAASCH

*Le Ministre de l'Education,
et de la Recherche scientifique,*

*Der Minister für Bildung und
wissenschaftliche Forschung,*

Harald MOLLERS

Pour la Région wallonne,

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,

Für die Wallonische Region,

*Der Ministerpräsident der wallonischen
Regierung,*

Willy BORSUS

*Le Vice-Président et Ministre de l'Economie,
de l'Industrie, de la Recherche, de l'Innovation,
du Numérique, de l'Emploi et de la Formation,*

*Der Vizepräsident und Minister für
Wirtschaft, Industrie, Forschung,
digitale Technologien, Beschäftigung
und Ausbildung,*



Pierre-Yves JEHOLET

*Le Ministre de l'Agriculture, de la Nature, de la Forêt,
de la Ruralité, du Tourisme, du Patrimoine et délégué,
à la Grande Région,*

*Der Minister für Landwirtschaft, Natur,
Forstwesen, ländliche Angelegenheiten,
Tourismus, Denkmalschutz, und Vertreter
bei der Großregion,*

René COLLIN

Pour la Région de Bruxelles-Capitale, Für die Region Brüssel-Hauptstadt,

*Le Ministre-Président du Gouvernement
de Bruxelles-Capitale,*

*Der Ministerpräsident der Regierung
der Region Brüssel-Hauptstadt,*

Rudi VERVOORT

*La Ministre du Logement, de la Qualité de Vie,
de l'Environnement et de l'Energie, Lebensqualität, Umwelt und Energie,*

Die Ministerin für Wohnungswesen,

Céline FREMAULT



*La Secrétaire d'Etat à la Recherche scientifique, Die Staatssekretärin für wissenschaftliche
Forschung,*

Fadila LAANAN